

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2.00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepostete Postkarte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Pretrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 6. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

#### Das Paar Severine-Labruyère.

Paris, den 31. Januar.  
O diese schöne, ehrenwerthe und moralische Gesellschaft! Das geringfügigste Vorkommniß kann sich nicht zutragen, ohne daß man, bei der leiftesten Berührung der Oberfläche, auf eine Kloake voller Schmutz stößt. Vor einem Monat ungefähr starb, wie ich Ihnen in einem meiner letzten Briefe schrieb, ein junger Soldat, Max Lebaudy — dieser gemeine Soldat war freilich Millionär, was nicht ganz gewöhnlich ist. Die jungen Leute, die Millionäre sind, stehen aber, gerade wie die gemeinen jungen Leute, die arbeiten müssen um zu leben, unter dem gemeinen und allgemeinen Militärgesetz. Und dieses geringfügige, alltägliche Vorkommniß, daß ein junger Soldat stirbt, hat mit einer brutaleren Deutlichkeit noch als der Panama-Monsterstandal die Fäulniß der heutigen Gesellschaft aller Welt bloßgelegt.

Die Millionen Max Lebaudy's haben, ähnlich dem Kas, das alles mögliche Ungeziefer und Raubzeug anzieht, dem unglücklichen Vespier eine Herde von männlichem und weiblichem Gesindel auf den Hals gebracht, das sich an seinen Tisch setzte, blutegelgleich an ihm sog, und im Zeitraume von zwei Jahren ein Duzend Millionen verschlungen hat. Wenn er den Kumpanen und Kumpaninnen Geld abschlug, knurrten sie wie hungrige Hunde und drohten ihm mit dem Militärdienst, vor dem er sich fürchtete. Die Individuen, welche ihn davon zu befreien versprochen, waren gerade diejenigen, die in den Zeitungen heftig seine Einziehung in die Armee forderten. Diese Revolverjournalisten (maitres-chantours) waren keine ordinären Leute, sondern Herren, geschmückt mit Adelstiteln und Ordenszeichen, ausgesuchte Geister, die sich in den höheren Kreisen der Gesellschaft bewegten, die Presse beherrschten und der Regierung Gesetze vorschrieben. Es war Rosenthal, genannt Jacques St. Core, hochgeschätzter und sehr renommirter Redakteur des „Figaro“ und anderer modischer Blätter — Ribot, der Erminister, besuchte häufig seinen Salon —; es war der Graf de Cesti, dessen Adel bestritten wird, in dessen Abendgesellschaften sich aber die im Besitz der meisten Ordenssterne befindlichen Generale und die auf die meisten Ähnen zurück- und emporklimmenden Damen der feinsten Welt drängten. — Präsident Faure war als Zeuge bei der Hochzeit einer der Nichten des Hauses anwesend —; es war der Graf von Giorg, Leiter einer der geachteten Militärszeitungen und ein Enkel des letzten Herzogs von Braunschweig.

All diese Herren bewohnen jetzt das Hotel Mazas, das große Zellengefängniß von Paris; und man hat unter ihren Mitschuldigen Generale und sonstige hohe Offiziere genannt, die man jedoch nicht einsperren will, um einen allzugewaltigen Standal zu vermeiden.

Aus der Mitte dieser Blaque von Schnapphähnen hebt sich das Paar Severine-Labruyère hervor, das uns ganz

\*) Der französische Ausdruck maitres-chantours heißt wörtlich Meister-Singer — „Singen“ heißt in der Spitzbubenprache (dem Argot); erpressen durch Androhung irgend einer unangenehmen Veröffentlichung — das Geschäft der „Meister-Singer“ heißt Chantage (sprich schanglahsch).

besonders interessiert, denn die sozialistische Partei in Paris hatte vor zehn Jahren sehr schwer unter der Berührung dieser zwei Galgenvögel zu leiden, und seit jener Zeit hat Severine unsere Freunde Deville, Guesde und Lafargue mit den giftigsten Verleumdungen bedacht.

Severine war die Freundin des Kommunisten Jules Vallès, der sie im Jann gehalten und ihren literarischen Ergüssen, die ebenso reich sind an drohenden Worten wie arm an Gedanken, einen Damm gesetzt hatte. Nach Vallès' Tod wurde sie die Eigentümerin des „Cri du Peuple“, zu dem ihr Ehemann das Gründungskapital hergegeben hatte. Dieses Blatt überschwenkte sie nun mit ihrer Prosa; allein das genügte ihr nicht, sie wollte ihm den Stempel des Anarchismus aufdrücken und einen „Kameraden“, der wegen eines Einbruchdiebstahls auf den Galereen sitzt, zu einem Helden des Proletariats machen. Die ganze Redaktion, zu der Deville, Duquerren, Guesde u. s. w. gehörten, verließ mit Eklat das Organ, das seinen Ruf und Erfolg ihrem Talent und ihrer Energie zu verdanken hatte. An ihre Stelle traten Possibilisten und Anarchisten — Broussé und Allemane an der Spitze. Diese Eindringlinge, welche sich das Zeug zutrauten, Männer wie ihre Vorgänger ersetzen zu können, verminderten den Leserkreis so wirksam, daß das Blatt nach kurzer Zeit aus Mangel an Abonnenten eingehen mußte.

Severine, die seit dem Tode von Vallès sich an Labruyère gehängt hatte, versuchte es jetzt mit dem Bourgeois-Journalismus. Sie fand gute Aufnahme: spielte sie sich doch als eine Ueberläuferin vom Sozialismus auf, dessen trockene, unfruchtbare Lehren ihr gefühlvolles Herz abgestoßen hatten. Sie schuf sich eine Spezialstellung in der Pariser Religions- und Sozial-Presse — sie war dort „Unsere Liebe Frau mit dem thänenreichen Auge“; ihr Herz blutete für alle Leidenden und ihre Augen weinten über jeden Schmerz. Sie vergoß — in wunderbarer Fülle — ihre Jungfrau-Marien-Ähränen im „Figaro“, im „Gaulois“, in der „Libre Parole“ und in anderen reaktionären Blättern. Die Thränen brachten ihr viel Geld ein. Sie erhielt für jeden Artikel 150—200 Fr., wie die ersten Flöten des Journalismus. Ihr mit frommen Krotobilstränen getränkter Stil entzückte das weiche Herz der Kapitalisten, die ihre Arbeiter ohne Erbarmen auspreßten. Sie bereitete ihnen süße Empfindungen und ließ sie glauben, daß sie ein Herz hätten.

Die Severine hatte einen solchen Ruf, daß der Papst sich ihrer kostbaren Dienste zur Vertheidigung der Religion zu versichern suchte; er lud sie ein nach Rom, empfing sie im Vatikan und unterhielt sich lange mit ihr. Severine kam von ihrer Pilgerfahrt mit einer neuen Saite auf ihrer Leier zurück: aus einer Freidenkerin verwandelte sie sich in eine mystische Katholikin und sie wärzte ihre romantische Reise mit dem Namen Gottes und seinen Heiligen und mit dem reinen, himmlischen Entzücken der gläubigen Seelen. Sie benutzte diese Gelegenheit, um Einkünfte, die sie von ihrer Feder hatte, neue Hilfsquellen hinzuzufügen. Sie wurde die barmherzige Schwester der Presse. In allen Zeitungen, für die sie schrieb, eröffnete sie Subskriptionen, um Unglückliche zu unterstützen: sie allein vertheilte —

ohne irgend welche Kontrolle — die reichlichen Almosen, die ihr von Dummköpfen zugestellt wurden. Es gab keinen Ball, keine „Kirmes“ (Kermesse) für die Armen, wo nicht Severine als Bettelnonne erschienen wäre, stets begleitet von ihrem Labruyère, mit dem sie sonst sich in den tollsten Vergnügungsalokalen und den verurtheiltesten Nacht-Cafés herumgüngen. Die Heilige liebte sehr die weltlichen Vergnügungen.

Das lustige, fromme Leben ist aber theuer. Severine und Labruyère bewiesen, daß sie ihr Journalistenhandwerk gut anzubereiten verstanden. Sie verlegten sich auf Erpressung. Sie schrieb die Angriffe und er brachte die Sache in Ordnung, bestimmte den Preis, stieß das Geld ein und duellirte sich, wenn's nöthig war: er war der feinere Louis.

Das Lob sowohl wie der Angriff bringen Geld ein. Ein Senator hat kürzlich erzählt, nachdem er von Severine in einem Blatte gelobt worden war, habe er geglaubt, sie höflichkeitshalber besuchen zu müssen. Die Dame hätte ihn mit einem Lächeln auf den Lippen empfangen, und der Herr habe, als er ihn an die Thüre begleitete, hundert Franken von ihm verlangt, die er nicht gewagt hätte abzuschlagen.

Max Lebaudy war eine himmlische Beute. Severine griff ihn mit unglaublicher Heftigkeit an, während Labruyère um ihr Stillschweigen schachtete. Die Einzelheiten der Erpressung kennt man nicht, denn Labruyère war raffiniert vorichtig, wie es nachfolgende Anekdote beweist. Anstatt selber die Sache zu führen, bediente er sich eines Vermittlers und schickte einen gewissen Chiarifolo zum Grafen v. Cesti, dem vertrauten Rathgeber Lebaudy's. Chiarifolo war sehr schlau; um die Anwesenheit von Ohrenzeugen zu vermeiden, gab er ein Stelldichlein auf dem Platz de la Concorde, dem größten Platz von Paris. Cesti aber, der das Handwerk kennt, erwiderte, daß er nur bei sich empfangen. Chiarifolo mußte sich fügen. Bei der ersten Besprechung empfing Cesti ihn in einem geräumigen Salon und überzeugte den Besucher, daß niemand in den anstoßenden Zimmern verborgen war.

Chiarifolo verlangte für Severine's Schweigen 50 000 Franken, die an einem genau bezeichneten Ort im Wald von Fontainebleau hinterlegt werden sollten, wo das Paar Labruyère-Severine zum Landausenthalt war. Cesti verschob den Abschluß des Geschäfts auf eine zweite Zusammenkunft.

Dieses Mal hatte er dafür gesorgt, daß hinter einer verborgenen Thüre ein Stenograph und ein Gerichtsschreiber sich befanden. Die Vorschläge des vertrauensseligen Chiarifolo wurden Wort für Wort aufgenommen und durch den Beamten in der gefälligen Form beglaubigt. Die Falle hatte ihre Dienste gethan.

Severine behauptet zu ihrer Vertheidigung, daß sie von diesem Schritt gar nichts gewußt habe, und erklärt, daß Labruyère sich niemals um das, was sie schrieb, gekümmert habe. Man hat aber einen früheren Kontrakt Severine's mit einer Zeitung gefunden, in dem ausdrücklich gesagt ist, Labruyère sei ihr Mitarbeiter.

Seit der Verhaftung Labruyère's regnet es Geschichten

#### Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von H. M. M. von Balthausen.

Der Künstler, Palavi's Koch, holte immer neue Massen von Fruchteis herbei und der Zufall brachte auf jede Tafel einen Baumkuchen.

Palavi erntete für diesen sinnigen Scherz großes Lob. Die nun folgenden Vorträge und Vorführungen hatten sich alle der freudigsten Aufnahme zu erfreuen.

Das Fest verlief glänzend. Es war, als sollte das Unrecht zum Bestand und zu Ehren kommen.

Was Brambach unternahm, gelang, und er trat schon mit einer gewissen Sicherheit auf.

Die kirchliche Trauung fand unter großem Pomp statt. Ein lieblicheres Paar sah man lange nicht.

Der Name Brambach war wieder einmal Stadtgespräch.

Wenige Stunden nach der Vermählung traten Herr und Frau Langenberg ihre Hochzeitsreise an.

Huvor hatte Brambach seinem Schwiegersohn eine große Mitgift eingehändigt.

Palavi behauptete, er habe plötzlich ungünstige Nachrichten aus seiner Heimath erhalten, er müsse daher das für ihn so freundliche, gastliche Haus bald verlassen.

In Wahrheit aber hatte er sich vorgenommen, das junge Ehepaar, ohne daß sie es ahnen durften, auf der Hochzeitsreise zu begleiten, um sie zu beobachten.

Die beglückten Ehegatten reisten nach Baden-Baden.

Mit dem nächsten Zuge reiste auch Palavi eben dahin, nur auf einem Umwege. Was hatte er vor? Hatte er ein Verdachtsobjekt gefunden? Welches?

Er hatte die Neuvermählten bis zum Bahnhof begleitet, wo die Ueberrücklichen ihm nochmals ihren Dank darbrachten für die überaus reichen, wahrer Freundschaft bezeugenden Hochzeitspenden.

Sie hatten sich dann herzlich von dem Manne verabschiedet, der ihnen auch fernere Zeiten sein Wohlwollen zugesichert.

Palavi verließ den Bahnhof nicht erst, er theilte Brambach's feine nothgedrungene Abreise mit und fuhr schon im nächsten Zuge in entgegengesetzter Richtung fort.

In Baden-Baden, dem herrlichsten Stück deutscher Erde, war die Saison in vollster Blüthe. Fremde aller Nationen wogten in großer Anzahl durch die Anlagen vor dem Kurzaale auf und ab.

Es war ein buntes Treiben. Einfache und überladene Toiletten in allen Farben. Geschmacksvolle, modische und absonderlich lächerliche Kostüme waren zu sehen. Reichthum und angeborne Bornehmheit wandelte neben dunkelhafter Aufgeblasenheit dahin.

Ausländische Sonderlinge und inländische Becken zeigten sich, aufgeputzte Welt Damen hier, regierende Fürstlichkeiten dort, seltene Schönheiten waren überall zu bewundern.

Hier lauerten viele behaglich beim Morgenkaffee den Klängen des Frühkonzertes, welches von der vorzüglichen Kurhauskapelle, die auch Nachmittags und Abends auf dem Promenaden-Musikpavillon spielte, ausgeführt wurde.

Hier ergingen sich andere nach dem Genuße des heißen Quellwassers in der Trinkhalle und verweilten vor den reizenden Fresko-Gemälden, welche die Sagen und Schönheiten der Umgegend in ebenso trefflicher als sinniger Art darstellten.

Am Bache entlang promenirten die Badegäste bis nach dem reizenden Lichtenhal; Spaziergänge wurden unternommen nach den waldbudstreichigen Wegen, zum Merkur, durch Dosthal und nach dem alten Schlosse, wo die Aeolsharfen so lieblich aus den Ruinen erklangen.

Baden-Baden ist ein Paradies. In der Stadt, im Kurfaal, in den Hotels war eine fieberhafte Thätigkeit. Was nur an seltenen und theuren Genüssen aufzutreiben war, wurde geboten und begehrt.

In der Table d'hôte im Hotel „Zum englischen Hofe“ saß ein junges Paar, das in unaufhörlichem, traulichem Geplauder alles um sich her vergaß.

Es war Clotilde und Eugen Langenberg.

Die erste größere Reise und an der Seite ihres Gatten! Wie still beglückt war Clotilde! Ihr Mund strömte über von dem beseligenden Gefühle der Bewunderung über alles, was sie in so kurzer Zeit schon gesehen.

Eugen konnte kaum alle ihre Fragen beantworten, er war entzückt über ihre kindliche, reine Freundschaft.

Nicht weit von ihnen saß an der Tafel auch ein Herr mit grau melirtem Haupthaar und starkem Vollbart. An der rechten Schulter hatte er einen hohen Hocker, auch trug er eine blaue Brille. Er schien kein Wort deutsch zu verstehen, er sprach nur französisch. Er mußte mit ihnen in einem Hotel wohnen, denn Clotilde und Eugen waren ihm schon mehrmals begegnet.

Langenberg machte seine Frau aufmerksam, wie sehr der Fremde trotz seiner Brille, dem grauen Vollbarte und seiner hohen Schulter Palavi ähnele.

Clotilde sah sich den Fremden genau an und behauptete dann: Palavi ist das nicht.

über das Leben dieses charakteristischen Paares, wie auch über das Leben Cesti's, Rosenthal's und des Grafen Gyry. Cesti war in Diebstahl und Abtreibung von Leibesfrucht verwickelt, Gyry wegen Betrügereien zu 18 Monaten Gefängnis verurtheilt und diese Verurtheilung ist im „Wörterbuch der Zeitgenossen“ verzeichnet. Rosenthal, der die geschiedene Frau Lindau's geheiratet hat, ist schon wegen fortgesetzter Betrügereien und Schwindelen in contumaciam verurtheilt. Diese skandalösen Geschichten, welche erst, seit die Justiz sich mit diesen wichtigen Personen beschäftigt, in die Öffentlichkeit gedrungen sind, waren schon seit langer Zeit den Eingeweihten bekannt und gingen von Mund zu Mund auf den Boulevards, in den Salons, in den Kaffeehäusern und in den Redaktionskabinen; das hinderte jedoch nicht, daß diese Individuen in den Ministerien empfangen wurden, für kapitalistische Zeitungen schrieben und Bierden der besten Gesellschaft waren.

Sage mir mit wem Du verkehrst, und ich sage Dir wer Du bist.  
Gallus.

## Das sächsische Wahlrechts- Attentat.

Der Regierungsentwurf ist erschienen. Wir erhalten soeben folgende Depesche:

Dresden, Mittwoch Abend 7.30.

Wahlgesetz-Entwurf ist erschienen. Indirektes Dreiklassen-Wahlrecht wird gefordert. Wähler erster Klasse müssen mindestens 10000 Mark Einkommen haben; Wähler zweiter Klasse mindestens 2800 Mark. Wähler dritter Klasse ist, wer unter diesem Betrag staatliche Grund- oder Einkommensteuer zahlt. Auf je fünf-hundert Seelen entfällt ein Wahlmann. Jede Abtheilung wählt gesondert für sich in geheimer Abstimmung den dritten Theil der Wahlmänner. Die Wahlmänner wählen die Abgeordneten mit absoluter Mehrheit. Entwurf folgt morgen beifolgend.

Es ist dies genau, was wir erwarteten. Die Absicht der sächsischen Ordnungs-Umschüler war: die Arbeitervertreter aus dem Landtag zu drängen und ihm fernzuhalten — und dieser Absicht dient die Regierungsvorlage. Die unterste Grenze für die zweite Klasse ist, wie man sieht, ein Einkommen von 2800 M. Ein solches Einkommen hat in ganz Sachsen kein Arbeiter. Die sächsischen Arbeiter kommen daher allesamt in die dritte Klasse — und diese wird durch die beiden ersten Klassen, wie das Zweck des Dreiklassenwahlrechts ist, und wie wir es in Preußen verwirklicht sehen, zu vollständiger Wichtigkeit verurtheilt. Die Arbeiter haben wohl das „Recht“ zu stimmen, allein die Arbeiterstimme wird regelmäßig 2 zu 1 überstimmt, ist also werthlos und null. Ein Scheinrecht ist aber noch schlimmer als nackte Rechtslosigkeit, denn es sät der Entrechtung den Boden hinzu. Die sächsischen Arbeiter werden die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben. Und hinter ihnen steht die Arbeiterschaft von ganz Deutschland.

## Politische Ueberblick.

Berlin, 5. Februar.

Der Reichstag konnte heute historische Studien machen. Wie man weiß, wird das Scheitern der deutschen März-Revolution aus dem Unstande erklärt, daß das Frankfurter Parlament ein Professoren-Parlament war, in welchem die Herren Professoren von anno dazumal sich so entsehrlich abern benommen und ein so absolutes Unverständnis für die tatsächlichen Zustände und für alle praktischen Erfordernisse gehabt haben, daß die von solchen Führern geleitete Bewegung mit Nothwendigkeit hatte scheitern müssen. Daß die deutschen Professoren eine

Ihre Blicke wurden plötzlich auf zwei Damen gelenkt, welche an derselben Seite der Tafel saßen. Sie schienen die lebenden Ausstellungsgegenstände der neuesten Modewaaren- und Schmuckartikel-Läden zu sein.

„Sieh dort,“ sagte Clotilde zu ihrem Manne, „kennen wir die Damen nicht?“

„Jawohl,“ sagte Eugen überrascht, „das ist ja — die Gräfin Klary und ihre Tochter Frau von Bergluhn.“

Eben erhoben sich die beiden Damen sehr geräuschvoll von der Tafel.

„Sie sind es,“ flüsterte Clotilde niederblickend und schmiegte sich enger an ihren Gatten, um nicht erkannt zu werden. Beiden klang der Name Bergluhn unangenehm in die Ohren.

Clotilde drängte zum Ausbruch, um hinauszukommen, wo so vieles zu sehen war.

Eugen erfüllte gern ihren Wunsch und führte sie nach dem alten Schlosse. Sie stiegen den schattigen Waldweg empor unter frohen Scherzen und athmeten wärgigen Duft. Clotilde jubelte.

Da leitete die Führer ein Pferd vorüber, auf dem der bucklige Franzose ritt.

Als sie die Ruine erreicht, der herrlichen Aussicht sich gefreut und über Steingeröll schreitend, die Mauerreste besichtigten, war es wieder der Franzose mit der blauen Brille, der zuerst ihnen begegnete, als sie den Rückweg antraten.

Sie drehten um und gingen weiter nach Burgebergstein. In der Burg dort sollte ein Weinschank sein, wo es echten Affenthaler und guten Marktgräser gäbe.

Langenberg war etwas verstimmt, daß ihnen dieses Original von Absonderlichkeit, der graubärtige Franzose immer über den Weg lief. Er wollte daher durch einen guten Trunk seine frohe Laune wieder herstellen.

„Wer mag das nur sein!“ sagte Eugen.

„Daß ihn,“ erwiderte Clotilde, „wir müssen eilen, es fallen Tropfen und ich habe den neuen weißen Gut auf!“

Sie konnten den Weinschank nicht mehr erreichen, ein starker Gewitterregen nöthigte sie auf ein nahees Landhaus zuzugehen.

Es bot Schutz zum Untertreten durch ein im Schweizerstil gehaltenes vorspringendes Dach. Der Regen goß in Strömen.

Fortsetzung folgt.)

solche Rolle gespielt haben, ist vielfach gelehrt worden. Und sicher ist, daß die März-Revolution auch ohne die Professoren gescheitert wäre, allein daß deutsche Professoren im Punkte des Nichtverstehens der realen Verhältnisse kolossalster Leistungen fähig, und auch eine Bewegung, die stärker ist als die März-Revolution, zu gründe zu richten im Stande wären, das ist uns heute — und darin besteht das historische Interesse der Sitzung — durch ein lebendiges Exemplar des genus: deutscher Professor klar gemacht worden. Ad oculus und ad aures klar gemacht — unsere Augen haben gesehen und unsere Ohren gehört; und wer noch zweifelte, der ist jetzt überzeugt. Ein Prachtexemplar war's, das auf der Rednerbühne sich präsentirte, nachdem der Welfe Hohenberg von seinem partikularistischen Gesichtspunkte aus gegen das neue Gesetzbuch protestirt hatte. Professor Sohn aus Leipzig, einer der berühmtesten Juristen Deutschlands, Mitverfasser des Entwurfs, hier auftretend als Regierungskommissar. Die gleiche Rolle hatte gestern Geheimrath Brand gehabt; aber was für ein Unterschied. Dort Bescheidenheit, Ruhe, Sachlichkeit — hier der sprichwörtliche Professorenbüffel, hohles Gepolter, geistloses Pathos. Keine Ahnung von den Fragen, welche die Gegenwart bewegen — „den Staat haben die Beamten geschaffen“, — ein Volk giebt es nicht, eine Arbeiterbewegung giebt es nicht — seichte Deklamationen von nationaler Einheit, ein lunterbuntes Gemengel von Schlagwörtern und brutale Unbuddsamkeit gegen politische Gegner. Die ebenso flachen wie ungezogenen Angriffe auf Gladstagen — der Herr Minister-Professor appellirte sogar an den Antisemitismus! — veranlaßten einige sehr scharfe, jedoch wohlverdiente Zwischenrufe. Der Eindruck war allgemein ein sehr ungünstiger — nur ein Mann war befriedigt, der Herr Kriegsminister mit dem undeutschen Namen, der dem Herrn Professor mit unvorstellbarer Bewunderung zuhörte. Das war auch eine Kritik. Den Schluß der sogenannten Rede bildete ein Knalleffekt, dessen ein Quartaner sich geschämt hätte. Als Gottschew vor 150 Jahren in Leipzig den Hauswurst verbrannte, scheint er nicht gründlich verfahren zu sein. Und dieser Professor Sohn, wie gesagt, ist einer der berühmtesten Professoren und Juristen Deutschlands; und der Geist dieses Sohns steckt in dem Entwurf. Nicht bloß der Stil, auch der Entwurf ist der Mann.

Nach der historischen Ausstellung eine kleine Ueber-rückung: König Stumm sprach vernünftig, und er sprach für die Rechte der Frau. Er scheint eine eindringliche Gardinenpredigt empfangen zu haben.

Ein schriller Whiston, durch den der Potringer Colbus das nationale Getöse vom „Einen Recht“ löste, indem er mit kräftiger Faust auf „die Fith der Diktaturparagrafen“ griff —, eine manches Gute enthaltende Abwehr der im Laufe der Debatte dem Centrumstebner Hinteln gemachten Vorwürfe durch den Centrumsmann Spahn — und das Haus vertagte sich bis morgen, wo man die Debatte zu beendigen hofft.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch zunächst den Gesetzentwurf, betr. eine Ermäßigung der Gebühren bei der ersten Anlegung der Register für Winenschiffe in erster und positiver Lesung debattirte an. Sodann wurde ein von dem Abg. Hören (Str.) eingebrachter Antrag, betr. Abänderung des Gesetzes über gemeinschaftliche Holzungen vom 14. März 1881 sowie ein hierzu gestellter Abänderungsantrag Knedel (natl.), welcher die Vorlegung eines vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurfs über diesen Punkt verlangt, einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Der Landwirtschafts-Minister Frhr. v. Hammerstein erklärte sich gegen den Entwurf, weil die bisherigen Bestimmungen ausreichend seien. Schließlich überwies das Haus noch einen Antrag Hübner auf Annahme eines Gesetzentwurfs betr. die Herabsetzung der aus güterrechtlichen bürgerlichen Regularien beruhenden Amortisationsrenten ohne wesentliche Debatte ebenfalls an eine Kommission von 14 Mitgliedern. In der nächsten Sitzung, die erst am Freitag stattfindet, wird die zweite Beratung des Staatshaushalts-Staats fortgesetzt.

Der Scheidungsprozess zwischen Konservativen und Christlich-Sozialen wird zunächst von dem Hauptleidtragenden, dem Hopsprediger a. D. Stöcker in Berlin in öffentlicher Volksversammlung erörtert werden. Das allein ist schon ein Beweis, daß der Rath des „Reichsboten“ bei Herrn Stöcker auf bürren Boden gefallen ist. Aus den Provinzen liegen Anzeichen vor, daß die evangelischen Geistlichen, denen es von jeher an Rückgrat gemangelt hat, sich durch das geschlossene Vorgehen der Regierungorgane und der konservativen Parteiführer vom christlichen Sozialismus abschrecken lassen, während die „Laien“ mehr Selbständigkeit zeigen. So wird dem „Volk“ aus Leipzig berichtet:

Dem Vorsitzenden des hiesigen evangelischen Arbeitervereins, einem Pastor, wurde durch Vermittlung des Superintendenten ein Wunsch des Konfessionsrats in Dresden mitgetheilt, dahingehend, daß das Konfessionsrat es höchst ungern sehen würde, wenn der vom Arbeiterverein für den 28. Februar angekündigte Vortrag des Pastors Naumann aus Frankfurt a. M. wirklich stattfände. Das Konfessionsrat erachte es für inopportun, wenn Naumann in Leipzig sprechen würde, und wünschte deshalb, daß der Vorsitzende seine ganze Autorität geltend machen sollte, um diesen Beschluß rückgängig zu machen. Der Vorsitzende legte nun und mit ihm vier Geistliche, die dem Vorstand angehörten, ihre Aemter nieder. Der zweite Vorsitzende, Maxreppel Naumann, übernahm provisorisch den ersten Vorsitz, und es wurde in namenslicher Abstimmung einstimmig beschlossen, sich dem dringenden Wunsche des Konfessionsrats nicht zu fügen, sondern Naumann am 28. Februar sprechen zu lassen.

Zu dem Kapitel „Geistesranke Richter“ schreibt man uns aus Hamburg: In der Justizkommission des Reichstages ist nach den Drehberichten seitens reaktionärer Abgeordneter gegen den Antrag Wundel auf Abänderung des § 309 Abs. 3 der Strafprozessordnung unter anderem eingewandt worden, daß geistesranke Richter eine Seltenheit seien, und daß ja stets mehrere Richter an dem Urtheil mitwirken hätten, so daß ein Geistesranke, der sich wirklich darunter befände, wenig Einfluß auf das Urtheil habe. Dem gegenüber ist es nicht uninteressant, einen Fall vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen, der sich jüngst in Hamburg ereignete. Sämmtliche Zeitungen berichteten eines Tages in Dezember v. J., daß der Vorsitzende des Hamburger Schöffengerichts LL. Amtsrichter Friedrich Wilhelm Schulze, auf der Rückkehr aus einem Konzert bei herrschender Dunkelheit in die Wälder gerathen und ertrunken sei. Entgegen diesem dem täglichen Polizei-Wachstetel entnommenen Bericht verbielt sich die Sache aber so, daß der Amtsrichter Schulze freiwillig in den Tod gegangen war, um nicht, wie er am Morgen seines Todes abends verlebte Personen geschrieben hatte, völli ger geistiger Unmündigkeit zu verfallen. Daß es mit Schulze nicht ganz richtig war, wußte seit Jahren jeder, der ihn kannte. Allerdings äußerte sich seine Geisteskrankheit nicht gerade durch besonders drastische Urtheile, ja er war sogar ein sehr gründlicher Straf-richter, dem auch eine gewisse Kenntniß des praktischen Lebens nicht abging. Das hindert jedoch nicht, daß aus manchen der

unter seinem ganz besonderen Einflusse entfallenden Urtheile der helle Wahnsinn leuchtet. Ein Beispiel für viele: Der Rheber Adolf Wörmann hatte 1894 den damaligen verantwortlichen Redakteur des „Hamburger Echo“, Genossen G. Feine, wegen Beleidigung verklagt, weil in mehreren Artikeln des „Echo“ behauptet war, Wörmann habe sich der öffentlichen Beihilfe zum Sklavenhandel schuldig gemacht. Der juristische Beweis für diese Behauptung mißglückte und Feine wurde vom Schöffengericht II unter Vorbehalt des Amtsrichters Schulze wegen Beleidigung zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Die Höhe des Strafmaßes begründete Schulze damit, daß der Beleidigte als früherer Reichstags-Abgeordneter eine hohe Stellung einnehme. Diese Begründung rief allenthalben Verwunderung hervor, selbst bürgerliche Blätter glossirten sie und ein Hamburger Kaufmann, der Schulze dadurch näher kennen gelernt hatte, daß er mehrfach als Schöffe bei ihm geessen, äußerte im Hinblick auf das Urtheil, daß der Richter, der es gemacht habe, verrückt sei. Diese Keußerung war zufällig von einem Schuhmann gehört und wegen Beleidigung des Amtsrichters Schulze erhielt der Kaufmann später 4 Monat Gefängnis. Jetzt hat sich herausgestellt, daß Schulze wirklich geistig nicht intakt war, und zwar schon seit langer Zeit. Es hat sich z. B. herausgestellt, daß Schulze vor ungefähr 2 Jahren in einem Anfall von Delirium nachts in einem Hamburger Vorort in die Häuser eingedrungen ist und Brotdreier abgeschlitten und aus Vorgärten Rosenstöcke ausgerissen hat. Er ist damals verhaftet, nachdem seine Personalien festgestellt waren und er sich auf der Wache beruhigt hatte, aber wieder entlassen. Strafrechtlich ist nicht gegen ihn eingeschritten, dafür sah er aber am anderen Morgen wieder im Talar auf seinem Postersstuhl und schickte Sänder gegen die Paragraphen von der Sachbeschädigung und vom groben Unfug ins Gefängnis, und zwar — von Rechts wegen. Jetzt ist er todt und sein Wahnsinn schadet niemandem mehr. Aber ist nicht vielleicht noch mancher Richter sonst paralytisch und schickt Angeklagte ins Gefängnis und in das Zuchthaus, ohne daß er denselben möglich wäre, wenn später einmal die Krankheit alles Welt offenkundig wird, ein Wiederanfahrverfahren zu erzwingen?

Frankreich. Nachdem in Carmaux eine zeitlang Ruhe geherrscht, ist jetzt plötzlich ein neuer Konflikt ausgebrochen, weil Herr Ressonier von den wieder angestellten, ausländischen Glasbläsern 4 entlassen hat. Dieselben waren nämlich die Ausschussmitglieder eines kürzlich neu gebildeten Glasbläser-Syndikats. Der sozialistische Abg. Paulin wurde diesbezüglich bei dem Präfecten des Departements Tarn vorstellig. Was mit demselben verhandelt wurde, ist noch nicht bekannt. Doch telegraphirte Herr Paulin nach der Unterredung sofort an die Abgg. Jaurès und Mathé über das Vorgefallene und ersuchte dieselben, unverzüglich die Pariser Sozialisten zusammen zu berufen und auch bei der Regierung die nöthigen Schritte zu thun. Dementsprechend begaben sich noch Montag Abend 8 Uhr die Abgeordneten Jaurès, Viviani und Gérault-Richard zum Ministerpräsidenten Bourgeois, um denselben vom Stande der Dinge in Kenntniß zu setzen. Herr Bourgeois versprach, da er bislang nur unvollkommen über die Vorfälle in Carmaux unterrichtet worden sei, in kürzester Frist sich darüber Aufklärung zu verschaffen und den Genannten dann über das weitere Mittheilung zu machen.

Telegraphisch erfahren wir, daß gestern — Dienstag — Nachmittag eine große sozialistische Versammlung in Paris stattfand, die sehr energische Resolutionen faßte. Und des weiteren erfahren wir, daß Herr Bourgeois sich entschlossen hat, den alten, aber weiland im Senat begabenen Gesetzentwurf wieder hervorzuholen, der die Arbeitgeber mit zwei Monaten Gefängnisstrafe belegt, wenn sie ihre Lohnarbeiter wegen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft (einem Syndikat) belästigen oder entlassen.

Bravo!

Das ist zugleich eine Antwort auf den frechen Beschluß des Senats, der, der Regierung zum Tork und Troz, das von der Deputirtenkammer auf Antrag der Regierung verworfene Gesetz, welches den Arbeitern der Staatsbetriebe das Koalitionsrecht rauben will, mit 159 gegen 82 Stimmen angenommen hat.

Die Regierung wird freilich noch eine kräftigere Antwort zu geben haben: nämlich einen Antrag auf Verfassungrevision und Abschaffung des Senats. Jedenfalls spizen die Dinge in Frankreich sich zu einer bedeutsamen Krise zu.

Der Behringsee-Streit. Aus Bern wird gemeldet: Die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind dahin übereingekommen, daß, wenn sie sich über die Wahl eines Schiedsrichters für die Entscheidung der auf die Behringsee bezüglichen Anstände nicht einigen können, der schweizerische Bundespräsident um die Bezeichnung des Schiedsrichters ersucht werden soll. Auf Ansuchen der beiden Regierungen ermächtigt der Bundesrath den Bundespräsidenten, falls die vorhergesehene Eventualität eintreten sollte, den Auftrag anzunehmen und den Schiedsrichter zu ernennen.

Zur Venezuela-Frage. Aus Washington liegen Meldungen vor, nach welchen der Minister des Aeußeren der Republik Ecuador Carbo ein Rundschreiben an die Mitglieder der Diplomatie von Mittel- und Süd-Amerika und an den Staatssekretär Olney erließ, in welchem die Einberufung eines internationalen Kongresses befürwortet wird behufs genauer Feststellung und Bestätigung der Monroe-Doctrin und Begründung engerer kommerzieller und politischer Beziehungen.

„Daily Chronicle“ vernimmt, daß die englische Opposition bei der Wiedereröffnung des Parlaments eine eingehende Debatte über die venezolanische Frage anregen wird. Die liberale Partei ist einmüthig für ein Schiedsgericht.

## Deutsches Reich.

Reichseinnahmen. In der Zeit vom 1. April 1895 bis zum Schluß des Monats Dezember 1895 sind im Deutschen Reich folgende Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie andere Einnahmen zur Anschreibung gelangt:

Zölle 811 543 720 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahrs + 15 574 969 M.), Tabaksteuer 8 381 369 M. (+ 167 797 M.), Zucksteuer 63 470 484 M. (- 361 859 M.), Salzsteuer 34 080 480 M. (+ 697 089 M.), Reichsbörsen- und Brauereieinnahmensteuer 7 086 225 M. (+ 130 124 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 89 521 780 M. (- 3 908 108 M.), Brennsteuer 257 305 M. (+ 237 305 M.), Brausteuer 20 588 232 M. (+ 1 251 929 M.), Uebergangsabgabe von Bier 2 761 741 M. (+ 66 061 M.), Summe 636 441 301 M. (+ 18 870 207 M.), Stempelsteuer für a) Wertpapiere 11 822 687 M. (+ 4 873 969 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 15 610 515 M. (+ 4 660 678 M.), c) Loos- zu: Privatlotterien 2 567 289 M. (+ 556 709 M.), Staats-

lotterien 10 028 927 M. (+ 4 082 279 M.), Spielkarten-  
stempel 1 002 024 M. (+ 21 573 M.), Wechselstempelsteuer  
6 442 779 M. (+ 319 596 M.), Post- und Telegraphen-Ver-  
waltung 214 492 952 M. (+ 12 582 555 M.), Reichs-Eisenbahn-  
Verwaltung 51 440 000 M. (3 288 000 M.)  
Die zur Reichskasse gelangte Zin-Einnahme abzüglich  
der Aufzubereitungen und Verwaltungskosten beträgt bei  
den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Dezember 1895:  
Zölle 276 112 276 Mark (+ 14 835 408 Mark), Tabaksteuer  
8 912 285 Mark (- 339 515 Mark), Zuckersteuer 59 014 224 Mark  
(- 1 339 935 M.), Salzsteuer 31 769 028 M. (+ 869 897 M.),  
Rauchbottich- und Branntweinmaterialsteuer 9 890 590 M.  
(- 748 800 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und  
Zuschlag zu derselben 72 936 045 M. (- 3 126 514 M.), Brenn-  
steuer 154 930 M. (+ 154 930 M.), Brausteuer und Uebergangs-  
abgabe von Bier 19 841 295 M. (+ 1 111 835 M.), Summa  
477 570 823 M. (+ 10 721 806 M.). — Spielkartenstempel  
922 631 M. (+ 26 200 M.)

Die Generalversammlung des Bundes  
der Landwirthe findet in Berlin am 18. Februar cr.,  
nachmittags 1 Uhr, im Circus Busch (an der Burgstraße) statt.  
Die Tagesordnung ist folgende: 1. Begrüßungswort des ersten  
Vorsitzenden v. Bloch-Döllingen. 2. Geschäftsbericht, erlassen vom  
Direktor Dr. Suchland. 3. Revisionsbericht des Ausschusses.  
4. Verhandlung über a) die volkswirtschaftlichen Grund-  
anschauungen des Bundes der Landwirthe; b) die Haupt-  
forderungen des Bundes (Antrag König, Börsen- und Währungs-  
reform). Referent Dr. Lindström-Goslar. 5. Anträge aus der  
Versammlung.

Auf eine Beschwerde wegen Auflösung  
einer Versammlung, die Prediger Tschirn in Breslau  
an das Polizei- und Regierungspräsidium vergeblich gerichtet  
hatte, ist vom Ober-Präsidium der Provinz  
Schlesien folgendermaßen erkannt worden:

Ihre an den Herrn Minister des Innern gerichtete Beschwerde  
vom 22. November v. J. über die polizeiliche Auflösung der Ver-  
sammlung vom 18. September v. J. ist an mich zur Verfügung  
gelangt. Die Prüfung der Beschwerde zu grunde liegenden  
Sachverhältnissen hat ergeben, daß es sich um eine von Ihnen  
veranstaltete Demonstration gegen die 25jährige Gedächtnisfeier  
gehandelt hat. In öffentlicher Versammlung haben Sie sich nicht  
geführt, mit Worten, welche jeden deutschen Patrioten in seinen  
edelsten Gefühlen für Kaiser und Reich aufs tiefste verletzen  
mußten, jene patriotische Gedächtnisfeier zu verunglimpfen und  
herabzusetzen. Dieser Vorgang verdient die entschiedenste Miß-  
billigung und es ist sehr wohl erklärlich, daß der  
überwachende Polizeibeamte durch denselben  
zur Auflösung der Versammlung sich hat be-  
stimmen lassen. Gleichwohl hat meinerseits nicht verkannt  
werden können, daß diese Auflösung in den Vor-  
schriften der bestehenden Gesetzgebung eine  
ausreichende rechtliche Begründung nicht  
findet. Dementsprechend habe ich das Erforderliche ver-  
anlaßt. Der Oberpräsident. Fürst v. Hatzfeld.

Dieser Bescheid ist eine wahre Musterleistung der Ver-  
waltung, die in Beamtenkreisen durch das Bestreben, patriotisch  
zu sein, angerichtet werden kann. Dem Oberpräsidenten scheint  
es nicht klar zu sein, daß es ihm nicht ansteht, bei solcher Ge-  
legenheit sich in eine patriotische Polemik einzulassen, um das  
rechtswidrige Verhalten eines Unterbeamten zu beschönigen.

Ueber die Selbstmorde in der deutschen  
Armee bringt das „Militärwochenblatt“ eine vergleichende Zu-  
sammenstellung, die den Zeitraum von 1876 bis 1895 umfaßt.  
Hiernach kamen auf 10 000 Köpfe Selbstmorde: von 1876 bis  
1890 durchschnittlich im Jahre 6,33, d. h. 282 Fälle, wobei die  
Ziffer von 6,36 in 1878 auf 5,50 in 1890 gesunken ist; konstant  
war das Sinken mit unvollständigen Ausnahmen seit 1880.  
Die preussische Armee hatte die geringste Selbstmord-  
ziffer mit 6,07, dann Bayern mit 6,56, während das XII. und  
XIII. Armeekorps 8,05 und 8,11 aufwies. Von den anderen  
Staaten stehen glänzend England mit 2,09, dann Belgien mit  
2,44, Frankreich mit 3,33, Italien mit 4,07, ungünstiger da-  
gegen Österreich mit 12,53. Für die Zeit von 1891 bis  
1895 liegen nur für die preussische Armee vollständige  
Ziffern vor. Der Verhältnisjahre der Selbstmorde entwickelte sich  
da in den einzelnen Jahren, wie folgt: 5,33, 5,28, 4,76, 4,39,  
4,22. Die Gesamtmortalität in Preußen war 1891—1893 nur  
2,1 unter 10 000 Lebenden; die Militärstatistik hält diese Differenz  
aber dadurch für aufgehoben, daß von dieser Gesamt-Selbst-  
mordmortalität auf die Städte der Say von 4,1 entfällt, also  
fast ebenso wie in der preussischen Armee. Dieser Vergleich  
stimmt aber, wie die „Frankfurter Zeitung“ richtig einwendet,  
nicht. Die allgemeine Selbstmordmortalität ist  
zum größten Theil auf wirtschaftliche Gründe  
zurückzuführen, die beim Militär ganz fort-  
fallen. Eine gleiche Selbstmordmortalität des Militärs ist  
daher ein höchst bedenkliches Symptom und deutet auf sehr  
bedenkliche innere Ursachen hin. In den einzelnen  
Armeekorps der preussischen Armee stellen sich die Verhältniß-  
ziffern wie folgt:

	1876 bis 1890	1891 bis 1895
4. Armeekorps	9,13	7,82
5. " "	8,87	5,92
6. " "	8,58	5,90
11. " "	8,27	5,84
6. " "	8,17	5,57
1. " "	7,30	5,46
9. " "	6,15	5,20
14. " "	5,92	4,71
10. " "	4,88	4,60
15. " "	4,83	4,81
18. " "	4,62	4,16
Gardekorps	4,58	3,97
2. Armeekorps	4,43	3,85
7. " "	4,26	3,88
8. " "	3,84	3,39
17. " "	2,27	2,86

Es wäre von Interesse, zu erfahren, auf welchen ursächlichen  
Zusammenhang diese regelmäßigen Verschiedenheiten bei den  
einzelnen Armeekorps zurückzuführen sind, und wie amtlich die  
Selbstmorde nach ihren Ursachen klassifiziert werden, wenn auch  
eine Kritik der Angaben bei der Handhabung der deutschen  
Pressepolizei sehr schwierig ist.

Ueber die Massenverhaftung in Juden-  
walde wird gemeldet: In Haft befinden sich noch sieben Ange-  
schuldigte. Die anderen sind nach ihrer Vernehmung entlassen  
worden. Die in Haft befindlichen sollen falsche Eide (resp. Ver-  
leumdung) in Vereinsangelegenheiten, die gerichtlich zum Aus-  
trag gebracht wurden, geleistet haben. Namentlich handelt es  
sich darum, ob Bergausgaben, die der Turnverein „Vorwärts“  
veranstaltet hat, nur für Mitglieder zugänglich gewesen sind,  
also den Charakter als geschlossene Gesellschaft gehabt haben,  
wie die Genossen beschworen haben, oder ob diese Bergausgaben  
öffentlich gewesen sind, wie die Polizeibeamten bezeugt haben.  
Der Verdächtige ist ein stadtbekannter Mensch, der sich mit seinem  
Sohn überworfen hat und aus Rache seinen Sohn und die an-  
deren Beteiligten ans Messer geliefert hat; sehr viel spricht  
gegen die Angeeschuldigten, da der Name des einen, Plautenheim,  
in der beschlagnahmen Mitgliedsliste nicht aufgeführt ist und  
auch sich Zeugen dafür nicht aufbringen lassen, daß Plautenheim  
bei den sogenannten Turnstunden gesehen worden ist.

Nicht nur zu Sangerhausen wird Politik in der  
Schule getrieben. Dafür daß auch in anderen Winkeln des  
Deutschen Reiches patriotische Schulmeister unweisen Knaben ihre  
Ansichten einzupflanzen suchen, liefert uns ein Leser unseres Blattes  
folgendes Beispiel:

Auf dem König. Gymnasium zu Emden lautete bei  
den vor wenigen Tagen gefertigten schriftlichen Arbeiten der  
Frühlings-Abiturienten das Thema des deutschen Aufsatzes:  
„Was meinte Fürst Bismarck mit den Worten, die  
er am 1. April 1895 an die „deutschen Studenten“  
richtete: Halten wir vor allen Dingen zunächst fest, was wir  
haben.“

Dresden, 5. Februar. (Fig. Bericht.) Gestern Abend  
sprach Vieblnecht in der Vorstadt Pieschen über das  
Thema: Was ist Geschichte? Er zeigte, wie die menschliche  
Entwicklung sich nach bestimmten Gesetzen vollzieht, gegen welche  
persönliche Willkür ohnmächtig ist — er zeigte, wie das, was  
gemeinhin als „Geschichte“ gilt, zum großen Theil entweder  
phantastischer Krimstricks oder positive Fälschungen ist, und wies  
an verschiedenen Geschichtspartien — namentlich an der Ge-  
schichte der letzten hundert Jahre eingehend nach, wie die  
politischen Bewegungen und Formen durch die ökonomische Ent-  
wicklung bestimmt werden. Er legte dar, wie der Unter-  
gang des bürgerlichen Liberalismus und die jetzt herrschende  
Reaktion die notwendige Folge der Thatsache ist, daß der  
Kapitalismus sich seiner Gemeinheitslichkeit bewußt wird und,  
um sich des andringenden Sozialismus zu erwehren, den Staat  
zu seinen Zwecken mißbraucht. Er legte aber auch dar, wie die  
wachsende Festigkeit der Reaktion nur das Abbröckeln der  
Grundlagen des Kapitalismus bedeutet, der, durch seine An-  
strengungen, sich zu retten, seinen Sturz und den Sieg des  
Sozialismus nur beschleunigt. „Die Kräfte — so schloß Redner  
unter einstimmigem Beifall der imposanten Versammlung —  
die am laufenden Wechsell der Zeit weben, sie weben  
das Leichentuch des Kapitalismus und das Purpur-  
gewand der siegreichen internationalen Sozial-  
demokratie.“

In Großenhain in Sachsen wurde am Sonnabend  
Nachmittag der Freiherr Hubert von Schorlemer  
durch Gerichtsbeamte verhaftet und in das Amtsgerichts-Gefängnis  
eingeliefert. Dem Vernehmen nach handelt es sich um Wechsel-  
manipulationen, wozu er bereits vorigen Freitag auf grund  
eines militärischen Ehrengerichtes über von Schorlemer als  
Lieutenant d. L. dessen Ausstoßung aus dem Offizierskorps erfolgte.  
Zuvor vor einigen Tagen mußte von Schorlemer den  
Vorstand des „Konservativen Vereins für Stadt und Amtbezirk  
Großenhain“ niederlegen und als Vorstandsmittglied des konser-  
vativen Landesvereins ausscheiden. Da haben also die Großen-  
hainer Konservativen, durch den Fall Hammerstein gewißigt,  
prompter gehandelt als dem nervenranken Hammerstein gegen-  
über die gutmüthigen Leute vom „Kreuz- und Zeitungs“-Komitee.  
Herr v. Schorlemer wird auch als Sohn des verstorbenen  
Zentrums-Abgeordneten bezeichnet. Er war im letzten Wahl-  
kampfe 1893 und auch bis heute agitatorisch für die Konser-  
vativen thätig.

Aus Sachsen wird uns dazu noch geschrieben: Herr  
v. Schorlemer hat das preussische Original genau kopirt, auch im  
Honorat. Der Betrag seiner Unterschleife und Fälschungen  
ist noch nicht genau bekannt, dürfte aber die Leistungen des  
Originals übersteigen. Für die sächsischen Konservativen ist die Sache  
im jetzigen Augenblick, wo die Entscheidung über den Wahlrechts-  
Antrag zu fallen hat, doppelt fatal. Abschütteln können sie den  
Schorlemer so wenig, wie die preussischen Kameraden den  
Hammerstein, denn sie haben ihn gerade in letzter Zeit mit  
großer Beifälligkeit in den Vordergrund geschoben — namentlich  
im Kampfe mit den Antisemiten, die in Sachsen alle konser-  
vativen Wahlkreise mit großer Enthusiasmus unterwählten — für die  
Sozialdemokraten.

Zur Lippeschen Erbfolgefrage wird der  
„Tremontia“ aus Detmold geschrieben: „Sicherem Vernehmen  
nach hat der Bundesrath den Antrag des Landtags des  
Fürstenthums Lippe, die Entscheidung in der streitigen  
Erbfolgefrage dem Reichsgericht zu übertragen,  
abgelehnt. In welcher Weise nunmehr die streitige Erbfolge-  
frage ihre Erledigung finden wird, ist noch nicht abzusehen.  
Nach der Ansicht des jetzigen Reichsministers dürfte diese An-  
gelegenheit im Wege eines gütlichen Vergleiches zum Austrage  
kommen. Preußen soll aus leicht begreiflichen Gründen für  
die Entscheidung durch das Reichsgericht gestimmt haben. Es  
soll aber auf die bedeutende Minderheit im Bundesrath haupt-  
sächlich Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten, welche  
einer Entscheidung dieser Frage durch das Reichsgericht abhold  
waren — Rücksicht genommen sein.“

Nach anderen Berichten soll nunmehr von Preußen die Ein-  
setzung eines besonderen Schiedsgerichts betrieben werden. Was  
werden die guten Lipper jubeln, wenn sie endlich ihren richtigen  
Landesvater gefunden haben werden!

München. Die Schorr-Affäre und der Offi-  
ziersstand. Dieser Tage erschien bei den Regimentern ein  
allgemeiner Erlaß des kaiserlichen Kriegsministeriums. Dem-  
selben ist zu entnehmen, daß durch die Schorr-Affäre in der  
Silberhochzeit die bedauerliche Thatsache festgestellt  
worden sei, daß ein Offizier die Wachdienst-  
Vorschriften nicht gekannt habe. Den Herren Majors  
wird deshalb befohlen, darauf zu achten, daß die Offiziere in  
Zukunft ihre Funktionen kennen, wovon sich  
erstere von Zeit zu Zeit zu überzeugen haben.

Strasburg i. E., 4. Februar. In der heutigen Sitzung  
des Landesausschusses legte Unterstaatssekretär von Schraut den  
Etat für 1896/97 vor; derselbe weist eine günstige Finanzlage  
auf und verspricht mit einem Ueberschuß von 1 500 000 M.  
abzuschließen. Im ganzen balancirt der Etat mit 55 Millionen  
Mark. Der Ueberschuß rührt theils von über Er-  
wartungen großen Ueberweisungen des Reiches,  
theils von eigenen Mehreinnahmen des Landes her.  
Der Unterstaatssekretär betonte die Nothwendigkeit einer  
festen Basis der Finanzlage im Verhältnis zum Reiche, um  
Schwankungen von der Größe der letzten Jahre in Zukunft ab-  
zumehren. Der Unterstaatssekretär kündigte alsdann große Ver-  
besserungen auf wirtschaftlichem Gebiete in bezug auf die  
Kanalisation und die Rheinschiffahrt an. Nachdem  
mit noch mehreren anderen Rednern Dr. Petri die  
Abschaffung der Ausnahmegesetze warm be-  
fürwortet und die friedliche Gesinnung  
und Zugehörigkeit des Landes zum Deutschen  
Reiche betont hatte, trat Staatssekretär v. Puttkamer dem Ab-  
geordneten Jeanty lebhaft entgegen, welcher sich über den an-  
geblichen Chauvinismus der Eingewanderten beschwert hatte.  
Staatssekretär v. Puttkamer erwiderte, wenn ein solcher Chau-  
vinismus vorhanden sei, so sei er nur durch den weit größeren  
Chauvinismus der Eingeborenen hervorgerufen.

Hungarn.  
Budapest, 5. Februar. Das „Amtsblatt“ meldet die Ent-  
hebung des Dr. Julius Millos von seinem Amte eines Ober-  
gepans des Vorjoder Komitates.

Bekanntlich ist im Parlament nachgewiesen worden, daß  
Dr. Millos sein Amt zur betrügerischen Verschaffung großer Vor-  
theile bei Eisenbahn-Koncessionen ausgenutzt hat.

Frankreich.  
Paris, 4. Februar. Der Minister des Aeußeren, Bertelot,  
hat den Fremden Mächten die Besitzergreifung  
von Madagaskar seitens Frankreichs notifizirt.  
Nunmehr wird die Antwort der Mächte erwartet.

Paris, 4. Februar. Deputirtenkammer. Der  
Handelsminister Mesureur brachte heute eine Vorlage ein,  
nach welcher Uebertretungen des Gesetzes über die  
Verurtheilung mit Geldstrafen und Gefängnis  
von 1 bis 6 Monaten bestraft werden. (Beifall auf der  
äußeren Bank.)

Sodann begann die Weiterberatung des Berichtes  
über die Eisenbahnverträge. Rouanet (Sozialist) setzte seine  
gefrigte Rede fort und bemühte sich nachzuweisen, daß die Ver-  
träge dem Lande nachtheilig seien. Er schloß, indem er Rappal  
aufs neue angriff und behauptete, die Eisenbahngesellschaften  
hätten die Genehmigung der Verträge durch Betrug,  
namentlich bei den Zeitungen, erreicht. Der Bericht-  
erstatter Darlan wandte sich gegen die Ausführungen Rouanet's  
und hob die gegen die Kommission gerichteten Angriffe hervor.  
Der Redner wurde mehrfach durch großen Lärm auf der äußersten  
Bank unterbrochen. Die Weiterberatung wird auf Donnerstag  
vertagt.

Die sozialistische Partei hatte sich gestern vor  
der Sitzung in der Kammer versammelt und die Absicht aus-  
gesprochen, die Regierung über die Maßnahmen zu interpelliren,  
welche sie gegenüber der Entlassung der vier Glasbläser  
in Carmaux zu ergreifen gedenke, stand jedoch davon  
ab, als sie in Erfahrung gebracht, daß die Regierung ein  
Gesetz über die Arbeiterjudikate einbringen wolle. Dasselbe  
wurde vom Handelsminister Mesureur zu Beginn der heutigen  
Sitzung vorgelegt und hat zum Zweck, der Beeinträchtigung  
der Freiheiten der Arbeitersyndikate zu steuern. Er wurde von  
den Sozialisten mit großem Beifall begrüßt. Herr Jaures rief  
aus: „Das ist ein Gesetz, welches sich an die Adresse des Herrn  
Messôguier richtet“. Der Minister verlas dann die Vorlage,  
welche bestimmt, daß diejenigen mit einer Gefängnisstrafe von  
6 Tagen bis zu 1 Monat (nach anderer Mittheilung  
2 Monat, R. d. B.) oder mit Geldbuße von 16 bis  
zu 100 Franks belegt werden sollen, welche sich eine  
Beeinträchtigung der Syndikatsfreiheit zu schulden kommen  
lassen. Die Vorlage wurde an die Prüfungskommission über-  
wiesen und dann fuhr der sozialistische Abg. Rouanet in seiner  
gestern unterbrochenen Rede fort. Seine heutigen Ausführungen,  
so weit bis jetzt darüber Berichte vorliegen, gipfelten in der Er-  
klärung, daß die Politik der großen Eisenbahn-Gesellschaften seit  
dem Jahre 1879 ausschließlich darin bestanden habe, dem Wieder-  
kauf durch den Staat vorzubeugen.

Schweden.  
Stockholm, 5. Februar. Das „Stockholm Dagblad“ meldet,  
interhalb der Regierung sei Einigkeit über das neue Wahl-  
gesetz für die Wahlen zur zweiten Kammer erzielt worden. Es  
verlangt, das Gesetz lege fest, daß man, um das Wahlrecht zu  
erlangen, eine bestimmten Reihe von Jahren  
hindurch einen bestimmten Steuerbetrag be-  
zahlt hat.

England.  
London, 3. Februar. (Fig. Ber.) Die Gedächtnis-  
feier für die Märtyrer der polnischen Sozial-  
demokratie hatte den großen Saal der „Working Social-  
ist“ in St. Pancras bis auf den letzten Platz gefüllt. Dr.  
Edward Aveling, der den Vorsitz führte, schilderte in einer  
einleitenden, äußerst wirkungsvollen Ansprache die Kämpfe der  
polnischen Sozialisten und insbesondere die mit der Hin-  
richtung von Bardowski, Kunicki, Ossinski und Pietruski  
in Verbindung stehenden Vorwände und Ver-  
folgungen. Nachdem er unter lebhaftem Beifall der  
Versammlung mit der Erklärung geschlossen, daß im Jarenreich  
der revolutionäre Terrorismus so lange nicht verschwinden werde,  
wie der Regierungsterrorismus fortbauere, sprach Tom Mann  
von der Independent Labour Party als erster Redner für  
folgende, vom Festkomitee ausgearbeitete Resolution:

In Erwägung,  
daß die Unterjochung einer Nation durch die andere nur im  
Interesse der Kapitalisten und Despoten sein kann, für das  
arbeitende Volk aber aller betroffenen Nationen immer gleich  
unheilbringend ist,  
daß besonders der russische Zarismus, welcher seine  
inneren Kräfte und auswärtige Bedeutung aus der Unter-  
jochung und Verhinderung Volens schöpft, eine stehende  
Gefahr für den Fortschritt des internationalen Proletariats  
darstellt,

erklärt die Versammlung:  
die Unabhängigkeit Polens ist eine ebenso für die gesammte  
internationale Arbeiterbewegung, als für das polnische Pro-  
letariat selbst notwendige politische Forderung.

Mann's Rede gipfelte in einem feurigen Protest gegen die  
Völkerverwüthung und das Geschrei nach neuen Kriegsschiffen und  
Armeeverstärkungen. Als zweiter Antragsteller sprach  
H. Debski (Pole), der seinerzeit an den oben erwähnten  
Kämpfen selbst theilgenommen, aber, obwohl schon verhaftet, den  
Händen der russischen Gendarmen zu entschlüpfen verstanden hatte,  
in polnischer Sprache und hob insbesondere die Unterschiede zwischen  
den alien nationalen Parteien Polens und der polnischen  
Sozialdemokratie hervor. Seine Rede rief die polnischen Zu-  
hörer wiederholt zu begeisterten Beifallsbezeugungen hin. G. D.  
Bernstein entwickelte, daß die deutsche Sozialdemokratie es  
nie vergessen werde, daß ein deutscher Staat die Mitschuld, wenn  
nicht die Hauptschuld an der Unterjochung Polens unter fremde  
Herrschaft trage, und welche Pflichten sich daraus für sie selbst  
ergäben. Wenn die Wiederherstellung Polens heute eine Utopie sei,  
so werde dafür der Sieg der Sozialdemokratie dem polnischen Volke  
Erlösung aus der unwürdigen Lage bringen, in die es heut ver-  
setzt sei. Die Sozialdemokratie werde die rettende Fee und das  
von Bewußtsein gelangte Proletariat der tapfere Prinz sein,  
welche dieses Achenbrüdel unter den Nationen Europas zum  
gleichberechtigten Glied derselben erheben werden. G. D. Bern-  
stein knüpfte an die Thatsache an, daß die erste öffent-  
liche Versammlung, die sie besucht, jenes denkwürdige Meeting  
des Jahres 1863 war, wo ihr Vater für die Sache Polens eine  
Lanze einlegte, und daß den Aufstoß gab zur Gründung der  
Internationalen Arbeiter-Assoziation, und hob die räth-  
liche Rolle hervor, welche die Polen in allen Freiheits-  
kämpfen des 19. Jahrhunderts gespielt. M. Beer  
verglich die Märtyrer der Volksbewegungen des 19. Jahr-  
hunderts mit denen des aufkommenden Christenthums.  
Obwohl die ersteren nicht wie die letzteren in dem  
Jenseits starben, daß ein glänzendes Reich der Freuden ihrer im  
Jenseits warte, geben sie doch mit nicht minderem Muth in den  
Tod oder in die Leiden der Verbannung und des Gefängnisses.  
Nachdem noch H. Quclch von der Sozialdemokratischen Föder-  
ation, R. Pirenas für die Sozialistischen Verbände und unser  
jugendfrischer Veteran Fr. Lehner in seiner gewohnten leben-  
digen Weise gesprochen, ward die oben gegebene Resolution von  
der Versammlung, die während mehr als drei Stunden in ge-  
spanntester Aufmerksamkeit den Rednern gelauscht, unter lautem  
Beifall einstimmig angenommen.

London, 4. Februar. Cecil Rhodes traf heute nach-  
mittags in London ein; er wurde am Bahnhofe von einer be-  
trächtlichen Menschenmenge mit Jurens begrüßt. Bis jetzt hat  
Rhodes noch keine Vorbereitungen zu einer Zusammenkunft mit  
Chamberlain getroffen. Letzterer ist heute nachmittags hier ein-  
getroffen und hat an dem Kabinettsrathe, welcher zwei Stunden  
dauerte, theilgenommen.

Italien.  
— Auch die Grundsteuer beabsichtigt Minister  
Sonnino zu Gunsten der Kriegskasse zu erhöhen;  
eine Gesetzesvorlage über eine Vermehrung des „Zehnten-  
Zuschlags“ der Grundsteuer von 1 auf 3 dürfte  
in einer der nächsten Ministerraths-Sitzungen eingebracht  
werden. Doch zweifelt man, daß der Vorschlag durchdringen  
werde, da kraft eines früheren Gesetzes sogar das bestehende  
Zehntel abgeschafft werden soll. — Inzwischen wird die Möglichkeit  
dieser Neuerung im Parlament lebhaft diskutiert; einige einfluss-  
reiche Deputirte der Agrariergruppe, welche augenblicklich in der  
Reihe der Ministerien sitzen, versichern, daß sie gegen Sonnino's

Vorschlag stimmen werden, welcher in diesem Momente eine unzulässige Belastung bedeuten würde, ohne die Finanzlage ausreichend zu verbessern. —

### Spanien.

**Madrid, 4. Februar.** Der Ministerrath genehmigte die Reorganisation der spanischen Bank in Havannah und ermächtigte dieselbe, die Emissionen zu vermehren. Ebenso wurde der Reform der Zölle auf Kuba zugestimmt; durch dieselbe werden die Zölle auf spanische Erzeugnisse erhöht und es wird eine neue Steuer auf ausländische Erzeugnisse festgesetzt. Der Finanzminister theilte den Generalplan für das neue Budget mit.

Die „Correspondencia militar“, das Organ der Armee, bespricht die Unterredung eines Berichterstatters mit dem Marschall Martinez Campos in Corunna und bezeichnet es als unmöglich, daß Campos die ihm zugeschriebenen Aeußerungen gethan habe, denn nur ein Verräther könne so sprechen. —

### Rußland.

— **Fuchsmühl im Polnischen.** Auf dem Gute Kusmini, Kreis Kalisch, fand, nach dem Niederschlesischen Anzeiger, ein förmliches Gefecht zwischen Arbeitern des Gutes und Bauern aus der Umgegend statt. Der Gutbesitzer sandte seinen Verwalter mit 50 Arbeitern aus, um Holz in einem Walde zu fällen, auf welchen die Bauern gewisse Ansprüche zu haben vermeinten. Die Bauern beschloßen, das Holzfällen im erwähnten Walde gewaltsam zu verhindern, bewaffneten sich mit Mistgabeln, Sensen und Dreschflegeln und fielen über die herrschaftlichen Arbeiter mit einer solchen Erbitterung her, daß einige derselben lebensgefährlich verwundet wurden. —

**Odesa, 2. Febr.** („Times“.) In diesem Jahre eröffnet eine neue russische Transportgesellschaft unter der Direktion eines russischen Admirals ihren Betrieb auf dem Schwarzen Meere. 7 Dampfer sind in England bestellt worden, dieselben sollen so gebaut werden, daß sie in Kriegszeiten in armierte Kreuzer umgewandelt werden können.

Dies ist wieder ein Beweis, wie wenig sich Rußland um internationale Abmachungen, so in diesem Falle um die freilich längst durchgeführte Bestimmung des Pariser Vertrags kümmert, die die Zahl der russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer beschränkt. —

### Bulgarien.

**Sofia, 6. Februar.** Das Organ der Regierung „Mir“ und der „Progres“ bestätigen die Meldung anderer bulgarischer Blätter, daß der Kaiser von Rußland die Einladung des Prinzen Ferdinand angenommen habe, die Kathedrale bei dem Uebertritt des Prinzen Boris zur orthodoxen Kirche zu übernehmen. Der Kaiser dürfte sich durch einen russischen General vertreten lassen. Eine Gruppe hiesiger Bürger trifft Vorbereitungen, dem Abgesandten des Kaisers von Rußland mittels Sonderzuges entgegenzufahren.

Man ersehnt hierans, daß die Russophilen die geänderte Situation ganz auszunutzen suchen. Zum Segen des Landes und zur Erhaltung des Friedens wird dies kaum beitragen. —

### Türkei.

**Konstantinopel, 4. Februar.** Der fünfte Jahrgang der Mannschaften, der infolge der Ereignisse im letzten Herbst nicht zur Entlassung gelangte, wird nunmehr entlassen. —

**Konstantinopel, 4. Februar.** („Times“.) In der letzten Nacht wurden 12 Verhaftungen, darunter die eines Obersten und zweier Majors der Palasttruppe, vorgenommen. Die Verhafteten stehen in dem Verdachte, Verbindungen mit dem Komitee der mohamedanischen Unzufriedenen unterhalten zu haben. —

### Kuba.

**Havannah, 4. Februar.** (Amtliche Meldung.) Zwei Zusammenstöße haben mit den Aufständischen stattgefunden, bei San Juan und bei Capinat; einige Aufständische wurden getödtet. Bei San Felipe brachten die Aufständischen einen Eisenbahzug zum Entgleisen; die in dem Zuge befindlichen spanischen Soldaten schlugen die Aufständischen; auf beiden Seiten fielen mehrere Mann.

Eine Abtheilung der Kavallerie des Generals Marin hat die Vorhut von Maximo Gomez bei San Antonio zwischen den Provinzen Havannah und Pinar del Rio geschlagen. Zwanzig Aufständische wurden getödtet und zahlreiche verwundet. Die Verbindung zwischen Gomez und Maceo ist verhindert.

Bei Consolacion fand ein Gefecht zwischen den Aufständischen unter Maceo und den Truppen statt, bei welchem die Aufständischen 300 Verwundete und 60 Tödtliche verloren. General Loque wurde verwundet. —

### Afrika.

**Maffanah, 4. Februar.** (Agenzia Stefani.) General Baratieri telegraphirte, er habe Menelik mitgetheilt, daß er mit ihm nicht habe unterhandeln können, so lange sich italienische Soldaten in seiner Gefangenschaft befunden hätten. Der Regus entließ die Geiseln, die gestern Abend im Lager ankamen. Beim Feinde sind noch die Offiziere und Soldaten, welche in der Schlacht bei Amba-Madachi gefangen wurden. — Ras Makonnen schrieb an General Baratieri, Menelik habe von dem Zwischenfall mit den Geiseln nichts gewußt, und die Bewegung seiner Truppen sei eine Folge des Bedürfnisses, das Heer mit Stroh und Wasser zu versorgen. — Die zurückgekommenen Geiseln berichten, die feindliche Armee stehe östlich vom Berge Semajata zwischen Zatta, Gandofo und Hamedo. — In Kassala herrscht Ruhe. —

## Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

### Berichte.

**Hannover, 3. Februar.** In der heute abgehaltenen Versammlung erklärten sich die Kollegen und Kolleginnen ganz Deutschlands solidarisch und verpflichteten sich, dieselben mit allen zulässigen Mitteln zu unterstützen. Hauptächlich verpflichteten sie sich, streng zu kontrolliren, von welchen Konfektionsgeschäften nach Hannover Waare eingeführt wird.

**Breslau.** Die erste Konferenz der Lohnkommission mit den Unternehmern sollte am 1. Februar stattfinden. Erschienen waren einige nicht kompetente junge Leute. Zu einem Resultat kam es nicht, aber vorge schlagen wurde uns, mit dem ersten Unternehmer, der uns Versprechungen machte, in Verbindung zu treten und ihn zu ersuchen, mit den übrigen Herren zu verhandeln. Wir wollten auch diesen Einigungsweg nicht unbeschritten lassen. Die Firma Pariser u. Strahner hatte Versprechungen gemacht. Drei Kollegen aus der Kommission wurden zu dem Firmeninhaber gefandt und erhielten das Versprechen, am Montag, den 3. d. solle ihnen Bescheid zugehen; dieser lautete: Die Herren hätten alle gemein keine Zeit, da es jetzt Saison sei! Die am Abend des 3. Februar abgehaltene großartig besuchte Versammlung verlangte sofort den Streik. Einstimmig wurde beschloßen, die Arbeit einzustellen. Der Umfang des Ausstandes ist noch nicht zu übersehen. Stündlich mehren sich die Zahl der Streikenden.

**Wihelmshaven.** In einer imposanten öffentlichen Versammlung erklärten die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen, mit aller Macht für die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen einzutreten, und nahmen einstimmig folgende Resolution an: Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich vollständig solidarisch mit den Forderungen der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen, Errichtung von Betriebswerkstätten, und verpflichtet sich, in jeder Weise die Forderung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen zu unterstützen. Zugleich spricht die

Versammlung die Erwartung aus, daß die hiesigen Konfektionsgeschäfte nur von solchen Firmen ihre Waaren beziehen, welche Betriebswerkstätten errichtet haben und dort ihre Waaren herstellen lassen. Die Versammlung ersucht die Reichsregierung, die Hausindustrie unter die Gewerbe-Inspektion zu stellen.

**Hamburg.** Das Gewerkschaftskartell nahm folgende Resolution an: Die am 4. Februar 1896 im „Hammonia-Gesellschaftshaus“ tagende Versammlung des Hamburger Gewerkschaftskartells hält die Stellungnahme der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den sich von Jahr zu Jahr verschlechternden Lohn- und Arbeitsverhältnissen für gerechtfertigt und sagt den in der Lohnbewegung eintretenden Konfektionsarbeitern moralische und materielle Unterstützung zu.

**Hersford.** Die Hersforder Kollegen erklären sich mit den aufgestellten Forderungen in der Konfektionsindustrie vollkommen einverstanden und versprechen, mit allen Kräften für materielle und moralische Unterstützung Sorge zu tragen.

**Heidelberg.** Da am Orte keine Konfektion angefertigt wird, werden die Heidelberger Kollegen für finanzielle und moralische Unterstützung sorgen.

**Stuttgart.** In einer am 3. Februar abgehaltenen ungewöhnlich stark besuchten Versammlung herrschte mutige Kampfesstimmung. Beschloßen wurde, bei günstiger Konjunktur das mit einem Streik zu erkämpfen, was die Konfektionäre jetzt nicht bewilligen. Sobald aber die Stuttgarter Konfektionäre für die norddeutschen Konfektionäre, deren Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streik befinden, Waare anfertigen lassen sollten, werden die Stuttgarter Kollegen und Kolleginnen sofort die Arbeit niederlegen.

**Neutlingen.** Da am Orte fast keine Konfektion angefertigt wird, vielmehr die Waaren alle von auswärts bezogen werden, so aus München und anderen Städten, sagen die Kollegen Neutlingens den kämpfenden Kollegen der anderen Orte ihre thätigste moralische und finanzielle Unterstützung zu.

Aus Breslau bringt ferner die „Voss. Zig.“ folgenden Bericht:

Der allgemeine Ausstand der Konfektionsarbeiter und Näherinnen Deutschlands ist gestern Abend auch hier in einer großen Versammlung von Schneidern und Schneiderinnen beschloßen worden und heute hat der Ausstand, soweit bisher bekannt ist, wenigstens theilweise thätiglich begonnen. Die Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter hat für Breslau große Bedeutung. Breslau ist ein nicht unbedeutender Markt auch für die Ausfuhr besonders billiger Konfektionswaare, die hier meist in hausindustriellen Betrieb angefertigt wird. Die Zahl der hiesigen Konfektionsarbeiter und Näherinnen wird mit 5-6000 deshalb zu niedrig geschätzt, weil dabei nur die in Werkstätten arbeitenden Schneider und Schneiderinnen eingerechnet sind. — Wie uns (der „Vossischen Zeitung“) aus dem Drahtwege gemeldet wird, beschloßen in einer gestern Abend abgehaltenen Konferenz die Prinzipale der Konfektionsbranche, gegenüber den Ausständigen einen Verein der Firmen zu gründen, dem sofort 16 Prinzipale beitraten. Ein Ausschuß wurde gewählt, der heute mit den Ausständigen unterhandelt. Inzwischen werden nur die alten Lohnsätze gezahlt. Gestern kamen mehrfach Ausschreitungen der Ausständigen vor. Arbeitende wurden verhöhnt und an der Arbeit zu hindern gesucht. Die Polizei schritt zweimal ein.

### Stimmen aus den Reihen der Kämpfenden.

Uns geht folgender Brief einer Konfektionsarbeiterin zu, der in seiner Einfachheit für sich selbst spricht und den wir wörtlich zum Abdruck bringen:

Geehrte Redaktion!

Ich möchte Sie um etwas Raum in Ihrer Zeitung bitten. Ich habe für einen gewissen Herrn M. in der L.-Straße Jadedt genäht. Als ich die Arbeit annahm, fragte ich natürlich nach dem Lohn. Der Herr sagte mir ägernd, daß er das Jadedt mit 70 Pf. bezahle, „im übrigen sei es wohl schon so Mode, daß die Arbeiter gleich nach dem Preis fragen“. Jetzt frage ich, wann Zahltag wäre. Da meinte er, alle 14 Tage am Montag. Da ich nicht darauf einging, weil ich Witwe bin und 3 Kinder zu ernähren habe, so sagte er, das ließe sich auch alle 8 Tage machen. Ich lieferte also 8 Jadedts zum Preise von 5,60 M. nach und nach ab und wollte mir am Montag das Geld dafür abholen. Ja, da kam ich schon an. Er sagte: „Kommen Sie morgen, also am Dienstag, ich habe noch nicht geliefert, dann bekommen Sie Arbeit und Geld.“ Am Dienstag früh stellte ich mich wieder ein. Da hörte ich auf der Treppe einen suchbaren Standal. Es war Herr M. mit zwei Arbeiterinnen, denen er das verdiente Geld nicht auszahlen wollte. Sie mußten natürlich ohne Geld abgehen. Auch zu mir sagte er kurz: „Heute giebt's kein Geld, nur am nächsten Montag. Arbeit können Sie Nachmittag holen, ich habe noch nicht zugeschnitten.“ Nachmittags war der Herr nicht zu sprechen, nun verlangte ich meinen Kontrakt, den ich am ersten Arbeitstage abgeben mußte. Er ließ durch das Dienstmädchen sagen, ich sollte nächsten Montag nach Geld kommen und wenn ich wollte, dann könnte ich wieder weiter arbeiten, er hätte jetzt keine Arbeit. Am Montag war der Herr wieder nicht zu Hause. Am Dienstag sagte er zu mir, er hätte beim Konfektionär noch nicht abgerechnet. Jetzt frage ich, ob er mir denn bezahlen wolle oder nicht, ich könnte doch nicht alle Tage hier her laufen. Da meinte er kurz: „Ich habe kein Geld, machen Sie was Sie wollen.“

Jetzt noch eins: Für das Jadedt giebt es 70 Pf. Größe 44 mittlerer Konfektion. Soll die Arbeit gut und sauber abgeliefert werden, dann hat eine Arbeiterin von früh 4 Uhr bis abends 11-12 Uhr das schöne Stümmchen von 1,40 M. verdient! Wir haben es wahrlich schön auf dieser Welt. Wir Näherinnen sind doch zu beneiden; wenn man die paar lumpigen Pfennige ehrlich verdient hat, dann muß man sie sich zuletzt noch einlagern. Mögen diese Zeiten dazu beitragen, daß sich sämtliche Näherinnen organisiren und fest zusammenhalten, dann werden wir diese Zustände abschaffen und niemand wird uns unser Recht nehmen können.

Achtungsvoll

Frau Witwe Z.

### Prestimmen.

Die „National-Zeitung“ widmet der Bewegung einen Leitartikel, dem wir folgendes entnehmen: Das Verlangen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektions-, und zwar ebenso der Kleider- und Mäntel-, wie der Wäsche-Industrie nach einer Erhöhung ihrer Löhne muß im allgemeinen als gerechtfertigt anerkannt werden. Wie es auch um die Genauigkeit der Lohnangaben in den Agitations-Versammlungen stehen mag — es ist zweifellos, daß die große Masse der in dieser Industrie beschäftigten Arbeitskräfte erschreckend niedrig bezahlt wird; wohl jeder, der gelegentlich in den Geschäften, aus denen er seinen Bedarf bezieht, sich nach den Lohnverhältnissen erkundigt, ist immer von neuem über die Traurigkeit derselben erschrocken. Es ist auch unzweifelhaft, daß eine Erhöhung dieser Löhne möglich ist, welche materielles Geland und sittlichen Verfall namentlich der Arbeiterinnen als fast notwendige Folge der Beschäftigung in diesem Gewerbe zweigle auslöschen würde; dazu ist nur eine geringe Steigerung der Verkaufspreise erforderlich.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Ein Lohnkampf von der allergrößten Bedeutung ist in verschiedenen Städten bereits ausgebrochen und droht auch in Berlin. Die hausindustriell beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche sind diesmal das treibende Element. Ihr Loos ist ohne Zweifel ein recht elendes, es ist daher zu begreifen, daß sie nach einer Besserung ihrer Lage streben. Sie treten nicht mit hochtrabenden Redenarten, wie es sonst nur zu oft bei Streiks geschieht, nicht mit der herausfordernden Lust zum Kampfe an sich in die Bewegung, sondern suchen durch gütliche Vereinbarung ihr Ziel zu erreichen. Man darf aber auch wissen, daß sie, wenn der wirtschaftliche Krieg

einmal ausgebrochen ist, mit dem Muth der Verzweiflung um so zäher auszuhalten werden. Ihre Beschwerden richten sich in der Hauptsache gegen die sogenannten „Zwischenmeister“, welche die Ausführung größerer Aufträge für die großen Konfektionsfirmen übernehmen. Diese „Zwischenmeister“ unterbieten einander, um die Aufträge zu erhalten, und suchen dann durch Herabdrückung der Löhne den Verlust einzubringen, den sie durch ihr zu billiges Angebot erleiden würden. Auf diese Weise sind in der That die Löhne für die Hausindustriellen in der Konfektionsbranche ungeheürlich verringert worden, ohne daß die Industrie einen Vortheil davon hätte. Die „Zwischenmeister“ haben sich den Vorstellungen der Arbeiter gegenüber unzugänglich erwiesen, und nun wenden sich diese unmittelbar an die Großkonfektionäre, um eine Aenderung herbeizuführen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Unternehmer für die Klagen der Arbeiter ein offeneres Ohr hätten als die „Zwischenmeister“. Denn es ist doch klar, daß bei einem etwaigen Ausstande sowohl die Arbeiter als die Unternehmer, daß der Nationalwohlstand im ganzen leiden müßte. Der Ruf an das Solidaritätsgefühl des Bürgerthums erscheint in diesem Falle deplazirt. Solidarisch ist und soll das Bürgerthum nur sein gegenüber ungerechtfertigten Forderungen, die der sozialdemokratische Terrorismus zeitigt; es würde der Sozialdemokratie Berechtigung verleihen, wenn das Bürgerthum das Eintreten für Forderungen der Arbeiter ohne Prüfung kurzer Hand abweisen wollte.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Die Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion veranlassen am nächsten Montag eine große Versammlung, um über die wegen der allgemeinen Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie nothwendigen Maßnahmen zu berathen. Die „Konf.“ berichtet, wird die Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen bei der Staatsregierung aufmerksam verfolgt. Ein Regierungsrath aus dem Handelsministerium habe gestern die Chefs der bekanntesten hiesigen Konfektionsfirmen aufgesucht und mit ihnen eingehend über die Möglichkeit der Einrichtung von Betriebswerkstätten gesprochen. Man habe ihm gegenüber die Ansicht vertreten, daß die Einrichtung von Betriebswerkstätten in der Konfektionsindustrie vollständig unmöglich sei und auch für die Arbeiter keinerlei Vortheile im Gefolge haben werde. Um ein klares Bild über die Lohnbewegung zu erlangen und um jeder Partei die Möglichkeit zu geben, ihren Standpunkt zu vertreten, habe der Regierungsrath für die nächste Zeit eine Berathung unter seinem Vorsth zwischen einem Vertreter der Konfektionsfirmen, einem Schneidermeister, einem Konfektionsarbeiter und einer Arbeiterin in Aussicht gestellt. Ferner meldet der „Konf.“: Am Dienstag Abend fand hier eine Versammlung einiger Herren statt, die es sich angelegen sein lassen wollen, der Lohnbewegung eine für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich annehmbare Wendung zu geben. An dieser Versammlung nahmen theil Professor Schmolter, Professor Delbrück, Pfarrer von Soden, Gewerberath Sprenger, Geheimrath König, Magistrats-Assessor Dr. Freund.

Der „Hamburger Correspondent“ schreibt: An Unterstützung wird es den Konfektionsarbeitern bei den zu erwartenden Ausständen nicht fehlen. Die Berliner Gewerkschaften treten geschlossen für sie ein und stellen materielle und moralische Hilfe in Aussicht. Auch im weiteren Publikum steht man vielfach den Bestrebungen der Konfektionsarbeiter, ihre Lage zu bessern, sympathisch gegenüber, da man weiß, daß sie nicht einen leichtsinnigen Streik vom Zaune brechen, sondern wirklich dringenden Uebeln Abhilfe schaffen wollen. In Berlin wird in den nächsten Tagen eine Anzahl von Männern und Frauen verschiedener Berufs- und Gesellschaftskreise zu einer vertraulichen Besprechung zusammentreten, um zu erwägen, wie durch den Druck der öffentlichen Meinung auf die Unternehmer den Mißständen in der Konfektionsbranche entgegenzuwirken sei. Bisher haben die Arbeitgeber kein entgegenkommen gezeigt. Die Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion erkannten zwar in einer Versammlung die schlechte Lage der Mäntelnäherinnen an, hielten aber den gemähten Zeitpunkt sowie die Agitationsweise der Streikkommission für verfehlt und die Forderung nach Betriebswerkstätten für unumführbar. Ihr Vorschlag auf Gründung einer Arbeiterinnen-Vereinigung unter der Leitung der Schneidermeister für Damenkonfektion kann augenblicklich schwerlich als genügendes Anerbieten betrachtet werden. Ob aber die schwachen, schlecht organisirten Arbeiter der Konfektionsbranche auf dem Wege des Streiks ihre Forderungen durchsetzen werden, ist eine Frage, die man angesichts ihrer ungünstigen Lage nicht von vornherein bejahen kann. Jedenfalls haben sie die Theilnahme sehr weiter Kreise für sich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint, wir hätten uns über ihren Leitartikel über das Obergische Buch „Das Geland in der Hausindustrie der Konfektion“ ungewöhnlich erregt, weil man sich an der wunder Stelle berührt fühlt! Außer ihrer possiblichen Angst vor der Sozialdemokratie und ihrem fanatischen Haß gegen die aufstrebende Arbeiterchaft scheint das kapitalistische Volk an einem bedauerlichen Unverständnis für die deutsche Sprache zu leiden, sonst hätte es wohl merken können, daß wir für seine Ausdrücke nachster Profitgier, die in so wirkungslos Gegenlage zu den von ihm nachdrücklich, aber selbstverständlich nur theoretisch vertretenen Grundsätzen des Christenthums stehen, bloß den bittersten Lohn übrig haben: über Leute, wie die Leitartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ regen wir uns schon lange nicht mehr auf.

Uns wird geschrieben: Mit nicht gewöhnlichem Eifer hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ das verdienstliche Schriftchen Oda Olberg's über „Das Geland in der Hausindustrie der Konfektion“ angegriffen und es an harten Scheltworten gegen diese „Desserin“ der Sozialdemokratie nicht fehlen lassen. Es interessiert vielleicht festzustellen, daß die junge Dame die Tochter des Korvettenkapitän Olberg, die Nichte des Contre-Admirals Rinderling und des beim Hofe so sehr beliebten Afrikareisenden Professor Gäßfeld ist.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Leipzig, 5. Februar.** (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die vom Vaterländischen Verein nach der Zentralfalle berufene von 500 Personen besuchte Versammlung von Nichtsozialdemokraten beschloß gegen 1 Stimme eine Resolution gegen die Verschlechterung des sächsischen Wahlrechts und erklärte sich für Beibehaltung des alten Wahlrechts.

**Böln, 5. Februar.** (B. Z. B.) Die „Köln. Volkszeitung“ meldet aus Mägen: Bei der Reichstags-Erwahl wurden bis jetzt gezählt: für Ballenborn (S.) 3613, Kohns (Antifemini) 421, Hofrichter (Soz.) 457 Stimmen.

**Breslau, 5. Februar.** (B. Z. B.) Repräsentantenkammer. Der Sozialist Deinet interpellirt den Minister des Innern de Braun über die Ernennung der Bürgermeister, indem er darauf hinweist, daß mehr als 2000 Bürgermeister ernannt worden seien, von denen kein einziger Sozialist sei, und daraufhin an den Minister die Frage richtet, ob er gegen die Sozialisten die Maßregel des Ostracismus zur Geltung bringen wolle. Der Minister erwidert, da er für die öffentliche Ordnung verantwortlich sei, müsse er sich solcher amtlichen Organe verschern, welche ihm ausreichende Garantien böten. Wenn im Gemeinderathe keine Mitglieder säßen, welche diese Gewähr leisteten, so könne der Bürgermeister aus außerhalb des Gemeinderathes gewählt werden. Für die Gegenwart werde er keinen sozialistischen Bürgermeister ernennen.

**Washington, 4. Februar.** (B. Z. B.) Dem Vernehmen nach ist der stellvertretende Sekretär des Staats-Departements Uhl zum Botschafter für Deutschland bestimmt.

## Reichstag.

92. Sitzung vom 5. Februar 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Rieberding, Künkel, Mandry, Sohm, Pland.

Die erste Verathung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches wird fortgesetzt.

Abg. v. Hohenberg (Welfe) bellagt, daß die Verhandlungen über diese wichtige Vorlage vor leeren Bänken und von Juristen geführt werden, ohne Theilnahme des Volkes, das der leidende Theil dabei sei. Ich gebe zu, fährt er fort, daß in manchen Bundesstaaten der Ruf nach einer Reform laut geworden ist. Die Zentralisten, die wohl heute hauptsächlich auf der linken Seite des Hauses zu finden sind, wünschen das einheitliche Recht; ihre Bestrebungen gehen darauf aus, allmählig die Selbständigkeit der Einzelstaaten aufzulösen. Im Interesse des deutschen Volkes bellage ich es, daß die verbündeten Regierungen diesem zentralistischen Nivelirungswerte gegenüber ihre Wünsche begraben haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hat an unseren Patriotismus appellirt, indem er ausführte, welche segensreiche Wirkung das einheitliche Recht mit sich bringen würde. Der Zentralismus führt uns aber zu napoleonischen Bestrebungen; ich dachte, wir hätten schon Chauvinismus genug. Gäten wir uns vor nationalem Fanatismus! Das bürgerliche Gesetzbuch ist in erster Linie bestimmt für die Einzelrichter, die eine hohe sozialpolitische Aufgabe haben. Aber der heranwachsende Richterstand verliert die Verbindung mit und das Verständnis für das Volk. Ebenso groß wie die Schädigung durch die Gesetze ist die Schädigung durch die Anwendung dieser Gesetze durch die Richter. Durch das neue Gesetzbuch wird es nicht besser werden. Ich habe mich gefreut, daß die Vorlage eingebracht ist von dem jetzigen Reichsanwalt, weil der Chauvinismus unter seiner Leitung ein wenig gemäßigter ist, weil man jetzt nicht mehr gleich wegen einer abweichenden Meinung als Reichsfeind betrachtet wird. Aber es ist trotz der 23-jährigen Einigkeit noch manches nicht in Ordnung. Es fehlt die moralische Autorität, welche dafür sorgt, daß Recht und Gerechtigkeit herrscht. So wie die Sache liegt, werden wir Welsen für die Kommissionsberatung stimmen.

Geheimrath Professor Sohm: Der Vordredner hat von der Schädigung der Rechtspflege gesprochen. Und der Abgeordnete Stadthagen hat gefordert die schwersten Vorwürfe gegen den Entwurf geschleudert und darauf muß ich im Namen des deutschen Rechts und der verb. Regierungen antworten. Der eine Vorwurf bezog sich auf die Zusammensetzung der Kommission; es sei infolge dessen von vornherein dem Entwurf der Charakter eines Klassen-, eines Ausnahme-, eines egoistischen Gesetzes angeprägt. Abg. Stadthagen sagte: Vertreter waren die Großgrundbesitzer, die Schlotbarone, aber nicht vertreten waren wir, die 98 pCt. des deutschen Volkes, mit anderen Worten: das deutsche Volk. Wenn Abg. Stadthagen mit seinen Fraktionsgenossen 98 pCt. vertritt, so sind die übrigen 2 pCt. eine quantitative Negligable. Bin ich nun im Stande, mir den Herrn Stadthagen als den Vertreter, als die Verkörperung des deutschen Volkes zu denken? (Große Heiterkeit.) Kann ich sagen: Das ist der deutsche Mann? (Zuruf des Abg. Lieblrecht: Fauler Jauder!) Wenn das wäre, dann müßte ich sagen: Finis Germaniae! (Heftiger Beifall.) Prof. Pland trat gestern auf als Regierungskommissar — Herr Stadthagen als erwählter Abgeordneter des deutschen Volkes. Wir wissen alle: ein wahrer Volksvertreter kann nicht gemahnt werden, der muß geboren sein! (Beifall rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich beide neben einander halte und frage: wer ist der deutsche Mann, wer vertritt unser deutsches Volk, wer ist ein Vertreter deutscher Wahrhaftigkeit, deutscher Gerechtigkeit, deutscher Treue, dann kann niemand die Antwort zweifelhaft sein. (Beifall rechts; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bestrifte dem Abg. Stadthagen das Recht, sich als ein Vertreter des deutschen Volkes hinzustellen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Rufe bei den Sozialdemokraten: Oh! Der taube Präsident!) In der Kommission waren Vertreter des Großgrundbesitzes, Vertreter der verschiedenen Fraktionen. Das Groß der Kommission waren Beamte und Gelehrte. Unser Beamtenthum hat unseren Staat gemacht zu dem, was er ist. (Welcher links; Glocke des Präsidenten.) Wir haben nur die Interessen des ganzen Volkes im Auge und gerade aus unseren Kreisen sind die selbstlosesten Vertreter der Arbeiterinteressen hervorgegangen! Wir Beamten sind alle Arbeiter. Was ich bin und was ich habe, das habe ich mir erarbeitet; daraus bin ich stolz! (Beifall.) Darum sage ich, der Arbeiterstand war vertreten. Stadthagen sagt: das geltende Recht ist Unrecht. Das ist unmöglich. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Von wem ist das geltende Recht gemacht, von den Gesetzgebern oder von den herrschenden Klassen? Es ist naturwüchsig aus dem gesammten Volksleben hervorgegangen. Wer sagt, daß das bestehende Recht Unrecht ist, der schleicht sich damit selbst von der staatlichen Gemeinschaft aus. Herr Stadthagen verlangt, daß alle Fragen gelöst werden sollen. Was ist nicht alles von uns verlangt worden: die soziale Frage und die agrarische Frage ist nicht gelöst. Worin besteht die Agrarfrage? Das höhere Getreidepreise notwendig sind, und worin besteht die soziale Frage? Das höhere Löhne bewilligt werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn beides geschafft würde, welche Begeisterung würde entzünden! Da würden selbst die leeren Stühle schreien! Es soll nur das Privateigentum geschaffen werden; alle großen Fragen gehören nicht hierher. Wenn man eine soziale Gesetzgebung verlangt, so frage ich, warum nicht eine agrarische? Denn die agrarische Frage ist wichtiger als die Arbeiterfrage; auf dem Bauernstand beruht die Kraft des Reiches. (Zustimmung rechts.) Der größte Vorwurf war ein Name; es wurde bemängelt, daß nicht vom „Arbeitsvertrag“, sondern vom „Dienstvertrag“ gesprochen wird. Wenn dieser Entwurf das geltende Recht in eine neue einheitliche Form giebt, so wünsche ich: möge der Glodenguß gelingen. Unsere ganze öffentliche sittliche Freiheit haben wir kraft des Privateigentums, alles was wir sind, beruht auf dem bürgerlichen Recht, und ich denke, es soll der Arbeiterstand, der gegenwärtig noch auf der sozialdemokratischen Schulbank sitzt, von der sozialdemokratischen Unfreiheit zur bürgerlichen Freiheit erzogen werden. (Lachen links; Beifall rechts.)

Abg. v. Stamm (Rp.): Wir haben vorgeschlagen, daß die Fraktionen wählen und bestimmen, welche Gegenstände in einer freien Kommission erledigt werden können. Die Verathung kann in 14 Tagen oder drei Wochen erledigt sein und dann kann die Plenarberatung erfolgen. Die Vorlage selbst ist für uns hauptsächlich wegen der Regelung der Rechte der Frauen bedenklich. Es muß nicht nur eine Verschlechterung der Stellung der Frau vermieden werden, sondern es muß eine Verbesserung eintreten, entsprechend den sozialen Anschauungen, welche sich jetzt geltend machen. Wie man den Kulturgrad nach dem Verbrauch von Seife bemisst, so kann man den Zivilisationsgrad an der Stellung der Frauen bemessen. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Dichter und Sänger stehen auf diesem Standpunkt. Und diese ideale Verehrung der Frauen muß in die Praxis überführt werden. (Sehr richtig!

links und rechts.) Redner verbreitet sich dann noch über das eheliche Güterrecht und das Erbrecht und empfiehlt zum Schluß die Annahme seines Antrages.

Präsident v. Suol bringt den Antrag der Abg. Schröder und v. Buchla zur Kenntniß des Hauses, der dahin geht, daß die Kommission die Ermächtigung erhalten soll, durch Majoritätsbeschluß einzelne Abschnitte ohne Debatte zu erledigen.

Abg. Förster (Reform-P.): Ich hoffe, daß wir die Vorlage doch noch zu Stande bringen werden. Ich empfehle die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Es giebt zwei Gruppen, die einen haben große Eile, die anderen wollen langsam vorgehen. In dem Vorschlage der en bloc-Akademie erblicke ich einen juristischen Staatsfrech. Das Strafrecht und das Prozeßrecht ist auch speziell durchberathen worden. Der Begeisterung setze ich die Pflicht gegenüber, eine solche Vorlage zu prüfen. Wir wollen ein Gesetz haben, welches mit dem gefundenen Menschenverstande und den deutschen Gewohnheiten sich deckt, von welcher Seite die Gedanken kommen mögen, das ist gleichgültig. Die Arbeiter und die Mittelstände sind nicht zugezogen worden; deshalb müssen wir eine Prüfung eintreten lassen aus eigenem Recht. Das Recht des deutschen Volkes an seinem eigenen Besten muß geregelt werden auch gegenüber einem fremden Volke, welches in Deutschland wohnt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das paßt Ihnen nicht, aber das muß ein besonderer Abschnitt des Gesetzes werden. Wir müssen ein billigeres Recht haben. Dem Volk gebührt auch, die Sprache des Gesetzes festzustellen. Besonders sind wir auch verpflichtet, die Ansprüche der Frauen zu prüfen. Im Namen meiner Partei aber muß ich mich erklären gegen das Vereinsrecht des Entwurfs. Die Bestimmungen über die sozialpolitischen und religiösen Vereine sind kleinlich. Im Namen meiner Partei habe ich zu erklären, daß wir in bezug auf das Erbrecht auf dem Standpunkt des Entwurfs stehen.

Abg. Colbus (Gf.): Nachdem unsere Hoffnungen auf Aufhebung der Diktaturparagrafen bisher immer enttäuscht sind, fragen wir bei dieser Vorlage: Werden alle Ausnahmegeetze für uns weggelassen? Wird das nicht bejaht, wenn der Rumpelkasten, der etliche tausend verrostete Ausnahmegeetze enthält, nicht bald in das Feuer geworfen wird, wenn die Beamten fortfahren können mit diesen Ausnahmegeetzen zu schalten und zu walten, wie sie wollen, wenn sie uns behandeln nicht einmal als Deutsche zweiter Klasse, sondern als Fremde, als Besiegte, dann wird unsere Lage eine verzweifelte werden.

Vizepräsident Schmidt-Uberfeld: Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen. Sie haben unzweifelhaft das Recht, die Vorlage von Ihrem eifässigen Standpunkt aus zu beurtheilen, aber ich bitte Sie, die Schädigung der Lage nicht allzu weit auszu dehnen. (Beifall.)

Abg. Colbus: Warum will man die Ausnahmegeetze behalten? (Rufe: Zur Sache!) Man sucht uns einzuschüchtern und über ganz Elsaß-Lothringen die Stille des Kirchhofs zu verbreiten. (Rufe: Zur Sache!) In Sibirien (große Heiterkeit) fehlt den Menschen die Freiheit, sie fehlt auch in Elsaß-Lothringen.

Abg. Spahn (Z.): Herr Geheimrath Pland hat ausgeführt, das Eherecht regelt nur die bürgerliche Wirkung der Ehe, nicht die sittliche und religiöse Seite. Aber die Sittliche ist eine Ehe, die alle Wirkungen hat; es müssen alle Seiten der Ehe ins Auge gefaßt werden. Niemand dachte vor 25 Jahren, daß wir vor einer solchen Vorlage jemals stehen würden. Nothwendig ist die Vorlage aus sozialen Gründen. Dadurch schaffen wir einen starken Wall gegen den Ansturm der Sozialdemokraten auf die Gesellschaftsordnung. (Zustimmung.) Noch sind wir im Stande, unsere Ordnung zu wahren. (Zustimmung.) Der Vorwurf, daß eine Nivelirung des Rechts durch den Entwurf angestrebt werde, ist nicht berechtigt. Entstanden ist die Rechtzersplitterung durch die zahllosen landesherrenlichen Gewalten. (Sehr richtig! links.) Ich habe, wenn wir schon einmal vorgehen, gegen die Beseitigung solcher überkommener Zufälligkeiten gar kein Bedenken. (Beifall links.) Die Verschlechterung, welche das Vereinsrecht durch den Bundesrat erhalten hat, wollen wir uns nicht aufdrängen lassen. (Zustimmung links.) Es ist darüber geflagt worden, daß der Entwurf dem Ermessen des Richters einen zu weiten Spielraum gewähre. Ich halte dies für eine Frage von großer sozialer Wichtigkeit. Bei dem Kampf zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter wird die Entscheidung in einzelnen Streitfragen am besten dadurch herbeigeführt, daß es in das freie Ermessen des Richters gestellt wird. Durch das Gerichtsverfassungs-Gesetz, so meint der Redner, sei die Unabhängigkeit der Richter gewährleistet. Nach der völligen Trennung des öffentlichen und privaten Rechtes wäre es nicht angebracht, die Gesinde-Ordnung und Vorschriften über Lohnzahlung in den Entwurf aufzunehmen. Bei der Ehescheidungsfrage sprechen die religiösen Gesichtspunkte wesentlich mit. Ich kann nur wiederholen, unsere Geislichen sind verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Beobachtung des Zivilstandesgesetzes von den religiösen Pflichten nicht entbindet. Die Einwände gegen die Entlassung der Kinder aus der väterlichen Gewalt bei der Großjährigkeit hält Redner nicht für stichhaltig. Die Stellung der Frauen scheint mir auch richtig geregelt; wenn die Frau sich verheirathen will, muß sie sich doch dem Mann fügen. Die Frauenbewegung scheint mir überhaupt zurückzugehen. Der Antrag der Reichspartei auf Einsetzung einer freien Kommission scheint mir bedenklich. Da eine theilweise Überweisung des Entwurfs nicht zu erreichen ist, so bin ich dafür, daß wir den ganzen Entwurf der Kommission überweisen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß es trotzdem gelingen wird, die Vorlage noch in dieser Session fertig zu stellen.

Nach 5/4 Uhr wird die weitere Verathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

„Bürgerliches Gesetzbuch. Der „Schleisschen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Wie aus Zentrumskreisen verlautet, hat der Abg. Hintelen in seiner bei der ersten Lesung des bürgerlichen Gesetzbuches abgegebenen Erklärung die Wünsche der Zentrumsfraktion übersprochen. Die Wünsche des Zentrums gehen dahin, daß Erbrecht aufzuheben und dasselbe einer besonderen Novelle vorzubehalten. —

Gegen die Kreditirung der Eingangszölle. Der Abg. Dr. Baasche hat mit Unterstützung von nationalliberalen Parteigenossen dem Reichstage einen Antrag unterbreitet, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß bei der Einfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Kaps und Rübsaat, soweit sie nicht ausschließlich zum Transsportverkehr bestimmt sind, eine Kreditirung des Eingangszölles nicht mehr stattfindet. —

Eifässiger Initiativantrag. Dem Reichstag ist ein Antrag der Eifässer betreffs Aufhebung der Sonderbestimmungen für die Verwaltung der Reichslande zugegangen. Er ist von den Polen und einigen Zentrumsmitgliedern unterstützt. —

## Partei-Nachrichten.

Die österreichische Parteivertretung hat einen Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie nach Linz für den 5. April 1896 einberufen. Als vorläufige Tagesordnung schlägt sie vor: 1. Parteibericht. 2. Wahlreform. 3. Organisation und Taktik. 4. Parteipresse. 5. Wahl der Parteivertretung. 6. Lage und Forderung der landlichen Arbeitererschaft. 7. Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich. 8. Internationaler Kongreß in London. 9. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Von der Agitation. Die Parteigenossen in Straßburg i. U. verbreiteten im vorigen Jahre in ca. 40 Ortschaften den „Märkischen Landboten“ und verschiedene andere Broschüren. Man schreibt uns darüber: Ueberall — abgesehen von einigen unbedeutenden Zwischenfällen — zeigten die Landbewohner freundliches Entgegenkommen. Die Schriftenverbreitung hat die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt. In Dörfern, wo vor einigen Jahren noch hinter uns hergerufen wurde: „Hoch leben die Konservativen!“ wurden wir eingeladen, bald wieder zu kommen, und die Landleute waren uns zum theil sogar beim Ausheilen der Schriften behilflich. Originell war es in Färstenwerder, einem Städtchen von annähernd 1500 Einwohnern, das wir dreimal mit unserem „Gift“ — wie sich das „Prenslauer Kreisblatt“ ausdrückte — bearbeitet hatten, wobei wir zweimal vom Gendarm angehalten wurden. Es wurde damals ein Verfahren gegen unsere Genossen eröffnet, aber von der Staatsanwaltschaft wieder eingestellt — es handelte sich um die beschlagnahmte Gesinde-Ordnung —, diesmal scheint sich die Behörde ähnliches ersparen zu wollen. Zweien unserer Genossen nahm der Gendarm aus offener Strafe vor dem zuschauenden Publikum 44 Kalender und 3 Exemplare der Schrift: „Wie die Junker den Bauern helfen“ ab, ohne irgend welche Bescheinigung über die Zahl der beschlagnahmten Schriften oder der Art derselben den Verkäufern, die ihn dringend darum ersuchten, anzustellen. Während nun der Häler des Gesetzes mit seiner Beute von dannen zog, machten sich sieben Genossen an die Arbeit und bald waren so ziemlich sämtliche Einwohner mit den „Staatsgefährlichen“ Schriften versehen, was uns so bequemer von fatten ging, als die Einwohner Fenster und Thüren geöffnet hatten und uns baten, ihnen auch von den „verbotenen“ Schriften zu geben, wobei sie über die ungerechtfertigte Handlung des Gendarmen ihre Enttäuschung äußerten. In bester Stimmung traten unsere Genossen den Heimweg an, konnten sie sich doch sagen, die Sache des Klassenbewußten Proletariats wieder ein gut Stück in unserem Kreise, der bisherigen „Hochburg des Konservativismus“, gefördert zu haben. Man harrete nun der Dinge, die da kommen würden. Nach ziemlich vierzehn Tagen ließ die Polizei in Straßburg endlich etwas von sich hören, indem sie die beiden Genossen einlud, auf dem Bureau die beschlagnahmten Schriften in Empfang zu nehmen. Es fehlten jedoch drei Exemplare des „Märkischen Landboten“ und drei Exemplare der Schrift „Wie die Junker den Bauern helfen“. Als die Genossen nach dem Verbleib ihres Eigenthums fragten, wurde ihnen eröffnet, daß nicht mehr von Färstenwerder eingeliefert sei. Wir können daher wohl annehmen, daß die Schriften auch noch an anderer Stelle gefallen haben.

In Spremberg sprach am Sonntag Reichstags-Abgeordneter Bueß vor einem dichtbesetzten Saal über: „Die Sozialdemokratie als Vertheidigerin der Volksrechte“. Reichher Beifall lohnte den Redner.

Aus den Partei-Organisationen. Der sozialdemokratische Verein in Mannheim hielt am 3. Februar seine diesjährige Generalversammlung ab. Dem Kassenericht entnehmen wir, daß die Vereinsannahmen des Jahres 1895 1797,28 M., die Ausgaben 1623,80 M. betragen, sodas beim Eintritt in das neue Vereinsjahr der Vorrath der Kasse 174,48 M. betrug. Bei der Landtagswahl-Kasse betrug die Einnahme 3691,41 M., die Ausgabe 3516,93 M., sodas sich für kommende Wahlen schon ein Grundstock von 274,48 M. vorfindet. Aus dem Geschäftsbericht ergibt sich, daß im verflohenen Jahre außer den Landtagswahl-Versammlungen 10 öffentliche Versammlungen, 10 Monatsversammlungen abgehalten wurden.

Parteipresse. Die Aktiven und Passiven der Buchdruckerei des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau, deren Inhaber Genosse H. Schmidt ist, bilancirten am 1. Januar dieses Jahres mit 21 860,33 M. Das Gewinnkonto betrug 5272,44 M. Die Einnahme betrug im vergangenen Jahre (einschließlich 681,94 M. früheren Bestandes) 53 849,43 M., wovon 48 886,74 M. aus dem Abonnement und aus den Inseraten, und 4161,31 M. aus Accidenzarbeiten herrührten. Die Ausgaben beliefen sich auf 52 021,08 M., so daß ein Kassenbestand von 1828,35 M. blieb. Unter dem Ausgaben befinden sich 618,44 M. Projektkosten.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Reichsgericht hat die von dem verantwortlichen Redakteur des „Stettiner Volksblattes“, Genossen Ohl, gegen das Urtheil der Strafkammer, wonach er wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft 1 Monat abbüßen soll, eingelegte Revision verworfen. Zu dem Artikel war auf die verächtliche Behandlung der bürgerlichen Presse und unsers Parteiblattes hingewiesen worden.

Genosse Feldmann in Sangerhausen wurde in der Berufungsinstanz von der Anklage, einen Schuhmacher, dem er schon früher eine Denunziation vorgeworfen hatte, nochmals beleidigt zu haben, freigesprochen.

Gegen die Verurtheilung zu 10 M. Strafe, weil er seinen Knaben nicht am Sedaufest teilnehmen ließ, wird Genosse Franz Lehmann in Halle a. S. Revision einlegen, um die Frage der Zuständigkeit für derartige Verurtheilungen zur Entscheidung zu bringen.

Wegen Verübung groben Unfugs erhielt der Schmied August Ernst Ritter in Wahren bei Leipzig ein Strafmandat über 15 M. Am 1. September hatte R. zur Laffalleier eine weiße Fahne mit einer roten 8 aus der Wohnung seiner Mutter gehangen. Dadurch sollte er aber die Patrioten, die an jenem Tage einen Gedenktag einweihen, belästigt und dadurch groben Unfug verübt haben. Auf seinen Einspruch hin verurtheilte ihn das Schöffengericht Leipzig wegen Verübung groben Unfugs zu einer Woche Haft. In der Urtheilsbegründung führte der Richter aus, daß das Anbringen der Fahne eine Störung der guten Sitten sei und dadurch den Begriff groben Unfugs decke. Bei der Urtheilsbegründung betrauchtigte das Gericht zwar, daß R. noch unbescholten ist, aber die Handlung gerade an einem Tage vorgenommen habe, an dem in ganz Deutschland die 25jährige Feier des Sieges bei Sedan begangen wurde, und daß die Beleidigung des vaterländischen Geisls eine so große gewesen wäre, daß nur eine hohe Haftstrafe am Platze gewesen sei.

Von der Anklage, durch die Veröffentlichung der Warnung: „Vor Zugung wird gewarnt!“ groben Unfug begangen

zu haben, wurde Genosse Block vor dem Schöffengericht in Dortmund freigesprochen. In der Sitzung erklärte der als Zeuge vernommene Fabrikant, gegen den die Klage gerichtet war, daß er sich durch den Aufruf durchaus nicht beunruhigt oder geschädigt gefühlt und auch keinen Strafantrag gestellt habe. Diese für sorgfältige Polizei!

Genosse Wessel, Redakteur der „Niederrheinischen Volkstribüne“ in Düsseldorf war am 25. Oktober 1895 von der dortigen Strafkammer wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters zu 500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Der Artikel beschäftigte sich mit der Düsseldorfischen Hafenbauvereins, wodurch die Stadt 5 Millionen Schulden mehr hat. Seine Revision ist vom Reichsgericht anerkannt und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen worden.

## Kohales.

Das Personal der Hummel'schen Maschinenfabrik feiert am Sonnabend ein Jubiläum im Eiseller, Chausseestraße, also in einem Lokal, welches der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert wird.

**Ferdebahn und Kommune.** Die vorläufig ermittelte abgabepflichtige Brutto-Einnahme der Neuen Berliner Ferdebahn-Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 1895 auf 2.011.465 M. Die Abgabe hiervon (vier Prozent) an die Stadt beläuft sich demnach pro 1895 auf rund 80.458 M. Hieraus sind am 1. Juli 1895 bereits 88.156 M. an die Stadt-Hauptkasse abgeführt worden. Den Restbetrag mit 42.801 M. hat die Gesellschaft am 1. Februar d. J. an die Stadt abgeliefert. — Die abgabepflichtige Brutto-Einnahme der Großen Berliner Ferde-Eisenbahn-Gesellschaft stellt sich pro 1895 auf rund 15.192.078 M., die Abgabe, acht Prozent, auf 1.215.366 M. Daraus sind am 1. Juli 1895 585.856 M. an die Stadt-Hauptkasse bereits abgeführt worden, während die Gesellschaft den Rest mit 650.000 M. am 1. Februar d. J. eingezahlt hat.

Die Zahl der städtischen und englischen öffentlichen Gasflammen auf den Straßen betrug zum Ende Dezember v. J. 25.825 Stück, die der Privatflammen, welche aus den städtischen Gasanstalten gespeist wurden, 888.722 Stück bei einem Zuzug von 12.867 Stück gegen Ende September v. J. Der Bestand an Petroleumlampen belief sich auf 1127 Flammen. Die Gasproduktion im Vierteljahr Oktober-Dezember v. J. ergab ein Quantum von 59.188.000 cbm gegen 58.667.000 cbm in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1894. Die Mehrproduktion betrug also 2.501.000 cbm oder 6,52 pCt.

**Zeitgemäße Sozialpolitik.** In der „Volk-Zeitung“ lesen wir: In Verfolg der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten v. Windheim, in welcher derselbe Arbeitlose vor dem Zuzug nach Berlin warnt, hört man in letzter Zeit von zugereisten Handwerksburschen, die beim Betreten erwischt wurden, daß ihnen in Polizeipräsidium ausgedehnt worden sei, Berlin innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Im Weigerungsfalle sind Geldstrafen von 100—200 Mark resp. Haftstrafen von 10—20 Tagen angedroht. Wenn auf diese Weise das Elend nicht von der Bildfläche verschwindet, was hilft dann noch im Polizeistaat?

Eine neue Anordnung des Kirchhofs-Inspektors zu Wilhelmsherg hat am Donnerstag voriger Woche einiges Verwundern erregt. Bis her war es anstandslos den Gesangsvereinen gestattet worden, passende Gesänge am offenen Grabe vorzutragen, wenn der Inspektor kurz vor der Beerdigung von dem Inhalt der Lieder in Kenntnis gesetzt worden war. Als der Gesangsverein „Morgenblätter“ am genannten Tage gelegentlich einer Beerdigung einen Grabgesang anstimmen wollte, verbot der Inspektor dies zum Erkennen der Leidtragenden mit dem Bemerkten, daß eine schriftliche Genehmigung zum Vortrag von der Kirchenbehörde vorliegen müsse.

Wieviel bekommt ein Gemeindevorsteher zu essen? Das neue Nixdorfer Armenhaus am Mariendorfer Wege soll spätestens am 1. Mai d. J. seiner Bestimmung übergeben werden. Als Hausvater der Anstalt ist der Amtsdieners Schneider bestellt worden, der gegen eine Entschädigung von 50 Pfennigen pro Tag und Kopf die Befestigung der Hauslinge aus der Anstaltsküche zu übernehmen hat; die erforderlichen Hilfskräfte hat der Anstaltsbeamte selbst zu beschaffen. — Welchen mitschleudenden Menschen packt nicht ein Grauen vor solcher Art praktischen Christenthums?

Die Spekulation auf die Gewerbe-Anstellung. In der „N. N.“ lesen wir: In Treptow sind die Mietpreise angesichts der bevorstehenden Ausstellung enorm gestiegen. Für eine der Landhäuser, die schon vor mehreren Jahrzehnten, also ohne jeden modernen Komfort erbaut wurden, und das bisher für einen Jahrespreis von ca. 750 M. vermietet wurde, werden jetzt nur für den Sommer 2500 M. verlangt; eine aus 4 Zimmern bestehende Wohnung in der Nähe des Treptower Stadtbahnhofes, die sonst mit 600 M. jährlich vermietet wurde, kostet heute für die fünf Sommermonate 1200 M., für möblierte Zimmer werden 100—120 und 150 M. per Monat (!) verlangt und trotzdem ist zur Zeit bereits alles vermietet. Unternehmern haben sich jetzt daher schon in dem benachbarten Straßennummelsburg und Schönweide umgesehen und ganze Häuser gemietet, die, nothdürftig möbliert, an Respektanten vermietet werden sollen. Hoffentlich wird den braven Spekulanten doch noch ein erledlicher Meinsall zu Theil.

Zahlreiche Petitionen gegen die geplante Aufhebung des Nixdorfer Wochenmarktes in der Richardstraße sind dem dortigen Gemeindevorstand sowohl aus den Kreisen der den Markt bescheidenden Geschäftsleute, als auch aus den Kreisen der Einwohner, welche mit Vorliebe ihren Bedarf auf dem Markte decken, in den letzten Tagen zugegangen. Wie wir hören, wird infolge dessen der Markt beibehalten werden, doch soll eine Verlegung desselben nach einem anderen Platze erfolgen.

**Behördliche Pleit.** Im Potsdamer „General-Anzeiger“ vom 4. Februar lesen wir: Von der Wittve des erkrankten Steinbildhauers Steiger ist auf Requisition des Magistrats von der Polizei „für Transport einer erkrankten Person“ ein Betrag von 1,92 M., wofür eine Markt- und zweieinundneunzig Pfennige eingezogen worden. Der Transport erfolgte schließlich auf einem städtischen Fauchewagen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein in Spandau hatte sich mit einem Gesuch um Errichtung einer Strafkammer in Spandau an das Kammergericht gewandt. Das Gesuch ist abschlägig beschieden worden. Warum fühlen denn die Hausgrazier ein so starkes Bedürfnis nach einer Strafkammer?

Da zu dem Spies'schen Vortrage über Photographie mit unsichtbaren Strahlen in der Urania für die Abendwiederholungen stieß auf viele Tage im vordem alle Plätze des kleinen Theaters in der Zwölfschloßstraße ausverkauft sind, kündigt die Direktion eine weitere Wiederholung in einer am Montag um 1 Uhr stattfindenden Matinee an.

Heber einen empörenden Vorfall wird uns berichtet: Ein Akt der Rohheit, wie er häßlicher kaum gedacht werden kann, vollzog sich in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch in den Räumen des Scala-Theaters, Nienstraße 132. Dort verstarb plötzlich der sowohl unter den Gästen des Etablissements als auch bei seinen Beamten sehr beliebte Geschäftsführer A. Wenzel anscheinend infolge eines Herzschlages. Der Angestellte, der schon geraume Zeit gekrankelt und an Asthma gelitten hatte, war wohl am Tage vorher seinen Berufspflichten in überanstrengender Weise nachgegangen, kurz, er wurde plötzlich von Unwohlsein befallen, fiel um, und der herbeigerufene Arzt konnte nur den schon eingetretenen Tod konstatieren. Nachdem dies geschehen, ordnete zunächst der Direktor des Instituts, ein Herr Nikolaus Schäfer, der ebenfalls Inhaber des Angelangels „Malepartus“ in der Alexandrinenstraße ist, die Leerung der Taschen des

Todten an, der auf eine neben der Bühne hergerichtete Bahre gelegt worden war. Der Todte hatte nämlich nach Herrn Schäfer's Behauptung noch vier Krampfflecks zu zählen! Sodann gab der Direktor einigen Anwesenden Rognal zum besten, erzählte eine sehr schlüpfrige Geschichte, die aus Anlaß eines ähnlichen Voralles einem seiner früher von ihm in Potsdam geleiteten Etablissements passiert sein sollte, und entfernte sich darauf mit einer Künstlerin. Die Familie des Todten konnte erst nach geraumer Zeit von dem traurigen Vorfall benachrichtigt werden, da der Herr Direktor vergessen hatte, jemandem die Wohnung seines verstorbenen Geschäftsführers zu nennen. Zwei Künstlerinnen machten schließlich mit Hilfe des Revierbureaus die Adresse ausfindig und setzten Frau Wenzel von dem traurigen Vorkommnis in Kenntniß. Einige mitleidige Gäste sorgten dann schließlich dafür, daß die Leiche in die Privatwohnung gebracht wurde.

Im Fall Priemer. Die „Berl. Pr.“ erhält folgende Berichtigung: „In Nr. 27 Ihres Blattes vom 1. Februar 1896 ist in dem „Zum Falle Priemer“ überschriebenen Artikel die Angabe enthalten, daß das Gehalt des Priemer beschlagnahmt war, daß der Chef der Firma Ferd. Hirsch dem künftigen Prokuristen Valente 3000 M. gegeben habe, damit dieser Rom-Vortz erreichen könne. Es ist ferner erwähnt, daß Priemer zur Bekanntheit Hammerstein's nur durch seine Stellung im Hause Hirsch gekommen ist, daß deshalb der Chef dieses Hauses aus dem Gefühl einer gewissen moralischen Mitverantwortlichkeit heraus demselben jene Unterschlüpfungen habe zu theil werden lassen, von denen die Rede gewesen ist. Hierzu habe ich berichtend zu bemerken: Das Gehalt des Priemer war nie mit Beschlag belegt. Priemer hat für meine Firma keinerlei Geschäftsverkehr mit dem Freiherrn v. Hammerstein geführt, er hat namentlich den Papierlieferungsvertrag zwischen der Firma und der „Kreuz-Zeitung“ weder abgeschlossen noch überhaupt von Seite der Firma von diesem Vertrage auch nur Kenntniß erhalten. Weder die Firma noch einer ihrer Chefs hat dem Priemer 3000 M. oder irgend welche Summe zur Flucht gegeben, es ist auch unrichtig, daß die Chefs aus einer moralischen Mitverantwortlichkeit heraus dem Priemer irgend welche Unterschlüpfungen haben zukommen lassen. Alle diese Thatsachen habe ich bereits bei meiner Vernehmung in den Untersuchungsakten wider v. Hammerstein und Priemer als Zeuge bekundet. Berlin, den 1. Februar 1896. Hochachtungsvoll Alexander Hirsch, in Firma Ferd. Hirsch.“

Ein entsetzlicher Unglücksfall, bei dem oberhalb ein Eisenbahnbeamter in Ausübung seines Amtes ums Leben gekommen, ereignete sich gestern Mittag gegen 2 Uhr auf dem Bahnkörper der Stadtbahn zwischen den Stationen Lehrter Bahnhof und Bahnhof Bellevue ungefähr in Höhe der gegenüber der Paulstraße befindlichen Wäckerbude. Dort war um die angegebene Zeit der Straßenwärter Beder III. mit Revision der Geleise beschäftigt, als plötzlich der kurz nach 2 Uhr auf Bahnhof Friedrichstraße fällige Wechlerer Zug herankam, den B. erfasste und ihn buchstäblich jermalmte. Wie der Unglücksfall entstanden, war vorläufig noch nicht festzustellen, da infolge der starken Kurve von dem Zugpersonal des Wechlerer Zuges überhaupt nichts von dem Unfall bemerkt worden war. Entdeckt wurde der Vorgang erst durch den Spandauer Vorortzug, der wenige Minuten später die fragliche Stelle passirte und die erforderliche Meldung auf Bahnhof Bellevue machte. Die entsetzlich verblutete Leiche wurde zunächst nach dem Bahnhof Bellevue und von da nach dem Beichenschauhaufe gebracht. B., ein sehr ordentlicher, nächster Beamter, ist verheirathet und Familienvater.

Aus der Unfallchronik. Blutüberströmt wurde Dienstag Nachmittag gegen 2 Uhr vor dem Hause Oberwälderstraße 10 der Arbeiter Reinhold Müller aufgefunden, der einige Häuser weiter in derselben Straße wohnt. Schuhmacher des 61. Reviers brachten ihn in ein Krankenhaus, wo man eine sehr bedeutende Kopfverletzung feststellte. Wie Müller dazu gekommen ist, weiß man nicht, da er nicht vernehmungsfähig ist. — Ein Unfug betrunken wurde in der vorletzten Nacht in der Generalstraße zu Neu-Wehse ein feingeleiteter Herr angetroffen, den man nach dem Amtsbureau II in der Göddenstraße brachte. Als der Schlichter am anderen Morgen das Bureau öffnete, hatte er eine Leiche vor sich. Wiederbelebungsversuche, die ein Arzt anstellte, blieben erfolglos. Die Leiche wurde beschlagnahmt und vorläufig in die Halle des Wehseer Friedhofes gebracht. — Durch Sturz von der Treppe zog sich die 48 Jahre alte Handwerkerin Anna Hirt aus der Amalienstraße Nr. 8 einen schweren Schaden zu. Die Frau hatte bei dem Obsthändler Käpfe in der Neuen Friedrichstraße Apfelsinen eingekauft, die sie weiter verhandeln wollte. Als sie mit der gefüllten Kiste auf dem Rücken den Keller verlassen wollte, stürzte sie die Treppe herab und erlitt einen schweren Bruch des Unterschenkels. Man mußte die Verunglückte mit einem Wagen in ein Krankenhaus bringen.

Ein Bankrott des Unternehmers Pegenbürger hat in Groß-Lichterfelde wieder viele Opfer unter den kleinen Handwerkern gefordert. Es kesselt im Orte bedeutend und es stehen, wie gemeldet wird, noch verschiedene Katastrophen bevor.

Viele hiesige Firmen sind von dem Tischler Schneider in München, der dort mit etwa 100.000 M. flüchtig wurde, geschädigt worden. Schneider hatte sich vor etwa 15 Jahren in München niedergelassen und dort ein Möbelgeschäft aufgenommen, welches bald einen ganz bedeutenden Umfang annahm; später betrieb er daneben eine Wiesenmarken-Handlung, in der er auch ganz bedeutende Umsätze erreichte. Verschiedene Firmen verkauften an dem flüchtigen, der Frau und Kinder mit sich genommen, Summen von 5000—10.000 M.; einzelne auswärtige Firmen sind aber noch schwerer getroffen; so hat ein Holzgeschäft in Leipzig einen Verlust von 30.000 M. zu beklagen. Die von Schneider hinterlassenen Schulden dürften 150.000 M. übersteigen. Der flüchtige hat sich anscheinend nach Amerika begeben.

Pflichtig gestorben ist am Dienstag der 64 Jahre alte Schwerfeger Gustav Kleber aus der Kanonierstraße. Man fand ihn todt in der Werkstatt. Da Zweifel bestehen, ob Kleber einem Herzschlag erlegen ist oder ob er sich durch Gift getödtet hat, so wurde die Leiche von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

In der Trunkenheit warf der Zimmermann B., der Weinbergweg 6 einen Grünkrampfhändler betreibt, am Montag Abend seiner Frau eine Schüssel so unglücklich an den Kopf, daß eine Schädelverletzung eintrat, welche am Tage darauf den Tod herbeiführte. Das Ehepaar war bereits 21 Jahre verheirathet.

In einer Trosche hat sich der 20jährige Sohn des Schneidemeisters Wente aus der Brenzlauerstraße auf einer Fahrt durch die Reyerbeerstraße erschossen. Der Grund der traurigen That ist nicht bekannt.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 6. Februar 1896. Etwas wärmeres, ziemlich trübes Wetter mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

## Kunst und Wissenschaft.

Deutsches Theater. Wenn in der jüngsten Periode von deutscher Kunstproduktion die Rede war, so blieb es von Wien ganz meckelndig still. Den geistigen Kämpfen, von Mühen um künstlerische Fortentwicklung nahm man kaum eine tiefere Spur wahr. Die neuen Ideen, die unsere moderne Kulturwelt durchflutet, fielen in Wien auf unfruchtbaren Boden und eine unsagbar verrottete Presse, wie

sie in Wien den Ton angab, bestärkte durch lokal-patriotische Schmeichelei das träge Dahinschlummern und die Isolierung Wiens. Zum ersten Male seit Jahren taucht nun auf dramatischem Gebiet ein junges Talent auf, das das wienerische Völgeln von sich thut, und, so grundwienerisch es in seinen Empfindungen bleibt, von der Kunstarbeit vorwärtsstrebender deutscher Genossen zu lernen, sich bemüht. Arthur Schnitzler ist der Name des Wiener Dramatikers, und sein Schauspiel „Liebetei“ erzwang sich am Dienstag im Deutschen Theater lebhaftest Theilnahme.

Für mich ist das Schauspiel unweifelhaft das Werk einer feinfühligsten Künstlernatur; doch scheint sie mir eher der Grazie, als tiefer, herber Kraft vermandt; und es sollten nicht allzu reiche Erwartungen sich an das Auftreten Schnitzler's knüpfen. Was er schildert, ist junges, wehmüthvolles Leid. In welche Wiener Atmosphäre ist es gerückt und in dieser milderen Luft erscheint selbst die Brutalität nicht so hart, wenigstens in Schnitzler's Weise nicht so hart, daß ein modernes Theaterspublikum dadurch grausam aufgeschreckt würde. Eine Gewissensfrage aus unserem Gesellschaftsleben wird berührt, aber in den gedämpfteren, sanfteren Tönen Schnitzler's klingt sie so sehr anrüttelnd; und so dürfte sie sogar vor dem Publikum des Hofburg-Theaters in Wien erdörtet werden; und das Publikum murrete nicht, wie es vielleicht bei einem Poeten von leidenschaftlicherem Athem oder herberer Gewissenshaftigkeit gemurt hätte.

In die Frühlingzeit armer Mädchen führt das Drama ein. Der einen und einem Tugend von Mißverständern bedeutet die Liebetei einen flüchtigen Schimmer von Glück, eine leichte, vergängliche Lustbarkeit, eine reizvolle Abwechslung im grauen Einerlei ihres Lebens. Für die andere, die ihre volle Seele hingegeben hat, wird die Liebetei zum tragischen Verhängniß. Sie hat Liebe erwartet und man hat ihr Länderei gereicht. Das ist die Tragik im Gesicht von Christine Weiring, der Tochter eines Violinpielers in einem Wiener Vorstadt-Theater. Sie war einem jungen Mann aus „höheren“ Gesellschaftskreisen begegnet. Sein glänzendes Auftreten, eine gewisse Herzlichkeit der Sprache hat die Unbefangene geblendet. Fritz Kaiser ist im Grunde auch nicht verderbt. Seine Klaffenziehung, seine Lebensgewohnheit macht ihn zum Kruppelsohn Verderber. Von jeher hat er das Gefährliche der Mädchen aus dem Volke unterschätzen gelernt, es ist ihm so eingeeimpelt worden; und während er sich um einer „Dame“ willen schlägt, wird er sich der krassesten Brutalität an dem Weib aus dem Volke kaum bewußt. Weil er in ein folgenschweres Verhältniß mit einer verheiratheten Frau verwickelt war, kam ihm Christine, zur Verstärkung gelegener lockeren Geliebten seines Freundes, zur Verstärkung gelegen. Christine's Vater ist ein mährigewordener Alter. In ihrer Art ist diese Gestalt vielleicht die merkwürdigste des Stückes. So stumpf gemacht hat ihn das tägliche Elend, daß er in bulldogischer Passivität, ein Proletar ohne proletarisches Selbstbewußtsein, seine Tochter gewähren läßt. Lieber soll sie das Bettelalmosen der Liebetei eines Kavaliere annehmen, als ein trostloses Dasein ohne Ende, ohne verlässliche Frühlingstage führen.

Das für erschütternde Klänge hätte ein Dichter von stärkerem sozialen Mitempfinden als Schnitzler hier finden können, wie hätte ein Gerhard Hauptmann hier in schmerzhaften Tiefen gelangt. Schnitzler gleitet über die Rauheiten weniger bedenklich hinüber. Sein Mißgefallt wendet sich vornehmlich dem getauschten Mädchen zu. — Fritz ist im Duell mit dem betrogenen Gatten gefallen. Christine erfährt, daß nicht sie, sondern eine verheirathete Dame Sinn und Seele ihres Geliebten erkaufte. Sie erträgt es nicht, so verrathen zu sein. Wahnsinnig vor Schmerz, gebrochen und vernichtet, geht sie in den Tod.

Frau Soroma bewies als Christine namentlich im Schlußakt ihre reiche Künstlerschaft; naive Hingebung, wie Verzeihensnoth und Leidenshaftigkeit in jedem Wort, in jeder Gebärde! Dem Schauspiel Schnitzler's ging neuergebeut Kleist's Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ voraus. Am des humorvollen Charakterbildes willen, das Hermann Müller r als Dorfrichter entwarf, ist die Aufführung sehenswerth. Nicht entfernt aber reichen die übrigen Darsteller an den fastigen Humor Müller's heran.

Warum konnten die 2000 M. für den Mänadentopf nicht vertheilt werden? Der „Voss. Ztg.“ wird geschrieben: „Eine Hauptschuld an der geringen Theilnahme bei dem Wettbewerbe um die Ergänzung der Mänade ist der unverhältnißmäßig hohe Preis für den Gipsabguß, den die königliche Verwaltung der Gipsabgüsse dafür beantragte. Jeder andere Kunstformer hätte die Abgüsse für 15 M. geliefert; es ist daher unverhältniß, weshalb im Anfang 30 M., dann 90 M. für einen Gipsabguß, der für 1 M. Gips enthält, von einer staatlichen Anstalt verlangt wurden, da doch der ganze Wettbewerb einem rein idealen Zweck diene und von höchster Stelle ausgeht worden war. Rechnet man die anderen Unkosten mit, welche die Anfertigung eines Entwurfs verlangt, so kommen, ohne daß die eigene Arbeitszeit gerechnet wird, 200 bis 300 M. heraus, die doch die meisten tüchtigen Bildhauer nicht zur Verfügung haben, ganz abgesehen von der geringen Aussicht: Wer nach einem vorhandenen Abguß hätte machen lassen und diesen benutzte, wäre bei einfach nicht zum Wettbewerb zugelassen worden, wie das bei dem Wettbewerb des vergangenen Jahres um die Ergänzung des antiken Venuskopfes mehrfach geschah. Man erhielt damals den Abguß des Kopfes von der königlichen Gießerei im Anfang für 5, dann für 15 M., während man ihn von anderen Formern für 3 M. erhalten konnte. Wer aber nicht den Abguß aus der königlichen Gießerei bezog, wurde einfach nicht zum Wettbewerb zugelassen.“

In der jüngsten Sitzung des neu begründeten Vereins für wissenschaftliche Photographie zeigte Astronom Kirchenhörd, wie berichtet wird, zunächst eine neue Reihe seiner Sternaufnahmen, namentlich Circumpolarplatten, aufgenommen mit feststehendem gegen den Pol gerichteten Rohr. Hier zeichnen die Sterne Kreise auf der Platte (in sechs Stunden 90 Grad). Auffallend war hierbei die wechselnde Stärke derselben Sternbahnen, die nur auf die wechselnde Fortbenabsorption in unserer Erdatmosphäre zurückzuführen ist. Diese hat auch früher Professor Vogel bei seinen früheren Sonnenpektren-Aufnahmen beobachtet. Zur Vorlage gelangte ferner das Höntgen'sche Licht und von Frau Wehrden in Posen damit gefertigte Aufnahmen, woran sich eine Diskussion über die chirurgische Bedeutung der vielbesprochenen Sache schloß. Prof. Kayser in Bonn hatte eine Heliumröhre eingesandt, deren überaus einfaches und schönes Linienspektrum allgemeine Ueberraschung erregte. Der Versuch beschloß jeden zweiten Donnerstag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale des Künstlervereins, Wilhelmstr. 82, eine Sitzung abzuhalten.

Die Photographie in natürlichen Farben. Ueber eine neue, anscheinend überaus wichtige Entdeckung auf dem Gebiete der Photographie bringt die „N. Allg. Ztg.“ einen Bericht, den wir in folgendem wiedergeben:

Der gestrige 41. Projektionsabend der Freien photographischen Vereinigung gestaltete sich zu einem höchstbedeutsamen wissenschaftlichen Ereigniß durch die Vorführung von Photographien in natürlichen Farben nach dem bisher noch unbekanntem Verfahren des Herrn Dr. Sella. Thatsächlich ist mit dem gestrigen Abend eine neue Epoche in der Geschichte der Photographie angebrochen. Was man so lange vergeblich oder doch nur mit absolut bzw. relativ geringem Erfolge zu erreichen versucht hat, nämlich mittels der Photographie nicht nur die höheren Formen der Dinge, sondern auch ihre Farben mit unmitelbarer, photographischer Genauigkeit festzuhalten, das ist nunmehr gelungen. Mit dem Verfahren des Dr. Sella, das am gestrigen Abend durch Herrn Dr. Reichardt in 21 farbigen Aufnahmen vorgeführt wurde, ist es in der That möglich, sämmtliche natürlichen Farben und Farbenabstufungen in wunder-

barer Genauigkeit und leuchtender Schönheit photographisch zu fixieren. Mit Recht wies der Herr Vortragende, bekanntlich eine unserer ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Photographie, darauf hin: wie gewaltig wohl die Hellmetrommel gerührt worden wäre, wenn diese epochemachende Erfindung nicht in Brandenburg, sondern in England gemacht worden wäre. Unsere Leser werden sich an den Vortrag erinnern, den Herr Dr. Reuber unter Vorführung eigener Aufnahmen vor etwa Jahresfrist in der „Urania“ hielt und über den an dieser Stelle f. Z. eingehend berichtet wurde. Die damals gezeigten Neubauf'schen Photographien in natürlichen Farben waren nach einem von dem gestrigen durchaus verschiedenen Verfahren, dem Lippmann'schen, gewonnen, dessen am meisten in die Augen fallender Unterschied von dem Sella'schen darin besteht, daß es mittels einer einzigen Aufnahme Bilder gewährt. Außer der langen Expositionszeit, die nach Stunden zählt, leidet dieses Verfahren jedoch unter einer großen Reihe von bedeutenden Schwierigkeiten, so daß bisher im ganzen kaum zwei Tugend Aufnahmen gegliedert sind. Endlich sind auch die Farben auf den Lippmann-Bildern bei weitem nicht von der Frische, Schärfe und Leuchtkraft wie die der Sella'schen. Das Verfahren von Dr. Sella nun macht nicht eine, sondern drei Aufnahmen nöthig, nimmt aber nicht sehr viel mehr Zeit in Anspruch als das gewöhnliche Photographiren. Das physikalische Prinzip, das ihm zu Grunde liegt, ist dasselbe wie das, auf dem der Vogel'sche Dreifarbenbrud und das Polak'sche Photographieverfahren beruhen; es ist die Young-Heimholz'sche Theorie von den drei Grundfarben. Die drei Farben, welche Dr. Sella zu Grunde legt, sind Roth, Gelb und Grünblau. Die Verbindung bei der Auswahl der Farben ist nur, daß sie zusammen Weiß ergeben. Theoretisch würde das in unserem Falle nur zutreffen, wenn ein reines Blau gewählt wäre, aber merkwürdigerweise scheint in der Praxis gerade die Wahl des eigenthümlichen Grünblaus die Ursache der vorzüglichen Resultate gewesen zu sein. Dr. Sella geht nun auf folgende Weise vor: er macht zunächst mittels Nothfiltern eine Aufnahme, die nur die rothen Farbtöne enthält, während die anderen vom Filter absorbiert werden; es folgt sodann eine entsprechend gewonnene Aufnahme der gelben Töne und endlich die der grünblauen. Von diesen Aufnahmen nimmt Dr. Sella auf äußerst dünnen Gelatinehäutchen Diapositive, die die Eigenschaft haben, an den belichteten Stellen für Anilin-farben empfindlich zu sein, an den nichtbelichteten dagegen nicht. Diese drei Häutchen werden sorgfältig übereinandergelegt und ergeben nunmehr die gewünschten Bilder in der denkbar vollkommensten Weise. Die Präzision, mit der die drei Häutchen sich decken, beweist folgende sehr charakteristische Erscheinung: Das zu photographirende Bild enthält eine einzelne Unterschrift, die auf den drei Diapositiven sich nur als je eine haarfeine Linie darstellt; die drei Häutchen decken sich jedoch so vollkommen, daß bei der sehr starken Vergrößerung mittels des Projektionsapparates die Buchstaben der Zeile vollständig einheitlich erscheinen, ohne jede Spur einer Verdickung. Vorgeführt wurden zunächst die oben geschilderten drei Phasen des Verfahrens, demonstrirt an der Photographie einer Farbenscheibe, und dann deren Gesamtbild mit einer Anzahl von Nuancen, deren getreue Wiedergabe bereits hohe Bewunderung erweckte. Es folgten Bilder von Blumen, Schmetterlingen, einer Pfauenfeder und Gebäuden nach der Natur, die geradezu fürmischen Beifall fanden. Es waren nicht nur die einzelnen Farbenabstufungen in vollendeter Weise getroffen, sondern auch das wunderbare Schillern auf den Flügeln einiger tropischer Falter und besonders der Glanz der Pfauenfeder in großartiger Naturtreue wiedergegeben. Sehr sprachhaft wirkte die Photographie eines Gebäudekomplexes, auf der sich ein rother Wagen und ein blauer Karren zeigten; jener hatte nur während der Rothaufnahme „geessen“, dieser nur bei der mittels der blauempfindlichen Platte. Prächtig gelungen waren auch die Aufnahmen nach farbigen Vorlagen, wenngleich sie nicht in gleicher Weise sprachen wie die nach der Natur, da ja eine ähnliche Kontrollirungs-Möglichkeit wie bei diesen nicht vorlag. Den stärksten Beifall fand die Photographie der Venus'schen Aurora, bei der die Weichheit der Töne besonders ins Auge fiel. Der Beifall wollte nicht enden. Herr Dr. Sella dankte persönlich und sprach die Hoffnung aus, daß ihm eine weitere Verwirklichung seines Verfahrens bis zur Erreichung seines Ideals, der Erzeugung farbiger Porträts, gelingen werde. Seine bisherigen Versuche haben sich in einem Zeitraum von 5 Jahren bewegt und haben in diesem kurzen Zeitraum alle Stufen von totaler Verwirrtheit der Farben bis zum jetzigen Standpunkt durchlaufen.

### Gewerkschaftliches.

Die bürgerliche Presse bringt folgende Notiz: Die Kellnerinnen Berlins wollen nun auch ihre Lage verbessern und in eine „Lohnbewegung“ eintreten. Ein Zirkular fordert die Kellnerinnen auf, das Koch abzustreifen und eine Anzahl von Forderungen an die Wirthe zu stellen, von denen folgende bemerkenswerth sind: Jeder Wirth ist verpflichtet, der Kellnerin Lohn resp. Gehalt zu zahlen. Mädchen unter 21 Jahren dürfen nicht Kellnerinnen werden. Die Arbeitszeit der Kellnerinnen muß um 11 Uhr abends beendet sein. Ueberstunden muß der Wirth mit 75 Pf. bis 1 M. bezahlen. Die Arbeitszeit beginnt in den Wochentagen um 10 Uhr, an Sonn- und Festtagen um 11 Uhr vormittags. Den Kellnerinnen ist in der Woche ein halber Tag frei zu geben, die Stellvertretung besorgt der Wirth. Wirthe, welche den Kellnerinnen keine Wohnung bieten können, müssen eine monatliche Entschädigung für Wohnungsmiethe von 20 M. zahlen. Wirthe, welche vorstehenden Bestimmungen nicht nachkommen, sollen allmonatlich öffentlich bekannt gemacht werden.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß Berlin schon einmal — vor wenigen Jahren — eine „Kellnerinnen-Bewegung“ gehabt hat. Diese verlief in so skandalöser Weise, daß sich die der Sache anfangs günstig gestimmten Arbeiter bald von ihr abwandten. In Erinnerung gebracht sei nur das eine, daß die jungen und alten Wüstlinge Berlins in den Kellnerinnen-Versammlungen Gelegenheit zu galanten Abenteuern suchten, und es an frechem Auftreten nicht fehlten ließen. Es ist nicht anzunehmen, daß heute eine Kellnerinnen-Bewegung zu besseren Resultaten führen werde; die Kellnerinnen Berlins sind unserer Ansicht nach einzig und allein nur durch die Gesetzgebung aus ihrer trostlosen Lage zu befreien, weil ihnen zur Selbsthilfe die Verbindung der Solidarität vollständig fehlt.

Zu der Korbfabrik von Ad. Starke (Firma Ancon u. Comp.) in Berlin, Wilhelmstraße 123, ist es zu Lohn-differenzen gekommen. Genannte Firma hat einen größeren Auftrag aus schlesischer Geschloß für die Geschloßfabrik Siegburg erhalten. Die Korbmacher bekommen für die Anfertigung pro Korb 1,75 M. Bei dem zu dieser Arbeit verwendeten Material ist es ihnen kaum möglich, einen Wochenverdienst von 12 M. zu erreichen; sie erklärten deshalb Herrn Starke, daß sie unter 2,25 M. pro Korb nicht arbeiten könnten. Herr Starke bewilligte 2 M. pro Korb, die Arbeiter beharren aber bei ihrer Forderung.

Aus Brüssel berichtet die „Kölnische Zeitung“: Laut Nachrichten aus dem Vorjahre haben die Zehnerverwaltungen auf das eine Lohnverhöhung fordernde Schreiben des Verbandes der Bergleute nicht geantwortet. Der auf der jüngsten Tagung der letzteren in Bois de Wouffu eingesetzte Ausschuss hat die Beratung eines abermaligen Kongresses nach Lausanne angeregt, um über die weiteren Schritte zu beraten. Etwa tausend Arbeiter sind in Wouffu nicht angefahren, weil die Verwaltung die geforderte Veränderung der Grabenordnung abgelehnt hat.

In Cognac (Frankreich) haben die Arbeiter der dortigen großen Gärtnereien die Arbeit eingestellt. Sie verlangen Lohnverhöhungen und Verminderung der Arbeitszeit.

### Gerihts-Beitung.

Die Kirchenbeamten der St. Georgen-Gemeinde. Um angebliche Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung der St. Georgen-Gemeinde handelte es sich in einem umfangreichen Prozeß, welcher heute vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Ried stattfand. Auf der Anklagebank hatten drei frühere Beamte der genannten Gemeinde Platz zu nehmen: der Kassirer Emil Heintze, der Buchhalter Franz Lattai und der Kassenbote Gustav Gruhn. Dieselben sind der Urkundenfälschung und des Betruges in je sieben Fällen, die beiden Erstgenannten außerdem der gemeinschaftlichen Unterschlagung in je zwei Fällen beschuldigt. Bei den Urkundenfälschungen handelte es sich um Quittungen über Zahlung für Kirchhofarbeiten, welche von Privatpersonen bestellt worden waren. Der Geschäftsgang bei diesen Bestellungen war nach Angabe des Angeklagten Heintze folgender: Zunächst sei die schriftliche Bestellung in seine Hände gelangt. Auf den drei Friedhöfen der St. Georgen-Gemeinde befinden sich etwa 4000 Gräber, welche seitens der Kirchhofs-Inspektion besessen wurden. Waren es alte Gräber, so wurde eine Erneuerung des Gießabonnements nicht eist abgemacht, sondern der Betrag für das neue Jahr einfach von den Auftragsgebern eingezogen. Diesen dagegen neue Bestellungen auf Anschaffung eines Grabhügels, Belegen mit Rasen, Begießen oder dergl. ein, so versah der Kassirer die Schriftstücke mit dem Eingangsvormerk und Datum, übergab sie dem in der Nebenstube arbeitenden Rentanten, der sie ebenfalls mit einem Vermerk versah und erhielt sie dann zurück, um sie am Abende dem Kirchhofs-Inspektor zur Ausführung zuzustellen. Die Schriftstücke kamen dann zurück, der Kassirer Heintze hatte später die Quittung anzuschreiben und nachdem dieselbe mit der Gegenzeichnung und dem Stempel des Küsters Müller versehen worden war, erhielt der Kassenbote Gruhn die Quittungen zur Einziehung. Der letztere erhielt am 15. Mai 1894 bei der Gemeinde eine andere Anstellung, anstatt Kassenbote wurde er Kirchhofswächter, weil die Dienstwohnung als Kassenbote nicht mehr Raum genug für seine zahlreiche Familie bot. Später trat Gruhn mit einer schweren Beschuldigung gegen seine beiden Mitangeklagten auf, wodurch er sich allerdings auch selbst bezichtigte. Gruhn behauptete, daß er Ende Mai, als er bereits Kirchhofswächter war, von Heintze und Lattai nach dem Lokale „Zum Friedensgarten“ in der Landberger Allee bestellt worden sei. Dort hätten ihn dieselben gefragt, ob er sich etwas verdienen wolle. Auf seine Zustimmung habe Heintze ihm sieben Quittungen, welche sowohl mit seiner, Heintze's, Unterschrift, wie mit dem Stempel des Küsters Müller versehen waren, übergeben und ihn aufgefordert, die Beträge einzuziehen und das Geld nicht an die Kasse, sondern an sie abzuführen. Er sei darauf eingegangen und habe das eingezogene Geld in demselben Lokale an Heintze und Lattai abgeliefert. Das so veruntreute Geld sei in drei gleiche Theile getheilt worden. Auch in betref der Heintze und Lattai zur Last gelegten Unterschlagung ist Gruhn der Angeber. Er behauptet, daß er zweimal Beträge für die Kirchengemeinde eingezogen und an die beiden Mitangeklagten abgeliefert habe. Da er gegen seine Vorgesetzten Verdacht der Untreue geschöpft habe, weil es ihm vorkam, als lebten sie über ihre Verhältnisse, so habe er eines Abends das Kassenbuch durchgesehen und seine Eintragungen über die beiden Posten gefunden. Dann sei er zum Superintendenten Wegener gegangen und habe die ganze Geschichte erzählt. In gleicher Weise äußerte der Angeklagte Gruhn sich in der Hauptverhandlung. Die Angeklagten Heintze und Lattai bestritten mit aller Entschiedenheit ihre Schuld. Gruhn wolle sich rächen. Er sei mehrfach völlig betrunken ins Bureau gekommen, habe Fehlbeträge gehabt und sei von ihnen angezeigt worden, worauf dann seine Entlassung als Kassenbote erfolgt sei. Heintze gab zu, daß er den Gruhn einmal nach einem Lokale bestellt habe, aber um ihn wegen eines Betrages von 180 M. zu mahnen, den er Gruhn geliehen hatte. Alle Angaben des Gruhn seien erfunden. Der letztere, der über ein Jahr gewartet hat, bevor er mit seiner Anschuldigung hervortrat, wurde von dem Vorsitzenden in ein scharfes Verhör genommen. Heintze bestritt besonders, daß er über seine Verhältnisse gelebt habe; bei einem Gehalt von über 3000 M. habe er eine Wohnung von 400 M. innegehabt und seinen Dienstboten gehalten.

Es sind 17 Zeugen zu vernehmen. In dem Prozeß erwähnte der Vorsitzende, daß gegen andere Beamten der Gemeinde noch eine Voruntersuchung schwebt. Diese hätten jetzt als Zeugen gegen die Angeklagten aufzutreten und müßten deshalb doppelt vorichtig sein, sich nicht von ihrer feindseligen Stimmung beeinflussen zu lassen.

Superintendent a. D. Wegener, zur Zeit erster Prediger an St. Georgen, giebt eine Darstellung von dem Geschäftsgange bei der Gemeinde. Die Kontrolle sei früher nicht eine so genaue gewesen, wie jetzt, nachdem die ganze Verwaltung reorganisiert worden sei. Gruhn sei in der letzten Zeit, als er den Posten als Kassenbote bekleidete, unpünktlich geworden und deshalb als Kirchhofswächter angestellt worden, aber mit dem ausdrücklichen Hervorheben, daß er nicht wegen Untreue als Kassenbote entlassen worden war. Nach den großen Unterschlagungen des Kassenrentanten Arndt sei eine vollständige Umwälzung in der Geschäftsführung eingetreten. Dies habe bei den meisten der Beamten Unzufriedenheit und Reid gegen ihre besser gefüllten Kollegen, besonders gegen den Kirchhofsinspektor Franzke, erregt, von dem das Gerücht ging, daß er das sabelhafte Einkommen von über 20 000 M. habe. Thatsächlich betrage dessen Einkommen noch nicht den dritten Theil. Gegen Franzke gingen Anzeigen wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten ein, zu denen die Angeklagten Heintze und Lattai das Material geliefert hätten. Als Gruhn von diesen Angriffen gegen seinen Chef, den er hoch verehrte, erfahren habe, habe er sich veranlaßt gesehen, seinem Seelsohner gegenüber eine Weichte abzugeben in betref der Unterschlagungen, welche Heintze und Lattai begangen hätten, wobei Gruhn sich allerdings selbst bezichtigen mußte.

Kirchhofsinspektor Franzke, der folgende Zeuge giebt zu, daß gegen ihn und den Rentanten Schulze eine Voruntersuchung schwebt. Der Zeuge räumt ferner ein, daß Gruhn auch für ihn Gelder einkassirt und nicht ordnungsmäßig abgeliefert habe.

Der frühere Küster bei St. Georgen, Müller, hatte die von Heintze angefertigten Quittungen mit seinem Namen gegenzuzeichnen und zu unterzeichnen. Der Zeuge erklärt, daß bei der Verwaltung der St. Georgen-Kirchengemeinde so unerquickliche Verhältnisse geherrscht hätten, daß er es vorgezogen habe, sich in den Nebenstand versetzen zu lassen. Der Kassenbote Gruhn sei in der letzten Zeit häufig betrunken gewesen. Die ganze Aufsicht des Geschäftsbetriebes müsse er als eine lässige und mangelhafte bezeichnen. Der Zeuge hat den Stempel zumweist unter Verchluss gehalten; als er seinem Amtsnachfolger alle Gerüche und Utensilien zu übergeben hatte, habe er ihm auch einen Schreibkasten im Bureau übergeben, der den Stempel enthalte. Auffallenderweise sei der Stempel vom Tage seines Austritts an verschwunden und nie wieder zum Vorschein gekommen.

Der folgende Zeuge, der früherer Magistratsbeamte Schöbel, ist die treibende Kraft gewesen, welche die jetzt gegen den Kirchhofs-Inspektor Franzke und den Rentanten Schulze schwebende Voruntersuchung bewirkt hat. Schöbel ist in seinen Beschuldigungen zu weit gegangen, er wurde kürzlich wegen Verleumdung von Mitgliedern des Kirchenraths der Gemeinde St. Georgen zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Er weiß nur zu bekunden, daß der Angeklagte Gruhn als Kassenbote sehr lässig und häufig betrunken war.

Es werden eine Anzahl Quittungen vorgelegt, welche den

Stempel des Küsters Müller und das Datum des 20. April 1894 tragen, als Müller bereits seinen Abschied genommen hatte. Keiner der Angeklagten will die Stempelung besorgt haben, oder sich erklären können, wie der Stempel auf die Quittung gekommen ist. Ähnlich ist es mit den übrigen Quittungen. Bei der Revision der von dem Angeklagten Heintze geführten Bücher sind die Posten nicht als Eingang vermerkt. Die Angeklagten Heintze und Lattai meinen, daß Gruhn die im Borrath geschriebenen Quittungen aus der Mappe entwendet und für eigene Rechnung einliefert hat.

Staatsanwalt Schmeijer hielt das Ergebnis der Beweisaufnahme nicht für ein derartiges, daß daraufhin eine Verurteilung der beiden Angeklagten Heintze und Lattai erfolgen könnte, zumal der als Hauptbelastungszeuge auftretende Mitangeklagte Gruhn doch sehr fragwürdiger Natur sei. Er beantragte gegen beide die Freisprechung, gegen Gruhn eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten und einem Tag. Der Verteidiger der beiden ersten Angeklagten, Rechtsanwält Dr. Schwandt, schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an. — Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Der Wucherprozeß Labaschin, welcher anfangs April v. J. neun Sitzungstage hindurch die vierte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte, wird Ende dieses Monats eine neue Auflage erleben. Labaschin war wegen gewerblich und gewohnheitsmäßigen Wuchers zu 9 Monaten Gefängniß, unter Anrechnung von 6 Monaten, und 1500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Er hat Revision eingelegt und das Reichsgericht hat das erste Urtheil aufgehoben, weil es einige der vom Gerichtshof als Darlehensgeschäfte betrachteten Unternehmungen z. B. als Kaufgeschäfte angesehen hat. — Der gleichfalls zu 9 Monaten verurtheilte Mitangeklagte Ried verurtheilt die noch reifenden vier Monate Gefängniß zur Zeit in Pfähensee.

Das Reichsgericht in Preussischen. Wegen Vergehens gegen § 17 des Preßgesetzes angeklagt, wurde unser Parteigenosse, der Redakteur Eugen Wolfgang, am 15. Oktober 1893 von der Strafkammer beim Amtsgericht Brandenburg a. H. freigesprochen. In der Nr. 100 der vom Angeklagten als verantwortlichem Redakteur gezeichneten „Brandenburger Zeitung“ war eine Notiz aus Ludenwalde abgedruckt, des Inhalts, der Genosse Hellfinger habe ein polizeiliches Strafmandat erhalten. Im Anschluß daran war sodann das Mandat im Wortlaut abgedruckt und dem noch hinzugefügt, der Genosse H. werde sich damit nicht beruhigen, sondern dagegen Widerspruch erheben und damit Erfolg gehabt, indem er freigesprochen wurde. Nach § 17 des Preßgesetzes dürfen nun die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses durch die Presse nicht eher veröffentlicht werden, als bis dieselben in öffentlicher Verhandlung kund gegeben worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat. Das Gericht stellte fest, daß es in der betreffenden Sache allerdings zu einem Strafprozesse gekommen ist, daß indeß zur Zeit der Veröffentlichung der Notiz ein gerichtliches Verfahren gegen Hellfinger noch nicht eingeleitet gewesen sei. Wegen des freisprechenden Urtheils legte die Staatsanwaltschaft Revision ein, die vom Reichsanwalt für begründet erachtet und vertreten wurde. Es kommt darauf an, ob das Strafmandat zum Strafprozeß gehört. Diese Frage ist zu bejahen; das Strafmandat ist ein amtliches Schriftstück und eine besondere Art des Strafprozesses. Antsrichtliche und polizeiliche Strafmandate sind gleich. Ein Urtheil darüber kann auch nur publizirt werden, wenn es in öffentlicher Sitzung und mündlicher Verhandlung kundgegeben wurde. Das Reichsgericht hob am 4. Februar das Urtheil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück.

### Versammlungen.

Eine allgemeine Lehrer-Versammlung, vom Verein der Berliner Gemeindefullehrer einberufen, beschäftigte sich am Dienstag bei Suggenhagen mit dem, dem Abgeordneten-hause vorgelegten Entwurf eines Lehrerbefoldungs-Gesetzes. Der Referent, Gemeindefullehrer Tewes, betonte, daß die preussische Volksschule ein Ganzes bilde, daß also die Berliner Lehrer bei ihrer Stellungnahme zu der Vorlage das Interesse der gesammten preussischen Volksschullehrerschaft, auch des schlechtestbezahlten Landlehrers in einem ostpreussischen Dorfe, im Auge behalten müssen. Der Besetzungswurf diene, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, für die Mehrheit der Volksschullehrer trotz aller Unvollkommenheiten doch mehr Vortheile als Nachteile und sei, mit mehreren Verbesserungen, auch für die Lehrerschaft annehmbar. Tewes empfahl eine Resolution, die wir hier im Auszug mittheilen: Die Versammlung begrüßt die Vorlegung eines Lehrerbefoldungs-Gesetzes mit größter Freude, erhofft von der gesetzlichen Sicherstellung der Lehrerbefoldung bedeutende Vortheile für die innere Entwicklung des Schulwesens und für die soziale Stellung der Lehrerschaft und sieht in dem Besetzungswurf eine brauchbare Grundlage für die Regelung der Lehrerbefoldung in Preußen. Eine Reihe von Bestimmungen bedeuten einen Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustande, namentlich das Grundgehalt von 900 Mark nach vierjährigem Dienst, die Neuregelung der Alterszulagen u. s. w. Dagegen entspricht die Vorlage in sehr wichtigen Punkten den als billig anerkannten Forderungen der Lehrer nicht, namentlich sind die Gehaltsätze überhaupt zu niedrig, die Gehaltssteigerung besonders in den Jahren der Familienbegründung zu unbedeutend, die Erreichung des Höchstgehalts zu weit hinausgeschoben, die Alterszulagen nicht genügend sichergestellt, die Miethentschädigung zu niedrig bemessen u. s. w., auch wird durch die Art der Vertheilung der staatlichen Leistungen das Schulwesen der Großstädte in seiner jetzigen Entwicklung gehemmt. Für Berlin ist, da hier die neue Befoldungsordnung die Lehrer der jüngeren und mittleren Altersklasse schwer schädigen würde, die Möglichkeit offen zu lassen, die Gehälter auf Grund der hier bestehenden Befoldungsordnung nach den Ansprüchen der Zeit weiter zu entwickeln. In der Diskussion wurde dem Referenten allseitig darin beigegeben, daß das Interesse der gesammten Volksschullehrerschaft entscheidend sein müsse. Man müsse für das Gesetz, das zwar die Gehaltsverhältnisse der Berliner Lehrer wieder verschlechtern könne, aber die der Landlehrer verbessere, nachdrücklich eintreten. Besser ein schlechtes Lehrerbefoldungs-Gesetz als gar keines. Es sei traurig genug, daß selbst eine solche Vorlage schon eine Verbesserung bedeute. Der Ausspruch eines Redners: „Nur die Rücksicht auf unsere Kollegen, die bisher auf Hungerstellen gefessen haben, bestimmt uns, für die Vorlage einzutreten“, wurde mit stürmischen Beifall begrüßt. Um die Gemeinsamkeit der Interessen noch schärfer zum Ausdruck zu bringen, wurde vorgeschlagen, die auf die Großstädte, besonders Berlin, bezüglichen Punkte der Resolution zu streichen. Doch wurde unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Befürchtung ausgesprochen, daß die Stadt Berlin, wenn ihr die geforderte Anstammstellung nicht eingeräumt werde, das Gesetz als einen vollkommenen Anlaß benutzen könnte, sich eine weitere Verbesserung der Lehrergehälter zu erproben. Die Resolution wurde mit sehr großer Majorität ohne Aenderung angenommen.

### Briefkasten der Redaktion.

Ed. Gothe, M. Schmerberg, Ch. Toepel in Brüssel. Ihr Kartus enthält weder eine Adresse noch ist er von der dortigen Organisation beglaubigt. Das ist nachzuholen, bevor die Veröffentlichung erfolgen kann.

W. Schn., Pringenstraße. Wenden Sie sich an den Gewerkschaftsrath Dr. Sprenger; Adresse: Volkspolizeibüro.

**T. M. 1.** Eine Anklage wegen „sozialistischer Umtriebe“ ist ein Unfug, den das Gesetz nicht zulässt. Noch weniger ist es denkbar, während schwebenden Verfahrens eine Anschuldiung wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz in einen solchen Widsinn zu ändern. 2. Selbstverständlich ist Einspruch einzulegen. Senden Sie doch das gesamte Material, insbesondere das, aus dem die bestialische Rohheit jener Frechlinge hervorgeht, die unschuldige Bürger gefesselt und an einen Pferdeschweif gebunden haben, schleunigst an Genossen Frohme oder Stadthagen zur Verwerthung und Illustration des Falles im Reichstag. Als Adresse genügt: Reichstag. — **L. B. 15.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Nein. — **B. M. 40.** Zum Austritt aus der Kirche ist Grohjährigkeit (zurückgelegtes 21. Lebensjahr) erforderlich. — **F. M. 29.** 1. Der Arbeitgeber hat keineswegs das Recht, einseitig den Lohn zu kürzen. Eine rechtsgültige Herabsetzung ist nur unter Zustimmung des Arbeiters zulässig. 2. Die Lohnfrage verfährt hier in 2 Jahren, vom 31. Januar des Jahres ab, indem die Forderung entstand.

— **G. C. Schloffer.** 1. Sie können klagen; Verjährung liegt nicht vor. 2. Ist die Wohnung unbrauchbar geworden, so können Sie auch dann vom Vertrage zurücktreten, falls die Unbrauchbarkeit noch am 1. April vorliegt, wenn der Vertrag schriftlich geschlossen ist. — **G. 19.** Jede einlaufende Rechtsfrage wird umgehend beantwortet. Indessen ist es bei dem kolossalen Andrang des politischen Stoffes und bei der großen Anzahl Anfragen nicht möglich, die Antworten in einer der nächsten Nummern zu veröffentlichen. Die in Berlin wohnenden thun daher in einigen Sachen gut, statt schriftlicher Anfragen in Rechtsfragen die Sprechstunden aufzusuchen, wieweil diese schon jetzt abends von durchschnittlich 50 Anfragenden besucht wird und häufig bis in eine späte Stunde hinein ausgedehnt werden muß. — **Der schöne Wirth von B. 22.** Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor, bringen Sie aber den Vertrag und die Versicherungs-Datumskarte mit. Ohne Einsicht in beides lassen sich Ihre Fragen nicht

beantworten. — **G. J. Landbote.** Falls die Rente herabgesetzt werden sollte, legen Sie Berufung ein. — **C. A. Klein.** — **M. Sch. 29.** Es bleibt nichts übrig, als sich an die Polizeibehörden der Orte zu wenden, in denen der Verzeß sich aufhielt. — **4700. M. S.** Das ist möglich. — **C. D. 39.** Sie können sich mit dem Antrag auf Nachschlagregulierung an das Amtsgericht wenden. — **Julius L.** Schriftliche Antwort zu ertheilen lehnen wir ab. 1. Das muß aus den Polizeibedingungen sich ergeben. 2. An den Schiffsrheder oder den Schiffskapitän. — **H. 2, Max Solger.** Nein. — **Tricloff.** 1. Ja. 2. Nein. — **Juridikeratung.** Der Antrag muß in die Invaliddatensache gerichtet werden. — **B. Hof 96.** Die Beleidigungsklage können Sie bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Beleidiger wohnt, anstellen. — **C. L. 100.** Bei der Polizeibehörde. — **F. A. 37.** Der Grohjährige kann auf richterliche Ergänzung der väterlichen Genehmigung zur Eheschließung antragen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, 6. Februar.  
**Opernhaus.** Ivanhoe.  
**Schauspielhaus.** Ein Sommernachtstraum.  
**Deutsches Theater.** Der zerbrochene Krug. Liebelein.  
**Festung-Theater.** Komtesse Suederl.  
**Berliner Theater.** König Heinrich.  
**Neues Theater.** Der Herr Direktor.  
**Reichens-Theater.** Hotel zum Freihaus.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Der Hungerleider.  
**Theater Unter den Linden.** Der Bettelstudent.  
**Schiller-Theater.** Romeo und Julia.  
**Adolph Ernst-Theater.** Madame Suzette.  
**Central-Theater.** Eine tolle Nacht.  
**Selle-Alliance-Theater.** Böse Buben.  
**Alexanderplatz-Theater.** Pitts.  
**National-Theater.** Konradin, der letzte Hohenstaufe.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Spoljo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Romeo und Julia.**  
Freitag, abends 8 Uhr: **Victoria.**  
Onkel Bräutig.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
**Volks-Vorstellung**  
zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Gastspiel des Herrn Hans Proger vom Stadttheater zu Mainz.  
**Konradin, der letzte Hohenstaufe.**  
Tragödie in 5 Akten  
von **Moriz Gutmann.**  
Regie: **Friz Schäfer.**  
Morgen: **Die Waise von Lowood.**  
Sonabend, nachm. 4 Uhr: **Kinder-Vorstellung: Hänsel und Gretel.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Opernaufführung: Der Proschütz.**

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Madame Suzette.**  
Vaudeville-Posse in 3 Akten von Sylvane und Ordonneau, bearbeitet von Ed. Jacobson u. F. Aren. Musik von Edmond Aubran. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Concerthaus Sanssouci**  
Rottbuserstraße 4a.  
Jeden Donnerstag u. Sonntag:  
**Stettiner Sängers**  
(Meysel, Pietro, Brittan, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)  
Anf. präz. 8 Uhr. — Entree 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)  
Durchweg neues, urkomisches Programm!  
Neu! Unter anderem: **Neu! Artisten-Skizze**  
Morgen, Freitag: **Soirée in d. Victoria-Brauerei.**  
**Restoration**  
Ecke mit Vorgarten, verkauft billig 2557b  
Grünenalderstr. 99.

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstr. 30.  
Zum 153. Male:  
**Eine tolle Nacht.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von **Julius Freund** und **Wilh. Mannstädt.**  
Musik von **Julius Einödshofer.**  
Anfang 1/8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Alexanderplatz-Theater.**  
Heute 8 Uhr: Zum 8. Male:  
**Pitts.**  
Operette in 1 Akt. Text von **Friz Otto.**  
Musik von **Hans Loewensfeld.**  
Hierauf: **Jun 107. Male:**  
**Die kleinen Lämmer.**  
Vaudeville in 2 Akten von **L. Varney.**  
Von der gesamten hiesigen Presse als die beste Novität der Saison anerkannt.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Feen-Palast**  
Burgstrasse 22.  
Direktion: **Winkler & Fröbel.**  
Das kolossale Februar-Programm!  
Für Berlin durchweg neue Spezialitäten!  
**Mss. Martha.** **Mr. Frankloff.**  
**Mr. Arvo.** **Gebr. Francs.** Familie Schenk. **Lotti Romanowitsch.**  
**Harlow Trio.** **Rembrand u. Clari.** **Martelli-Truppe.** **Robin u. Berat.** **Kolter Talasschuss.** 5 Personen auf dem Thurmseil. Ein 3 und 6 jähriges Mädchen als Thurmseilkäufer.  
**Die tolle Jugend.**  
Urkommische Pantomime von der Gesellschaft **Theo.**  
Anfang { Sonntag 8 Uhr.  
Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Entree 30 Pf.

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218. Dir. **J. Gllok.**  
**Die tolle Nacht.**  
Rommische Pantomime, dargestellt von der berühmten **Phoikes-Troupe.**  
Auftreten von **Eugenie Fougère**  
und 30 Kunstkräften I. Ranges.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Alcazar.**  
Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
Dresdenerstr. 52/53, Innenstr. 42/43  
(City-Passage).  
Täglich:  
**Grosse Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm.  
Signorina **Carl.** **Alfredo Rose.**  
**Lotte Siger.** **Käthchen Möller.**  
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nef. 50 Pf.  
R. Winkler.

Das **Löwen-Weib.**  
**Allerseelen.**  
!! Der Eden-Garten !!  
**Marionetten**  
**Castan's Panopticum.**  
**Passage-Panopticum.**  
Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:  
**Affentheater und Circus.**  
30 Affen,  
30 Hunde,  
12 Pferde,  
Esel, Ziegen,  
Schweine, Hasen

**Urania**  
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark  
(Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Walhalla-Theater**  
Oranienstr. 52 (dicht am Moritzplatz).  
Eine Stunde im **Zukunftsstaat.**  
Vorher:  
**Kneipp in Berlin.**  
Letzte Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die ausgegebenen Vorzugsbillets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Neuer Circus.**  
**Circus Busch (Bahnhof Börse).**  
Donnerstag, den 6. Februar:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Jubiläums-Vorstellung.**  
Zum 75. Male:  
**Zscheus, das Waldmädchen.**

Außerdem: Auf Wunsch: Dem **Friedenshort!** Aufbügung & Geburtstage **St. Moj.** d. **Kaisers u. Königs.**  
**Frau Dir. Busch**  
als **Schulreiterin**  
auf **Thucydides,** **tralehu,** **Hengst** von **Thebaner a. d. Thuseide.**  
**Dir. Busch** mit seinen bestbesetzten **Freiheitspferden.** **Kust.** d. **beliebtesten Gloriosa.**  
Freitag: **Zscheus.**  
Sonntag: 2 Vorstellungen. **Nachm. 4 Uhr** (ermässigte Preise und 1 Kind frei) und **abends 7 1/2 Uhr.**

**Beckstein-Pianino,** gut erhalten, sofort zu verk. **Pittich,** Berlin, Französischestr. 9.

**Genossenschafts-Bäckerei**  
für Berlin und Umgegend.  
(Eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)  
Vor einigen Wochen wurde über die Unterzeichnete das Gerücht verbreitet, sie wolle am 1. April c. den Betrieb einstellen. Denjenigen Zeitungen, die uns vorlagen, haben wir sofort Berichtigungen, welche die Unwahrheit des Gerüchtes darlegten, zugestellt, sie sind auch von den resp. Zeitungen aufgenommen worden; wir glaubten damit einer weiteren Erklärung der neidischen und boshaften Konkurrenz gegenüber entheben zu sein, finden uns aber in dieser Erwartung getäuscht, weshalb wir uns zu dieser Mittheilung genöthigt sehen. Auch dieser Vorgang zeigt wieder, wie sehr der Konkurrenz daran gelegen ist, unserm Institut Schaden zuzufügen, es wünschlich zu beseitigen; daher erwarten wir, daß man sich durch derartige Konkurrenzmanöver nicht abhalten lasse, das bisher geschenkte Wohlwollen unserm Institut weiter zu bewahren, den Gründungszweck desselben zu erfüllen unser eifrigstes Bestreben ist und sein wird. 88/8

**Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend.**  
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)  
**L. Freytag.**  
**A. Schweizer.**  
Sonabend, den 8. Februar:  
**Geschäfts-Eröffnung Holzmarktstr. 19, Ecke Michaelstraße,**  
der **Engros-Schlächtereier von M. Galicki.**  
Hauptgeschäft **Steglinstr. 3.** Hauptgeschäft **Steglinstr. 3.**  
Meinen geehrten Kunden und denen, die es werden wollen, zur gef. Nachricht, daß ich eine Filiale in der **Holzmarktstraße 19** errichte. Mein Bemühen ist, nach wie vor, nur gute und reelle Waare stets zu liefern, um bitte und geneigten Zuspruch.  
**Preis-Courant von Fleisch und Wurst-Fabrikation in Detail zu Engros-Preisen.**  
Rindfleisch . . . . . 50-60, ohne Knochen 70 Pf.  
Kalbfleisch . . . . . 55-60-65, Schnitzel 1,20 Mk.  
 Hammelfleisch . . . . . 50-60, Keule 65 Pf.  
 Schweinefleisch . . . . . 50-55-60 Pf.  
 Rind- u. Schweinefleisch . . . . . 60 Pf., Filet pfundweise. 2566b  
 Schabefleisch . . . . . 80  
 Carbonade . . . . . 65-70  
 Kaffeler Rippespier . . . . . 65-70  
 Gibrine . . . . . 30-50  
 Klätsch, Liefen . . . . . 45 bei Entn. von 10 Pfd. & 40 Pf.  
 Schmalz . . . . . 60  
 Fetter Speck . . . . . 55 ) bei Entnahme von 10 Pfund  
 Mager Speck . . . . . 65 ) 50 bezw. 60 Pf.  
 Bei Abnahme von **M. 5** an freie Zusendung ins Haus.  
Spezialität:  
Schlachtwurst u. Salami à Pfd. 80 Pf. **Poln. Bratwurst.** . . . . . 60 Pf.  
 Braunschweiger Wurst . . . . . 75 **Metzwurst.** . . . . . 60  
 ff. Leberwurst . . . . . 80 **Zwiebel-Leberwurst.** . . . . . 50  
 Zungenwurst . . . . . 80 **Sächs. Blutwurst.** . . . . . 50  
 Thüringer Wurst . . . . . 60 **Prezwurst.** . . . . . 50  
 Koch- u. Hohlschinken à Pf. 1-1,20 Mk. **Bei Abn. v. 10 Pfd. Preisermäßigung.**  
 Täglich frische Rind-, Kalb- und Hammel-Leber. Jeden Sonnabend unsere bekannte ff. frische Blut- und Leberwurst. Täglich warme Knoblauber.

**Kaiser-Panorama (Passage).**  
Diese Woche: Zum ersten Male: **Frankreich. Reise von Havre bis Trepport.** Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Tausende Abonnenten.

**Der geheimnißvolle Fremde!**  
Der **Riesenbrustfaßtenmenich** hat **Aufsehen** gemacht!  
**Kaufmann's Variété-Theater**  
Königsstraße, Colonaden.  
Geradezu Sensation hat der beste aller Humoristen **Gentes** gemacht!!  
**Theowin's Schönheits-Galerie.**  
Das neue lustige Programm **Im Zoologischen Garten** eine Pantomime wie sie sein soll.

Bin von **Blumenstr. 68** um die Ecke nach **Blankenfeldestr. 6** verzogen. **Dr. N. Auerbach,** 29/1 **Arzt.**

**Achtung!** **Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 Mk. an, 2theil. wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst. **Gundel,** **Paulsenplatz 2, Gfasserstr. 12.**  
Wegen Todesfall verk. mein **Mehl- u. Vorkostgeschäft,** verb. m. **Solz- u. Kobleng.** Hund u. Wagen, gute Fahrten. Miethe 150 Thlr. J. selb. Hause ab. 12 Jahre. **Bwe. M u n h e l,** 2553b **Gallestr. 6.**

**Möbel,** gebrauchte, **kauft Barow,** **Rosenthalerstr. 13.**  
Empfehle Freunden u. Parteigenossen mein **Cigarrengeschäft.** 2560b **W. Wild,** **Beusselstr. 44a, a. Bahnh.**  
**Putbusserstraße 26**  
gesunde, kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.  
**Bilmersdorf-Berlin W.**  
**Vorder-Wohnungen,** 3-4 Zimmer, Küche, Bad nebst Zubehör, 400-580 Mk., Läden nebst Wohnungen billig. **Kleinere Wohnungen 150-180 Mk. Große Stalkungen** für **Droschken-Fuhrherren** stehen zur Verfügung. **Auskunft** ertheilt **Carl Kück,** **Zimmerer,** **Berlinerstraße 27, 1 Tr.** 2568b  
**Swiegmünderstr. 73**  
sind Wohnungen bill. p. April 3. verm.  
**Gr. Stube u. Küche im Vorderhaus,** 2 Tr., 56 Thlr., 3 Tr., 52 Thlr., 3. verm. **Freienwalderstr. 7 (Brunnen).** 2563b

**Arbeitsmarkt.**  
Tüchtige **Kartonnagen-Arbeiterin** auf ff. **Papier-Ausstattungsaffetten** werden sofort nach **Dresden** verlangt. **Meldungen** werden an **Herrn M. D e b e r,** **Görlitzerstr. 32, im Restaurant** erbeten.  
**Schraubendreher** b. **hoh. Alford** verl. **Seuttel & Hundt,** **Andreasstraße 32 (Port. III).** 1590b  
Ein **verlässlicher** 43842\*  
**Asphalteur,**  
selbständiger Arbeiter, wird f. dauernde Stellung bei gutem Lohne gesucht. **Werber,** die in Betonierungsarbeiten bewandert sind, erhalten den Vorzug. **Offerten** mit **Zeugnisschriften** sind unter „**Asph.**“ an die **Expedition** dieses Blattes einzusenden.  
Eine **geübte Eckenheft-Mittherin** und **geübte Kartonnagen-Arbeiterin** werden sofort verlangt. **Georg Heise,** 2555b **Kartonnagenfabrik, Rößstr. 7.**  
**Farbignacherin** wird verlangt 2555b **Hugo Hande & Co.**  
**Farbignacher** verl. **Waldemarstr. 15.**  
**1 Tischler a. Schreibische** verl. **Bege,** **Hädersdorferstr. 48.** 2568b

## Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 5. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstische bei Beginn der Sitzung nur Justizminister Schöndert mit einigen Kommissarien.

Der Gesetzentwurf betr. die Ermäßigung der Gebühren bei der ersten Anlegung der Register für Binnen-Schiffe wird debattelos in erster und zweiter Lesung genehmigt. Die Vorlage bestimmt, daß 7/10 des nach dem Gerichts-Gesetz zu erhebenden Kostenbetrages außer Anschlag bleiben.

Es folgt die erste Lesung des Antrages Hören (3.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs betr. gemeinschaftliche Holzungen, in Verbindung mit dem, dieselbe Angelegenheit betreffenden Antrage Knebel (natl.).

Abg. Hören legt dar, daß die in rheinischen Gemeinden bestehenden gemeinsamen Holzungen sich nicht mehr als praktisch erweisen. Gegen die genossenschaftliche Bewirtschaftung will der Antrag nicht vorgehen, wohl aber gegen die Waldzerstörungen, welche der gegenwärtige Rechtszustand herbeiführt hat. Parzellierungen herbeizuführen, liegt dem Antrage fern.

Abg. Knebel (natl.): Die uneingeschränkte Teilbarkeit der Waldungen führt zur Desartation; ich kann deshalb dem Antrage Hören nicht zustimmen. Die für eine erspriessliche Waldwirtschaft notwendigen Einschränkungen sind in meinem Antrage gegeben; er soll namentlich auch eine stärkere Ausnutzung des Waldes durch den Eigentümer ermöglichen, in Zeiten ungewöhnlicher Noth.

Minister v. Hammerstein: Das Gesetz hat sich im ganzen gegenwärtig erwiesen, in forstwirtschaftlicher und klimatischer Beziehung; ein Grund zur Aenderung liegt nicht vor.

Abg. Dr. Blatzfeller (3.) erklärt sich für den Antrag Hören.

Abg. Dr. v. Woyna (fl.) schildert die bedenklichen Folgen der Anträge.

Abg. Dasbach (3.): Es ist kaum zu bezweifeln, daß in vielen Fällen die Nutzungsberechtigten wirkliche Eigentümer der Waldungen sind; in einzelnen Fällen hat das sogar nachgewiesen werden können. In keinem Falle ist die staatliche Bevormundung zulässig. Klimatische Bedenken kommen nicht in Betracht, dazu sind die Flächen zu gering. Der heutige Zustand verletzt die Empfindungen der Berechtigten auf das Schwerste.

Regierungs-Kommissar Land-Forstmeister Donner erklärt sich von Interessenten ermächtigt zu sagen, daß sie mit den heutigen Verhältnissen durchaus zufrieden sind.

Abg. v. Wertenberg-Magnum (1.): Wir sind entschiedene Gegner der Waldverwüstungen; mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden.

Damit schließt die Debatte. Nachdem noch die Antragsteller ihre Anträge in Schlußreferat beantwortet, werden beide Anträge einer besonderen 14er Kommission überwiesen.

Es folgt der Antrag Dobrecht auf Annahme eines Gesetzes, betr. die Herabminderung der aus gutsherrlich-bäuerlichen Regulierungen herrührenden Amortisationsrenten.

Abg. Dobrecht (nl.) begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die veränderten Verhältnisse des Geldmarktes. Er veranschlagt die Wirkung seines Vorschlags dahin, daß jährlich um 3 bis 4 Millionen die Rentengutsbesitzer erleichtert würden und bittet um Vorberatung des Antrages in einer Kommission.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Rheinbaben kann zwar eine Stellungnahme der Regierung noch nicht erklären; doch fehlt es nicht an Bedenken, die dem Antrage entgegenstehen. Die mit der Rentenherabsetzung notwendige verbundene Konversion wird man in der Bevölkerung als ersten Schritt zu einer allgemeinen Konversion der Staatspapiere betrachten.

Abg. Wolzky (3.) begründet ebenfalls, ob es allen Landwirthen recht sein wird, die Rentenlast auf 88 Jahre, statt auf 66 Jahre zu verteilen.

Abg. Lamprecht (1.): Der Antrag hat eine agrarfreundliche Tendenz, aber wenig praktische Bedeutung.

Die Abgg. Graw (3.) und v. Woyna (fl.) haben ebenfalls Bedenken gegen die Vorlage, namentlich hinsichtlich der Konvertierung.

Die Vorlage geht an eine besondere 12er Kommission. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Zweite Staatsberatung. (Landwirtschaft, Domänen, Forsten.)

Schluß 2 1/2 Uhr.

## Soziale Arbeiter.

**Nebenbeschäftigung für Bergarbeiter in Sachsen.** Daß der Freiburger Erzbergwerk-Betrieb nur durch große Zuschüsse von Seiten des Staates (fast 3 Millionen jährlich) erhalten werden kann, ist bekannt; daß aber trotz der großen Zuschüsse die Arbeiter bei vollem Betriebe auch nicht zum Lebensunterhalt genügende Löhne erhalten, sondern das mangelnde durch Nebenarbeiten in anderen Betrieben verdienen müssen, beweist folgendes Schriftstück, welches in der Mannschafsstube eines Freiburger Wertes zu lesen ist:

### Bekanntmachung.

Es ist in letzter Zeit mehrfach und zum Theil mit erheblichem Schaden für die Gruben-Krankenkasse verbunden, beobachtet worden, daß von den Bergarbeitern außerhalb der Grube für andere Nebenbeschäftigungen vertrieht werden, auf Grund dessen sie von ihren Arbeitgebern gegen Krankheit nicht versichert worden sind. Findet nun eine Verletzung während der Nebenbeschäftigung statt, so hat die Gruben-Krankenkasse für ihr Mitglied die volle Unterstützung zu gewähren, während derjenige, für welchen die Nebenarbeit verrichtet wird, keine Beiträge für die Gruben-Krankenkasse leistet. . . . Die Arbeiter werden veranlaßt, solche Nebenarbeiten ihrem Obersteiger oder auch der Gruben-Expedition anzumelden. Arbeiter, welche diese nicht zur Anzeige bringen, haben werksseitige Vorbehalten gegen sich zu gewärtigen, da durch derartige Unterdrückungen das Werk geschädigt wird. Es wird besonders hervorgehoben, daß durch die Angabe von Nebenbeschäftigungen den Arbeitern keinenfalls Nachtheil von Seiten der Krankenkasse erwachsen wird, es wird vielmehr nur bezweckt, die Aufsträger von Nebenarbeiten für die Beitragsleistung zur Gruben-Krankenkasse heranzuziehen.

### Der Vorstands-Vorsitzende u. s. w.

Selbstverständlich wird durch diesen Erlaß der Nebenbeschäftigung der Bergleute ein Nadel vorgeschoben, denn es wird keinem Arbeitgeber passen, etwa in die Gruben-Krankenkasse Beiträge für die Bergleute zu zahlen, deren Erkrankung durch Ueberanstrengung jederzeit zu gewärtigen ist. Mindestens 10 Stunden, bei weiteren Wegen 12-14 Stunden beansprucht die Schicht des Bergmanns; in welchem Zustand er dann noch Ueberarbeit verrichtet, kann man sich leicht ausmalen.

**Die Diensthöfenfrage.** Am 2. Februar tagte in Wien eine Massenversammlung von Diensthöfen, um gegen die Einführung der von den Wiener Behörden beschlossenen Diensthöfen-Ordnung zu protestieren, die keinen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem jetzt geltenden Rechte aus dem Jahre 1810 (1) bietet.

Frau Popp hielt einen einleitenden Vortrag, in dem sie die Stellung der Diensthöfen eingehend behandelte. Die Versammlung nahm schließlich einstimmig eine Resolution an, die folgende Forderungen enthält: „Die Diensthöfen fordern endgiltig ihre rechtliche Gleichstellung mit den industriellen Arbeitern und sehen den ersten Schritt dazu, daß bei Reform der geltenden Diensthöfen-Ordnung aus dem Jahre 1810 den einfachsten Ansprüchen an eine moderne Gesetzgebung Rechnung getragen und bestimmt wird: Festsetzung einer Maximalarbeitszeit und eines entsprechenden Ruhehaltes in der Woche; ferner Befreiung der Polizei als Beschwerdestelle und Schaffung eines Wohnungsinpektors; endlich Festsetzung von Arreststrafen für jene Dienstgeber, welche sich der Uebertretung der Diensthöfen-Ordnung schuldig machen.“

**Wohnungssequete in Winterthur.** Der Große Stadtrat hat die Vornahme einer Wohnungssequete im nächsten Frühjahr beschlossen und hierfür 6000 Fr. bewilligt. Winterthur hat 22 000 Einwohner.

## Gewerkschaftliches.

**An die Maurer Berlins und Umgegend.** Seit dem Jahre 1884 besteht der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. Stets waren die Mitglieder desselben auf dem Posten, wenn es galt, die Interessen der Berliner Maurer zu wahren und zu vertreten. Darum, Kollegen, laßt diesen Ruf nicht wieder ungehört verhallen. Ihut Eure Pflicht, und schließt Euch dem „Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend“ an. Tann werden wir in diesem Frühjahr das, was man uns im Jahre 1889 bereits zugesprochen, 60 St. Stundenlohn und neunständige Arbeitszeit, was man aber durch die Interesslosigkeit der Kollegen uns wieder genommen hat, wieder erobern können. In diesem Zwecke sammelt kräftig zum „General-Fonds der Berliner Maurer“, denn jeder Kampf kostet Geld. Kollegen, die Mitglieder haben es sich zur Aufgabe gemacht, untereinander mehr Fühlung zu bekommen, sich einander öfter zu besprechen, wie die Mängel und Mißstände, welche auf den Bauten herrschen, zu beseitigen sind. Deshalb finden an jedem Sonntag Morgen „Frühgespräche“ in folgenden Stadtvierteln statt: Im Osten bei Böhl, Rüdersdorferstr. 8; im Norden, Ewinemünderstr. 20 bei Geiß; im Zentrum, Gypstraße 16 bei Blaurod; im Noabth bei Holzbecker, Thurmstr. 84; im Südwesten bei Bräse, Mittenwalderstraße 43; im Westen bei Wehradt, Blumenhalsstr. 5; im Südosten bei Roll, Waldemarstr. 61. Wir ersuchen die Kollegen, sich recht zahlreich in diesen Lokalen an jedem Sonntage früh 9 Uhr einzufinden. Der Vorstand.

Die Zwickler werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Wermsdorfer Kirchen in zwei Schuhfabriken der Lohn reduziert worden ist.

Das Generalkomitee des schweizerischen Eisenbahner-Verbandes hat am Sonntag, den 16. Februar, vormittags eine allgemeine Eisenbahner-Versammlung nach Karau einberufen, die unter freiem Himmel tagen und definitive Beschlüsse betreffend Streik fassen wird.

Die Gärtner in Zürich sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer von 120 Mann besuchten Versammlung wurden folgende Forderungen aufgestellt: Maximalarbeitszeit im Sommer 10, im Winter 8 Stunden, Minimalstundenlohn 40 Cts., Monatslohn neben Kost und Logis beim Meister 40 Fr., 14 tägige Lohnzahlung und 20 pCt. Lohnzuschlag bei Ueberzeit- und Sonntagsarbeit.

## Versammlungen.

Die Parteigenossen im fünften Wahlkreise hatten sich am Dienstag in der Brauerei Friedrichshain versammelt. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, der Vertreter dieses Kreises, trat nach Verlesung seiner säkularisationalen Gesetzentwürfe zum ersten Male vor seine Wähler, um in kurzen Umrissen das augenblickliche Bild der politischen Lage aufzurollen. Nachdem er der Gründung des Deutschen Reichs und der seit dieser Zeit fortgesetzt größer gewordenen Militärlasten gedacht und den Geschäftsparatismus charakterisirt hatte, ging er über zu der widerspruchsvollen Haltung der heutigen Justiz, wobei er den Parteigenossen empfahl, die letzte Reichstagsrede Auers, die nächstens auch in Broschürenform herausgegeben wird, nochmals nachzulesen, da darin auf das deutlichste gezeigt sei, wie wir behandelt werden und wie mit zweierlei Maß in der Justiz gemessen wird. Der Redner kam dann auf die Auflösung unseres Parteivorstandes durch den Minister v. Köller zu sprechen, welche Handlung etwa den Erfolg habe, als wenn ein Hauptmann seiner Kompanie das Kommando „Schwärzen“ ertheilt, denn dieselbe Disziplin wie beim Militär herrsche auch in der Sozialdemokratie. Jeder Parteigenosse weiß auch ohne Organisation, auf welchen Platz er gehört. — Wenn auch — schloß der Redner — der heutige Kampf fortgesetzt zuweilen und schwere Opfer erfordert, wir fürchten uns nicht, sondern treten muthig mit unserer Person für die Verwirklichung unserer Wählerwünsche: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Ein Brausender Beifall diesen Ausführungen. An Schmidt's Ausführungen anknüpfend hielt Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau noch einen längeren Vortrag ebenfalls über die politische Lage, dem die Genossen mit regem Interesse folgten. Der Vorsitzende Drecher ermahnte noch zu seinem Zusammenhalten und schloß dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Der Arbeitervertreter-Verein hatte zu seiner Sitzung am 4. d. M. die ortsanässigen Schiedsgerichts-Beisitzer und deren Ersatzmänner der 64 in Frage kommenden Berufsgruppen schriftlich eingeladen. Diese waren dem Rufe sehr zahlreich erfolgt. Es handelte sich darum, Stellung zu verschiedenen Mißständen zu nehmen, die sich bei den Schiedsgerichten eingebürgert haben, und zu ermitteln, in welchem Umfange sie bei den einzelnen Berufsgruppen bereits plaggegriffen haben. Sie manowski und Dähne erörterten in ausführlicher Weise verschiedene Mißstände im Schiedsgerichtswesen und wandten sich mit ganz besonderer Schärfe gegen das Bestreben, das „Dreimänner-System“, wie es in der Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz vorgesehen, schon jetzt einzuführen. Danach sollen nur zwei Beisitzer — ein Unternehmer und ein Arbeiter — und der Vorsitzende das Schiedsgericht bilden, während jetzt vier Beisitzer vorgesehn sind. Einzelne Schiedsgerichte haben schon wiederholt zu dreien getagt und ist, wie Dähne versicherte, seitens des Regierungs-Professors und Schiedsgerichts-Vorsitzenden Opitz direkt an die Beisitzer das Ansuchen gestellt worden, sich dahin einig zu werden, daß immer nur zwei Beisitzer amiren. Das Dreimänner-System soll, wie so vieles andere, aus Eriparnisrücksichten eingeführt werden. Für wen gespart werden sollte, darüber herrsche obdäliges Dunkel. Diese Maßregel wurde in der Sitzung des Arbeitervertreter-Vereins unter eingehender Begründung als für die Interessen der Arbeiter im höchsten Maße schädigend erklärt und dabei

energisch betont, daß gegen eine derartige Verflüchtigung der Rechte allseitig Protest erhoben werden müsse. Die Novelle komme erst im Reichstage zur Berathung, sei also noch keineswegs Gesetz, darum gelte es, die Bestimmungen des bestehenden Gesetzes hochzuhalten. Durch die Einführung des Dreimänner-Systems wolle man, wie weiter ausgeführt wurde, günstiges Material für die Berathung der Novelle im Reichstage schaffen. Solchen Bestrebungen müsse energisch entgegengetreten werden. Verlesen wurden u. a. auch einige Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamtes, die sich auf die schiedsgerichtliche Rechtsprechung bezogen und für die Arbeitervertreter von höchstem Interesse waren. Die Diskussion war sehr regiebig; verschiedene Fragen wurden mit berührt, aus deren Erörterung die Arbeitervertreter für ihr vielseitiges Thätigkeitsgebiet reichhaltige Belehrung zu schöpfen vermochten. Das Resultat der Erörterungen war die einstimmige Annahme einer Resolution, wonach die als Gäste anwesenden Schiedsgerichts-Beisitzer und Ersatzmänner sich verpflichteten, dem Arbeitervertreter-Verein als Mitglieder beizutreten, wie auch sämtliche Arbeitervertreter sich verpflichteten, geschlossen dafür einzutreten, daß die in den Verhandlungen gerügten Mißstände beseitigt werden und daß insbesondere gegen die geplante Einführung des Dreimänner-Systems mit aller Energie Front gemacht werde. Der Verein hat nach dieser Richtung hin bereits vorgearbeitet, indem eine Petition aufgestellt ist, die bei Berathung der Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz im Reichstage jedem Abgeordneten zugestellt werden wird.

Eine sehr gut besuchte Branchen-Versammlung der Parquetbodenleger, die am 5. Februar bei Schöning, Stallschreiberstr. 29, tagte, erklärte sich mit den Tischlern Berlins solidarisch und versprach, sie bei einem etwaigen Streik materiel zu unterstützen. In der Diskussion über das Vertrauensmänner-System wurde von allen Rednern getadelt, daß es die Kollegen bei den Firmen Ende, Kochstraße, und Mittag, Kantstraße, weder für nötig gehalten hätten, einen Vertrauensmann zu den Sitzungen der Kontrollkommission zu entsenden, noch in den Versammlungen zu erscheinen. In Beziehung auf die Firma Rosenfeld u. Co. wurde nach lebhafter Debatte mit 52 gegen 7 Stimmen beschlossen, die bisherige Stellung beizubehalten. Nachdem noch auf die Benennung des Arbeitsnachweises, Annenstr. 39, hingewiesen, sowie zu reger Theilnahme an den Sammlungen zum Streikfonds aufgefordert worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Drechsler nahmen am Sonntag in einer gut besuchten Branchenversammlung Stellung zur Lohnbewegung der Tischler. Der Referent Kunze theilte die Forderungen der Tischler mit und führte dann aus: Die Drechsler hätten sich trotz ihrer schlechten Lage nur in geringer Zahl an die Organisation angeschlossen; seien sie durch die Vorbereitungen zur Lohnbewegung auch etwas aus ihrem Indifferentismus aufgerüttelt worden, so betrage die Zahl der organisierten Drechsler doch immerhin erst 10 pCt. Wegen dieses Umstandes sei es nicht rathsam, in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten, sondern es solle der gegenwärtige Zeitpunkt dazu ausgenutzt werden, vorerst die Drechsler zur Organisation heranzuziehen. Im übrigen müsse es den Kollegen in jenen Werkstätten, die von der Lohnbewegung der Tischler betroffen werden, überlassen bleiben, gemeinsam mit den Tischlern bessere Gesinnungsüberzeugungen zu erlangen. In der Diskussion, die sich zum größten Theil im Sinne der Ausführungen des Referenten bewegte, wurden für die gleichfalls sehr elende Lage der Drechsler eine Reihe von Vorschlägen angeführt. Schneider und Labbert empfahlen das Heranziehen der Kollegen in den Verband als Hauptaufgabe und Loth befürwortete das Vertrauensmänner-System als wirksamstes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Es wurde hierauf eine Lohnkommission, bestehend aus 4 Kollegen, gewählt, die mit den Vertrauensmännern der einzelnen Werkstätten in Verbindung treten soll. Gewählt wurden Loth, Grünauerstr. 5 v. p., Nimmergut, Wasserthorstr. 32 v. 4 Tr.; Grünfeld, Landbergerstraße 134, und Helmig, Panlow, Drehmstr. 62. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung empfiehlt, daß alle Drechsler, welche in Tischlerwerkstätten arbeiten, dieselben Forderungen aufstellen wie die Tischler, und spricht die Erwartung aus, daß sich sämtliche Kollegen der Organisation anschließen, um zu einer Geschlossenheit, die für die Drechsler am günstigsten ist, in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten zu können.

Der sozialdemokratische Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgegend nahm in seiner letzten Generalversammlung die Abrechnung des Kassiers Habermann über das letzte Quartal entgegen. Der Bestand vom dritten Quartal betrug 48,90 M., die Einnahme im letzten Quartal 187 M., Summa 185,90 M., die Ausgaben beliefen sich auf 38,20 M., demnach blieb ein Bestand von 147,80 M. Der Kassier erhielt einstimmig Decharge. Der Bibliothekar Trebbow berichtete, daß im letzten Quartal 14 Bücher gelesen und 240 M. Straf-gelder bezahlt wurden. Ritter besprach dann die Nothwendigkeit eines Arbeitsnachweises und eines Gewerbegerichtes in Rummelsburg. Im August vor drei Jahren sei die erste Ansetzung vom Verein dazu gegeben und mit der Gemeindevorstellung Verbindung angeknüpft worden, bis jetzt sei von dieser leider wenig oder nichts geschehen. Krum meinte, es würde überhaupt nichts gethan, bevor nicht die Vororte in Berlin eingemeindet seien. Ritter verpflichtete dem bei und hob hervor, daß die Einverleibung jetzt weiter zurück sei als vor 3 Jahren; wäre der damalige Minister noch im Amt, so wäre die Sache wohl schon geregelt. Wilschener besprach die Nothwendigkeit einer Badeanstalt am Ort. Fast jede kleinere Stadt von 12-13 000 Einwohnern habe eine solche und Rummelsburg zähle bereits über 18 000 Einwohner und nehme fortgesetzt zu. Es wurde der Vorstand nun auf Vorschlag Wilschener's beauftragt, bei der Gemeindevorstellung vorstellig zu werden und dann eine besondere Versammlung einzuberufen. Sodann beschloß man, alle drei Wochen eine Versammlung abzuhalten und zwar stets Mittwochs. Den Mitgliedern wird Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Versammlungen vierteljährlich im voraus durch Handzettel bekannt gegeben. Die nächste Versammlung, die schon vom Vorstand beschlossen ist, wird Sonntag den 9. Februar bei Gornwiel Hauptstraße 88 abgehalten. Dr. Kronz spricht über das Genossenschaftswesen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß der Verein zum 22. März eine Vorstellung in der Urania festgemacht hat.

Arbeiter-Bildungsschule. Unterricht Donnerstag: Sächsischer, Waldemarstr. 14; Deutsch, Reichstraße, Müllerstr. 179a; Oeffentliche Berufsbildungs-Verein. Beginn abends 8 Uhr. Schluß 10 1/2 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitdruckenmaterials (von 8 Uhr an geöffnet).

Verband sozialdemokratischer Partiere, Feilsche und Verleidenmacher (Arbeiter-Verein). Donnerstag, den 6. Februar, im Lokal des Herrn Köllig, Neue Friedrichstr. 44, Versammlung. Tagesordnung: Bericht über die Sitzung.

Feilsche und Tischlerklub „Hühner“. Geht Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Tollerstr. 10, Feilsche und Tischlerklub. Auser-ordentliche Generalversammlung.

Arbeiter-Fußballer-Verein. Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilschener, 20: Versammlung. Zweck der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Aufschriften von Hand herbeiführen sind zu räumen an: Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 c. Programm: Handzettel Bräderlich, 11, Wollstr. 29 des Schupackstr.

Handlungsgehilfen, -Gehilfinnen,  
Hausdiener, Packer und Berufsgenossen.

Freitag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Englischen Garten (großer Saal), Alexanderstraße 27 c:

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: Die gesetzliche Regelung des 8 Uhr-Ladenschlusses  
im Handelsgewerbe. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Molkenbuhr**.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen  
Die Einberufer: Wilda, Handlungsgehilfe, Schortel, Hausdiener.

## Achtung, Holzarbeiter!

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr:  
im Saale der Brauerei „Friedrichshain“,  
am Königsthor:

## Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Unsere Lohnbewegung. Referent: **Th. Glocke**.  
2. Diskussion.  
Kollegen, die wichtige Tagesordnung macht es jedem Holzarbeiter zur  
Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vertrauensmann.

**Achtung! Schmiede, Achtung!**  
**Schlosser, Stanzendreher, Schnittmacher**  
und Berufsgenossen.

Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale  
des Herrn Henke, Rannhuststraße 27:

## Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Ueberstundenarbeit und der Werth der Ver-  
kürzung der Arbeitszeit. Referent: **Otto Raether**.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zu dieser Versammlung sind speziell die Kollegen folgender Werkstätten  
eingeladen:  
Reiss & Martin, Luisen-Ufer 53. | Münchensang, Luisen-Ufer 8.  
Gehr. Krull, Brandenburgstraße 20. | Projahn, Prinzeßinnenstraße 16.  
Tietz & Co., Sebastianstraße 8. | Albrecht & Co., Prinzeßinnenstraße 95.  
Kollegen, erscheint zahlreich und pünktlich.  
Der Vertrauensmann: **Otto Gunther**, S. Boedstr. 47.

**Achtung! Genossen Berlins! Achtung!**  
Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr,  
im Feen-Palast, Burgstraße Nr. 22, Ecke Wolfgangstraße:

## Gedächtnisfeier für Karl Marx

veranstaltet vom **„Karl Marx“**. 100/12  
**Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert**  
ausgeführt von Mitgliedern  
der Freien Vereinigung der Zivil-Verwaltungsmänner, Dirigent: **G. Graf**,  
unter Mitwirkung der Männerchöre:  
„Nordwacht“, „Olympia“ und „Norddeutsche Schleiße“  
sowie der gemischten Chöre:  
„Fregata I“ und „Alpenweilchen“. Dirigent: **R. Blobel**.  
**Festrede**, gehalten von **W. Liebknecht**.  
U. a. gelangt zur Aufführung: „Columbus“.  
Billet 30 Pf. Nach dem Konzert: **Ball**. Billet 30 Pf.

**Buchbinder! Achtung! Buchbinder!**  
Central-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder etc.  
Eingeschriebene Hilfskasse. - Verwaltungsstelle Berlin.  
Sonnabend, den 8. Februar 1896:

## Grosser Wiener Maskenball

verbunden mit **humoristischen Aufführungen**  
**Das Räuber-Lager** **Bär und Schildwache**  
in sämtlichen Räumen der  
**Berliner Ressource**, Kommandantenstraße 57.  
Anfang 8 Uhr. 12 Uhr: **Demaskierung** - 1 Uhr: **Kaffeepause**,  
während derselben **Vorträge** des Komikers **Herrn A. Lüders**.  
Da der Ueberfluss zum besten Theil, ausgetheilter Mitglieder  
ist, so ist ein zahlreiches Erscheinen in anbetrachter des guten Zweckes erwünscht.  
Karten à 50 Pf. im Arbeitsnachweis, Kamenstr. 16, im Kassenlokal  
Restaurant Schöning, Stallschreiberstr. 29, und bei den Komitemitgliedern.  
NB. Die **Zahlstellen** bleiben an diesem **Abend geschlossen**.  
Das Comité. J. H. W. Hinz, Dresdenstr. 49.

**Raabe's Salon, Colbergerstraße 23.**  
Sonnabend, den 8. Februar 1896: ]

## Grosser Wiener Maskenball

arrangirt vom  
**Gesangverein „Nordwacht“**  
(Mitglied des A. S. B.).  
**Grosse Masken-Aufzüge**. Um 12 Uhr: **Demaskierung**.  
Um 1 Uhr: **Kaffee-Pause**. Während derselben: **Humoristische Pantomime**  
und **komische Vorträge**.  
Anfang 8 Uhr. **Entree 50 Pfennig**  
Das Comité.

**Stromstr. 28, Schmidtke's Salon, Stromstr. 28.**  
Sonnabend, den 8. Februar 1896: 2561b

**Großer Familien-Maskenball**  
wozu Bekannte und Genossen einladet  
**Schmidtke**.

## Grösstes Mode-Waaren-Haus des Ostens

32. Grüner Weg 32 **M. Löwinsohn**, Inh.: **L. N. Jacob** Ecke **Andreasplatz**  
Während des Monat **Februar**: 4320L\*

## Grosser Reste-Ausverkauf

zu auffallend billigen Preisen.

### Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse des **Töpfer-**  
**Gewerbes zu Berlin.**

Den Mitgliedern bringen wir hier-  
durch zur Kenntniss, daß die auf Be-  
schluß der außerordentlichen General-  
versammlung vom 6. Januar 1896 er-  
lassenen Verhaltungsregeln für erkrankte  
Mitglieder, unter dem 26. Januar 1896  
genehmigt sind, und können die Mit-  
glieder je ein Exemplar vom 10. Fe-  
bruar cr. ab. im Kassenlokal **Stre-  
liherstraße 7** in Empfang nehmen.  
Berlin, den 5. Februar 1896. 201/4  
Der Vorstand.

### Außerordentliche

### General-Versammlung

der Herren Vertreter der  
arbeitgebenden Mitglieder  
der Orts-Krankenkasse der  
Maschinenbau-Arbeiter und  
verw. Gewerbe zu Berlin

am  
Freitag, den 14. Februar d. J.,  
abends 8 Uhr  
im Fraktionszimmer des Berliner  
Rathhauskeller-Restaurants (Eingang  
Jüdenstraße).

Tagesordnung:  
Erstwahl für ein ausgedehntes  
Vorstandsmittglied (Arbeitgeber).  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen  
der Herren Vertreter ist sehr erwünscht.  
Das Mandat legitimirt.  
Berlin, 4. Februar 1896.  
Der Vorstand.  
Hans Beylig.

### Möbel-Kaufgelegenheit

Vollständige Gelegenheit für Granulente.  
In meinem größten Möbeldepot, **Neue  
Königstraße 59**, L. sollen ca. 300 Wohnungs-  
einrichtungen, vertheilt in gewöhnliche und neue  
Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft  
werden. Theilzahlung gestattet. Sämmtliche  
Auswahl. Kleiderständer 12 Stk., Kommoden  
6 Stk., Küchenspind 12 Stk., Stühle 2 Stk., Neue  
Ruhbaum-Kleiderständer und Vertikale 50 Stk.,  
Wuscheltische und Vertikale 35 Stk., Bettstellen  
mit Matratzen 18 Stk., Sopha 18 Stk., Säulen-  
Kleiderständer 50 Stk., Truhen u. Sch. 60 Stk.,  
Schreibtische, Herren-Schreibtische, Damen-  
Schreibtische, Schreibstühle 30 Stk., Tisch-  
garnituren 60 Stk., Paneele 20 Stk., Stepp-  
decken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Stk.  
Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei  
lagern u. werden durch eigene Kasse transportirt.

### Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)  
Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.  
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige  
**Normal-Schlafdecken**

mit kleinen Maschinenflecken,  
in reizenden Jacquard-Mustern,  
Größe 150 x 200 cm.  
per Stück 4,50 M. sonstiger  
Preis 9 M.  
Meine illustrierte Preisliste über  
hochfeine Stepp- und Schlafdecken  
gratis und franko.  
Steppdecken-  
Fabrik **Emil Lefèvre**,  
Berlin S., Oranienstr. 158.

### Möbel-Ausverkauf

des Möbeldepots **Rosenthalerstr. 11**.  
Wegen ganz besonderer Vergrößerung meiner  
Möbeldepots verkaufe ich mein Waaren-  
lager zu noch nie dagewesenen Preisen voll-  
ständig aus. Zum Umzuge und für Quantitäten  
ist somit die billigste Gelegenheit gegeben.  
Ausstattungen, sowie einzelne Stücke werden  
auch billig eingetauscht. Man lasse sich nicht  
durch unwürdige Auspreisungen täuschen,  
sondern bestimme sich die Möbel, welche man  
kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit  
meinen nur bedingenen Möbeln und anerkannt  
billigen Preisen. Durch Einkauf von 9 großen  
Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe  
ich ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-  
händler. Auch größtes Lager gebrauchter und  
verkaufter gewasener Möbel zu wahrhaften Spot-  
preisen. Kleiderständer 15 Stk., Ausbaum-  
Kleiderständer 50 Stk., Wuscheltische, Kommode  
9 Stk., Sopha 16 Stk., Vertikale mit Springfeder-  
matratze 10 Stk., Spiegel 9 Stk., Tisch 2, Ausbaum-  
truhen mit Stuhl 20 Stk., Tischgarnitur 20  
Stk., hochfeine Tischgarnitur 100 Stk., hoch-  
feine Ruhbaum- und Mahagoni-Möbel (Sopha-  
stühle, Tisch, Schreibtische, Vertikale) auf Theil-  
zahlung. Quantitäten, welche über Möbel bei  
zahlung, erhalten ein Hochpreisgeld gratis.  
Kein Abhängigkeitsgeschäft. Keine Zwangs-  
u. Zwangsverpflichtung, vier große Möbeldepots.  
Gekaufte Möbel können kostenfrei auf meinen  
Lagerplätzen 3 Monate liegen bleiben und  
werden dann durch eigene Kasse (ausser trans-  
portirt und ausgeführt, auch noch annehmbar.)  
zu Festlichkeiten u. Versamm-  
lungen unentgeltl. Alexanderstr. 27c.

### Liquidation

der **Damenmütel-Firma Berg & Nesselroth**  
Berlin C., Königsstr. 33, Ecke der Neuen Friedrichstraße,  
sollen die noch bedeutenden Waarenbestände und andere zu  
**festfixirten Preisen ausverkauft**  
werden. Zum Verkauf gelangen nur 4102\*

### Neuheiten der Saison.

**Regenmäntel** aus den besten Stoffen und neueste Façons 6, 10-15 M.,  
früher 15, 25-36 M. **Elegante Winter-Jaquettes, Capes u. Kragen**  
für 6, 8-15 M., früher 15, 20-36 M. **Elegante wattirte Abend-  
mäntel** 8, 10-30 M., früher 15, 25-75 M. **Vely-Mäntel** (Räder und  
Paletots) aus Sammet, Fehrlin, Bismar und Viber 25, 30, 50-75 M.,  
früher 50, 60, 100-200 M. **Plüsch-Capes und Plüsch-Jaquettes** 20,  
30, 50-60 M., früher 45, 60, 100-150 M. **Winter-Mäntel** für jedes  
Alter 2, 4-10 M., früher 5, 10-20 M.

### Der Liquidations-Verkauf.

Königsstraße 33, Ecke der Neuen Friedrichstraße, nahe dem Stadtbahnhof.  
Der Verkauf dauert nur noch kurze Zeit.

**Dampfbäder**, Packung in seidene Laken. Massage. Verein-  
mitglieder zahlen nur 75 Pf. pro Bad mit  
Packung und Massage. 4268L\*

**Bannenbäder**, 3 Bäder mit Seife und Handtüchern 1 Mark.  
Sool-, Schwefel-, Sitzbäder.  
Neu: Güsse, Wickel etc. System Kneipp.

### ORANIEN-BAD, Oranienstrasse 44,

zwischen Moritz- und Oranienplatz.  
Bäder-Lieferant für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

**Hackescher Markt 4, J. Brünn Am**  
**Ecke Neue Promenade, Stadtbahnhof**  
**„Börse“**

### Inventur-Ausverkauf!

**Teppiche! Gardinen! Portièren!**  
**Steppdecken! Leinenwaaren!**  
**Fertige Wäsche!**  
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

### Echt Honsdorfer Likör,

à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.  
**Echten alten Nordhäuser**, à Liter 1.- M., 5 Liter 4,50 M.  
**Inger, Getreidekummel, Wachholder**, à L. 1 M., 5 L. 4,50 M.  
**Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft**, vorzüglich, Liter 1,20 M.  
**Medicin. Ungarwein**, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. 4185L\*

### Eugen Neumann & Co.,

6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstraße 81.  
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

### Guten Morgen!

Lade zum Kauf bei mir ergebnis ein.  
**Carl Schindler**  
55. Chausseestr. 55. A. III 8917.  
(Nordh., Elöre, Cognac, Rum, Ungarw.)

### Möbel- Ausverkauf umgezogen

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.  
Für Granulente ganze Einrichtungen von  
200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante  
Ruhbaum- und Mahagoni-Kleiderständer und  
Vertikale 30 M., einfache 15 M., Sopha,  
Bettstellen mit Matratzen 20 M., Wuscheltische,  
Küchenspindeln, Kommoden 12 M., Stühle  
3 M., Sopha 16 M., Säulen-Truhen  
60 M., Tischgarnitur 60 u. 100 M., Wuschel-  
tische 40 M., Paneele 20 M., Waffeln,  
Süßbrotbacken, Herren-Schreibtische, Schreib-  
stühle, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig  
gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte  
es niemand verschämen, der gut und recht kaufen  
will, mein großes Lager zu besichtigen. Ge-  
kaufte Möbel werden drei Monate kosten-  
frei ausbezahlt, transportirt und aufgestellt.  
**Schützenstr. 2, Möbelfabrik.**

### Große Restauration (Schlesische

Thore-Gelegen Gewerbe-Restaurant) zu  
verf. Altes Dresdenstr. 26, im  
Zigaretten-Geschäft. 2563b

Empfehle allen Freunden und Be-  
kannten mein **Wahl-, Cairisch Bier**  
und **gr. Speise-Geschäft**. Reichhalt.  
Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier  
50 Pf. sowie Abends à la carte  
von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit  
Klavier für 20-30 Personen. 4262L\*

### Th. Boltz' Festsäle,

S., Alte Jakob- u. Strasse 75.  
Amt I, 1032. 4274L\*

Empfehle meine Säle zur Abhaltung  
von Festlichkeiten und Versammlungen  
zu kulantesten Bedingungen.

### Handwäscherei!

2512b  
Jede Art Wäsche wird sauber ge-  
waschen: Leibwäsche à 10 Pf., Bett-  
wäsche à 10 Pf., 4 Taschentücher 10 Pf.,  
3 Handtücher 10 Pf., von Frau Ida  
Schmidt, Göpenid, Kutscherstraße 63a.

### Masken

elegant,  
billig,  
verleiht  
**Ferd. Henke, Dennowitz-  
Strasse 1.**

„Vorwärts“, Jahrg. I-XII  
komplett oder einzelne Jahrgänge  
zu kaufen gesucht. Off. u. Preis-  
angabe an **Joseph Baer &  
Co., Frankfurt a. M., Post-  
markt 18.**